

(Beginn: 15.39 Uhr – Ende: 22.05 Uhr)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 44. Sitzung des Rates in der Wahlperiode 2004/2009 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeister - die Bezirksbürgermeisterinnen kommen vielleicht noch - und alle Mitglieder des Rates.

Nach der mir vorliegenden Meldung sind Frau De Bellis und Herr Dr. Schoser für heute entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich für heute Herrn Jung, Frau Paffen und Herrn Sörries.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf wie immer gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge - das sind diesmal nicht wenige - finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Wir kommen zunächst zur Feststellung der Aktuellen Stunde. Hierzu liegen zwei fristgerecht eingereichte Anträge zur Durchführung einer Aktuellen Stunde vor. Im Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP geht es um „Kölns erfolgreicher und friedfertiger Protest gegen Rechtsextreme“.

(Lachen bei pro Köln)

Der Antrag hat im Entwurf die Ziffer 01. Im Antrag der Fraktion pro Köln geht es um die „Aushebelung der Versammlungsfreiheit in Köln am 20. September 2008“. Dieser Antrag hat im Entwurf die Ziffer 02.

Wie Ihnen bekannt, sieht unsere Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine Aktuelle Stunde pro Sitzung vor. Bei mehreren Anträgen besteht aber nach § 5 Abs. 5 die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der beiden Themen. Konnte eine solche Einigung erzielt werden? -

(Zurufe: Nein!)

- Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich gemäß § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung abstimmen, ob zwei Aktuelle Stunden durchgeführt werden sollen. Wer für die Durchführung beider Aktueller Stunden ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das

ist keiner. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das mit der Gesamtheit des Rates abgelehnt.

Es wird also heute nur eine Aktuelle Stunde geben. Nach § 5 Abs. 6 der Geschäftsordnung müssen wir nun darüber abstimmen, welches der beantragten Themen Gegenstand der Aktuellen Stunde sein soll. Hier ist entscheidend, welcher der Anträge die Mehrheit des Rates findet.

Wer für das von pro Köln vorgeschlagene Thema ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so abgelehnt.

Wer ist für das von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vorgeschlagene Thema? - Das sind die antragstellenden Fraktionen plus die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen bei Frau May und Herrn Dr. Müser. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von pro Köln. Damit wird die heutige Aktuelle Stunde zum Thema unter Ziffer 01 durchgeführt.

Ich möchte nun die weitere Tagesordnung mit Ihnen besprechen. Folgende Tagesordnungspunkte sind abgesetzt, werden also heute nicht behandelt - ich bitte Sie, sie zu streichen -:

- 4.4.1;
- 5.1.4, für den es noch Beratungsbedarf im AVR gibt;
- 5.2.2 ebenso;
- 9.10 wird noch von der Verwaltung überarbeitet;
- 11.1 hat sich durch StEA-Beschluss vom 11. September für den Rat erledigt;
- 11.5 ist im StEA vom heutigen Tag zurückgestellt worden;
- 23.6, für den es noch Beratungsbedarf im Umweltausschuss gibt; sowie
- 24.3, der vom Dezernat VII zurückgezogen worden ist, weil das noch in der Oktober-Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur beraten werden soll.

Gibt es zu diesen oder eventuell noch weiteren Absetzungen Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu den Zusetzungen. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 1.4, 3.2, 3.3, 3.4, 4.4.1

(Josef Müller [CDU]: Der ist zurückgezogen!)

- sorry, das ist ein Druckfehler; 4.4.1 ist zurückgezogen, genauso wie 5.1.4 -, 9.2.2, 9.2.3, 9.2.4, 11.6, 16.1, 24.4 und 24.5. Letzterer ist gerade als Tischvorlage verteilt worden; dabei handelt es sich um eine Dienstreisegenehmigung.

Gibt es Ihrerseits noch Wortmeldungen zu den Zusetzungen? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen nun zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung. Dazu schlage ich Ihnen vor, den Tagesordnungspunkt 3.3 - das ist eine Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln zum Thema Programm „Win-Win - für Köln“ aufgrund des absoluten Sachzusammenhangs beim Tagesordnungspunkt 9.9 mitzubehandeln. Ist das okay? - Ich sehe keine gegenteiligen Äußerungen. Dann machen wir es so.

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt - das sieht nicht so aus -, lasse ich jetzt über die Tagesordnung mit den eben genannten Änderungen insgesamt abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde.

01 Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Kölns erfolgreicher und friedfertiger Protest gegen Rechtsextreme“.

Änderungs- beziehungsweise Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln AN/1975/2008

Meine Damen und Herren, bevor ich den vier antragstellenden Fraktionen das Wort gebe, lassen Sie mich auf diesem Wege noch einmal persönlich den Kölnerinnen und Kölnern, aber auch den Menschen, die aus dem Umland nach Köln gekommen sind, ein großes Dankeschön aussprechen. Denn durch den friedlichen, intelligenten und auch humorvollen Protest Zehntausender Bürgerinnen und Bürger aus Köln und Umgebung gegen Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus haben wir letztes Wochenende, wie ich finde, ein großartiges Signal in das gesamte Bundesgebiet, aber auch darüber hinaus nach Europa und auch noch darüber hinaus ausgesandt und unter dem Motto „Köln steht auf gegen Rechts“ bzw. „Köln stellt sich quer“ eine einmalig positive Visitenkarte abgegeben.

Ich will an dieser Stelle noch einmal zur Verdeutlichung sagen, weil es eine ganze Reihe von Leserbriefen, E-Mails und auch entsprechende Berichterstattung gibt: Ich als Oberbürgermeister entscheide, anders als es vielleicht direkt nebenan in Pulheim oder in Landkreisen, in anderen Bundesländern oder auch in den Stadtstaaten üblich ist, nicht über die Zulässigkeit von Demonstrationen. Aber ich möchte den Tausenden Polizisten aus ganz Deutschland, die hier im Einsatz waren, großes Lob und Dankeschön aussprechen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Leider hatten jedoch ein paar Hundert Linksautonome von Anfang an - das wurde sehr deutlich - überhaupt kein Interesse an einem friedlichen Interesse und waren wie gewohnt ausschließlich auf Randalen und auf Zerstörung aus. Diese Gewaltaktionen, die im Wesentlichen erst nach Beendigung der Kundgebung auf dem Heumarkt massiv losgingen, richteten sich gar nicht gegen Rechts, sondern sie richteten sich gegen unseren Staat, gegen unsere Stadt und waren am Ende ein Schlag ins Gesicht aller friedlichen Demonstranten.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Meine Meinung ist: Das war nicht nur unnötig, sondern das war kriminell. Ich sage Ihnen auch ganz deutlich: Auch solche Leute möchte ich in Köln nicht wiedersehen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Denn das Fazit ist, dass solche Aktionen und Bilder unserer Stadt schaden und am Ende den positiven Gesamteindruck unseres Protestes gefährden, wie wir es leider in den letzten Tagen in der überörtlichen Presse lesen mussten. Das wollte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich gesagt haben.

Ich rufe jetzt die Fraktionen in der im Antrag genannten Reihenfolge auf und bitte um ihre Stellungnahmen. Zuerst Herr Granitzka, dann Herr Ott, Frau Moritz und Herr Sterck.

Winrich Granitzka (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am vergangenen Wochenende haben die Kölnerinnen und Kölner eindrucksvoll gezeigt,

wie viel Zivilcourage, Mut und Entschiedenheit sie aufbringen, um den Rechtsradikalen, die aus ganz Europa angereist waren, deutlich zu machen, dass sie in dieser Stadt unerwünscht sind und keine Chance haben, ihre unsäglichen Parolen öffentlich zu propagieren.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen der FDP)

Die Kölnerinnen und Kölner haben damit Weltoffenheit, Integrationsbereitschaft und Ablehnung extremistischer Haltungen unter Beweis gestellt und damit den guten Ruf unserer Stadt im In- und Ausland weiterhin bestätigt und gefestigt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es war in der Tat beeindruckend, zu erleben, dass Zehntausende von Bürgern diese Einstellung persönlich demonstrierten, indem sie den braunen Biedermännern keinen Raum für ihre Agitation gegen ausländische Mitbürger einräumten und sich ihnen in unterschiedlichen, auch sehr kreativen Formen in den Weg stellten. Wirte und Hoteliers verweigerten den Rechtsradikalen die Unterkunft, Taxi- und Busfahrer weigerten sich, diese Wölfe im Schafspelz zu befördern und setzten so ein deutliches Zeichen des friedlichen Protestes, der die Menschen in unserem Land und weit darüber hinaus durchaus beeindruckt hat. Wenn Herr Oberbürgermeister Schramma angesichts dieser Haltung der Kölnerinnen und Kölner sagt, er sei stolz auf diese Stadt, dann kann man sich dem nur anschließen.

Leider ist aber auch festzustellen, dass einige Hundert herangekarrte linksextremistische autonome Randalierer den friedlichen Protest ausnutzten, um am Rande der Demonstration erhebliche Straftaten zu begehen.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen der FDP)

Wer Polizeibeamte mit Flaschen und Steinen angreift, um sie zu verletzen, wer durch Sabotageakte den Personennahverkehr gefährdet, Verkehrsschilder abknickt, Mülltonnen anzündet, Reklametafeln zerstört und enorme Schäden durch Sachbeschädigungen anrichtet, schadet dem Ansehen unserer Stadt und spielt den Rechtsextremen in die Hände.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen der FDP)

Wir dürfen bei aller Freude über den erfolgreichen friedlichen Widerstand der Kölnerinnen und

Kölner das nicht verschweigen. Die Ausschreitungen haben schließlich dazu geführt, dass die Polizei die friedlichen Menschen, die ihren Protest gegen den sogenannten Anti-Islamkongress ausdrückten, nicht schützen konnte. Diese Randalie ist nicht akzeptabel und bestärkt uns in unserer Haltung, Links- und Rechtsextremismus gleichermaßen und in jeder Hinsicht abzulehnen.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, friedlicher Protest und Widerstand, wie er gezeigt wurde, sind geeignete Mittel demokratischer Meinungsäußerung. Wenn extremistische Gruppierungen allerdings den friedlichen Protest nutzen, um Straftaten zu begehen, verurteilen wir dies aufs Schärfste, und zwar gleichermaßen nach beiden Seiten.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen der FDP)

Köln ist bunt und duldet keine üble Verunglimpfung der hier unter uns lebenden Menschen mit Migrationshintergrund durch Rechtsradikale. Das hat das Wochenende eindrucksvoll bewiesen. Wir wollen aber auch zum Ausdruck bringen, dass wir jede Form des Linksextremismus ablehnen und jeglicher Form von Gewalt entschieden entgentreten werden.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen der FDP)

Gemeinsam haben die vier großen Fraktionen eine Resolution formuliert, der wir sehr gerne zustimmen werden. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Granitzka. Für die SPD-Fraktion Herr Ott. Bitte schön.

Jochen Ott (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es freut mich, Herr Granitzka, dass die CDU sich heute hier anschließt, auch wenn sie sich am Bündnis „Köln stellt sich quer“ leider weder personell noch materiell beteiligt hat. Umso wichtiger ist es, dass heute das Signal gemeinsam gestartet wird.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der Linken.Köln)

Die sogenannte Partei pro Köln hatte sich gedacht, sie könnte in der Stadt Köln einen furiosen Auftakt für ihre rechtsradikale Propaganda hinlegen. Sie hatte sich gedacht, dass sie, wenn sie das in Köln hinbekommt, ein Signal nach ganz Europa aussenden könnte, dass in dieser multikulturellen offenen Stadt so etwas möglich ist. Diese sogenannte Partei pro Köln hat falsch gespielt,

(Regina Wilden [pro Köln]: Multi-Kulti-Trallala!)

und sie hat sich verrechnet. Denn: Die Kölnerinnen und Kölner, Köln insgesamt hat Farbe bekannt.

Köln hat es geschafft, ein deutliches Signal zu setzen: durch Bauchtanz, durch Clowns, durch Chöre, durch Jugendblaskapellen, durch das Engagement vieler Musiker der „AG Arsch huh“, durch viele Menschen in der Kolbstraße in Ehrenfeld am Freitag, aber auch in Nippes, durch intelligenten Protest. Ich möchte im Namen der Sozialdemokratie insbesondere den Kölnerinnen und Kölnern danken, die hier auf die Straße gegangen sind. Das war ein tolles Signal am vergangenen Wochenende.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich möchte mich auch bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen bedanken, die friedlich - ich betone: friedlich - an den Blockadeaktionen teilgenommen und damit gemeinsam mit vielen anderen dafür gesorgt haben, dass die Veranstaltung in dieser Stadt am Samstag nicht so stattfinden konnte, wie es pro Köln gewünscht hat.

(Manfred Rouhs [pro Köln]: Das war Nötigung, Herr Ott!)

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland haben wir nach den Erfahrungen der Weimarer Demokratie festgelegt, dass wir eine wehrhafte Demokratie sind. Es bestand nach dem Zweiten Weltkrieg unter den Volksparteien großer Konsens, dafür zu sorgen, dass jeder, der versucht, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen, auf den entschiedenen Protest der Demokratinnen und Demokraten stößt. Die Politik der sogenannten Partei pro Köln zielt gegen den sozialen Frieden, gegen die Demokratie und gegen die friedliche Koexistenz der Kulturen in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Deshalb war es richtig, dass mehr als 30 000 Menschen am vergangenen Wochenende in der Innenstadt von Köln dafür gesorgt haben, dass dieses Zeichen in die Welt ging.

Die Polizei hat aus unserer Sicht richtig entschieden. Das Verbot war notwendig; denn das Versammlungsrecht für zwei Dutzend gegen eine so große Masse von friedlich demonstrierenden Menschen durchzusetzen, wäre absolut unverhältnismäßig gewesen. Deshalb war es vollkommen richtig, dass sich die Polizei für die Menschen eingesetzt hat, die für die Einhaltung von Art. 1 des Grundgesetzes demonstriert haben, und zwar gegen diejenigen, die mit all ihren politischen Pamphleten ständig gegen die Würde des Menschen verstoßen, nämlich die sogenannte Partei pro Köln.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert schreibt im Vorwort zum Grundgesetz:

Unser Staat ist angewiesen darauf, dass die Idee der Menschenwürde, der Grundwerte der Freiheit, der Gleichheit und der Toleranz gelebt werden. Demokratie braucht Bürger, die sich einmischen, die Verantwortung übernehmen, die Engagement zeigen. Das Grundgesetz gibt uns die Freiheit, uns für eine humane Gesellschaft, wie wir sie wollen, einzusetzen. Nutzen wir diese Freiheit, jeden Tag aufs Neue.

Liebe Kölnerinnen und Kölner, herzlichen Dank. Köln hat bewiesen, dass wir uns die Freiheit nehmen, für die Freiheit zu kämpfen.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Am Sonntag war ich in Hamburg. Als ich am Sonntagmorgen die *Welt am Sonntag* aufgeschlagen habe, habe ich gedacht, ich sei am Samstag auf einer anderen Veranstaltung gewesen. Da hatte man nämlich den Eindruck: Bürgerkrieg in Köln. Angeblich zogen Horden von Randalierern durch die Stadt. Das ist eine lächerliche Berichterstattung, die da stattgefunden hat. Denn die überwiegende Mehrheit der Kölnerinnen und Kölner haben friedlich und engagiert für Köln und die Weltoffenheit dieser Stadt demonstriert. Deshalb ist diese Berichterstattung zurückzuweisen.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich möchte noch darauf eingehen, was auch schon der Herr Oberbürgermeister und Herr Granitzka zu Recht angesprochen haben. Nach dem Verbot der Demo gab es massive Gewalttaten von Krawallmachern, die aus für mich nicht nachvollziehbaren Gründen seit Jahren „linke Autonome“ genannt werden. Die meisten von denen wissen überhaupt nicht, was links ist. Ob sie autonom sind, ist noch eine ganz andere Frage, jedenfalls wenn man sieht, wie sie angekartt worden sind. Deshalb bin ich der festen Überzeugung, dass wir wie bei den Fußball-Hooligans deutlich machen sollten: Gewalttäter, Krawallbrüder, die nichts anderes wollen, als andere Menschen zu bedrohen, lehnen wir in dieser Stadt ab. Deshalb unterstützt die SPD diese Resolution. Wir sagen: Gewalttäter haben in dieser Stadt nichts zu suchen, egal, wie sie sich nennen.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Zum Schluss. Die Berichterstattung in den Kölner Medien legt nahe, dass auch die Polizei am Tag der Demonstration, insbesondere was die Frage die Behandlung von Kindern und Jugendlichen am Nachmittag angeht, vielleicht den einen oder anderen Fehler gemacht hat. Wir sind sicher, dass der Innenausschuss des Landtags, der ja heute zur gleichen Zeit tagt, diese Fragen klären wird. Wir halten es auch für wichtig, dass sich die Polizei den zu klärenden Fragen stellt. Wir bedauern, dass Eltern in der Tat lange warten mussten. Auf der anderen Seite muss man auch sagen: Im Laufe des Tages hätte es immer wieder die Gelegenheit gegeben - das wurde auch von der Polizei angeboten -, dass sich Leute unter 18 Jahren bei der Polizei melden. Ob es wirklich nötig ist, dass gerade Kinder an einer solchen Demonstration teilnehmen, lasse ich einmal dahingestellt.

Aber - das sollte man abschließend sagen -: Ich glaube, das Ergebnis des vergangenen Wochenendes ist nicht die Frage, ob an der einen oder anderen Stelle irgendwelche Randalierer versucht haben, den gesamten Protest, wie Sie, Herr Oberbürgermeister, es schon beschrieben haben, madig zu machen, sondern das Entscheidende des vergangenen Wochenendes ist, dass die Strategie von pro Köln grandios gescheitert ist, weil die Kölnerinnen und Kölner gemeinsam gesagt haben: Wir lassen diesen rechten Spuk in unserer Stadt nicht zu. Deshalb bin ich sehr froh, dass ich Kölner bin und mit Ih-

nen gemeinsam am Wochenende dafür gesorgt habe, dass Rechts in Köln keine Zukunft hat.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Ott. Für die Fraktion der Grünen spricht nun Frau Moritz. Bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Natürlich bin ich stolz, eine Kölnerin zu sein, aber das sind wir ja wahrscheinlich alle.

Die Kölnerinnen und Kölner haben am Wochenende demonstriert, dass die sogenannte Bewegung pro Köln keine Bewegung ist, sondern nur vortäuscht, eine zu sein. Dieses jämmerliche Häufchen, das sich auf dem Heumarkt zu diesem Rassistenkongress versammelt hatte, wäre auch nicht durch die europäische Verstärkung, die am Flughafen festsaß, zu einer Bewegung mutiert. Seit dem Wochenende ist auch dem uninformiertesten Bürger Kölns klar, dass es sich bei Rouhs & Co. um Menschen handelt, die kontra Köln und gegen den sozialen Konsens in unserer Stadt stehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Teilen der CDU und der SPD)

Die ewiggestrigen Herren und Damen können sich noch so viel Mühe geben, im Gewand des Biedermanns volksnah und rechtschaffen aufzutreten. Durch ihre Sprache, ihre Themen und ihre Gesinnungsgenossen, darunter einige stadt- und landbekannte Neonazis - beispielsweise ist Alexander Klein gesehen worden -, haben sie sich selbst entlarvt. Die bürgerliche Maske ist ihnen heruntergerissen worden.

Wir alle sind erleichtert, dass die geistige Saat von Ausgrenzung und Hass in Köln nicht aufgeht. Wir brauchen keine Angst vor diesen Vertretern zu haben, wenn die Stadt gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit zusammensteht. Deshalb bedaure ich persönlich fast, dass diese Demo nicht stattfand. Ich möchte jedoch davor warnen, dass wir uns jetzt entspannt zurücklehnen und selbstgefällig auf die Schulter klopfen. Es gibt in unserer Stadt Fremdenphobie, die sehr leicht in Fremdenfeindlichkeit umschlagen kann. Genau das ist das Werk von Rouhs & Co.: Überall dort, wo Unzufriedenheit, Minderwertigkeitsgefühle und Ängste gegenüber allem, was man nicht kennt, zu spüren sind, setzen sie an, schü-

ren sie Hass, hetzen und wiegeln sie auf. Dabei nutzen sie die Errungenschaften unserer Demokratie schamlos aus, um sie anschließend systematisch zu zerstören.

Wir sollten nicht hysterisch oder ängstlich reagieren, sondern wachsam und wehrhaft die gesellschaftlichen Grundwerte verteidigen. Deshalb rufen wir alle Kölnerinnen und Kölner auf, diesem Klub bei der nächsten Kommunalwahl die rote Karte zu zeigen: Wir wollen euch nicht. Ist das klar?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Teilen der CDU und der FDP)

Herr Oberbürgermeister, lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zu der Anhörung sagen, die heute im Landtag stattfindet. Es gibt ja zu dem Entschließungsantrag auch noch einen Änderungsantrag der Linken. Es ist bedauerlich, dass es zu Gewaltübergriffen gekommen ist. Ebenso bedauerlich ist es, wenn es polizeiliche Übergriffe gegeben haben sollte. Ich kann das zurzeit nicht beurteilen. Herr Steffenhagen hat wohl öffentlich schon erklärt, das lückenlos aufzuklären. Auch der Landtag wird dazu beitragen. Ich bin gespannt, was am Ende dabei herauskommt. Ich bin mir mit dem Kollegen Ott und sicherlich mit der überwiegenden Mehrheit hier im Rat einig, dass das Erscheinungen sind, die wir natürlich nicht begrüßen. Aber das kann nicht das Bild trüben, das wir von der Gesamtveranstaltung haben, und deshalb sind wir natürlich stolz, Kölner und Kölnerinnen zu sein. Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD sowie von Teilen der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Moritz. Als Nächster spricht Herr Sterck für die FDP, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Als wir am Wochenende verabredet haben, heute mit einer Aktuellen Stunde zu diesem Thema zu beginnen, hat unsere Fraktion in ihrem Entwurf zu diesem Thema drei Aspekte formuliert, die jetzt in dieser Debatte schon wiedergegeben worden sind. Auf diese drei Aspekte möchte ich nun eingehen.

Zunächst zur Rolle von PK selbst. Ich möchte einmal anhand von drei Pressestimmen belegen, was am Wochenende über unsere Stadt ge-

schrieben worden ist. So heißt es zum Beispiel in der *Süddeutschen Zeitung* vom 20. September:

Die weltoffene Stadt Köln hat es nicht verdient, dass diese obskure Vereinigung sich ausgerechnet „Pro Köln“ nennt. Diese Vereinigung, die eigentlich „contra Köln“ heißen müsste ...

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

PK ist die Fleisch gewordene, die fortgesetzte Schande für Köln als weltoffene Stadt.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Jetzt hat sie sich enttarnt; diesen Aspekt hat Kollegin Moritz schon angesprochen. PK hat hier zwar von einem Anti-Islamisierungskongress gesprochen, aber auf dem Transparent auf dem Heumarkt, das auch in der Zeitung abgebildet war, stand: Stop Islam! Daraus wird die tatsächliche Intention klar ersichtlich: PK ist gegen das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Religionen und der verschiedenen Kulturen hier in Köln.

Auch der Schaden für die Kölner Wirtschaft war sehr hoch. Sowohl der Einzelhandel als auch die Gastronomie mussten Umsatzeinbußen hinnehmen. Ein Haus wie zum Beispiel der „Kaufhof“, hatte am vergangenen Wochenende 50 Prozent weniger Umsatz. Gastronomen in der Altstadt mussten ganz schließen. Das tut der Kölner Wirtschaft weh.

Die Rolle der Kölnerinnen und Kölner ist hier schon entsprechend gewürdigt worden. Wir alle sind stolz, Kölnerinnen und Kölner zu sein. Es ist gut, dass das auch so herüberkommt. *La Repubblica* schreibt am 22. September:

Eine ganze Stadt ist mit viel Fantasie aktiv geworden und sagt „Nein“ zu den Rechtsradikalen.

Seit Freitag hatte der passive Widerstand in Köln den Demonstranten von Rechts das Leben schwer gemacht. Ich erwähne auch die Beispiele, die eben auch vom Kollegen Granitzka genannt worden sind.

Von daher kann man den Organisatoren und den Beteiligten nur herzlichen Dank dafür sagen, dass sie so engagiert versucht haben, den Imageschaden für die Stadt Köln so gering wie mög-

lich zu halten. Damit haben sie es ermöglicht, dass die Stadt Köln eine gute Figur gemacht hat. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU und der SPD)

Aber in dieser Debatte muss auch thematisiert werden - meine Vorredner haben das auch schon erwähnt -, wie die Linksradi-kalen hier aufgetreten sind. Dazu möchte ich Ihnen vorlesen, was der *Bonner General-Anzeiger* am 20. September schreibt:

(Zuruf von Johannes-Werner Hamm [CDU])

Dass sich in den Bürgerprotest Linksradi-kale von den notorischen Antifa-Gruppen einklinken, täuscht nicht darüber hinweg, dass sie die andere Seite der gleichen extremistischen Medaille sind.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

Das ist der Punkt, Herr Ott. Ich möchte noch einmal an die sehr unerfreuliche Debatte, die wir hier im Mai geführt haben, erinnern. Unsere Fraktion hatte beantragt, eine Bildungsstelle gegen Linksradi-kalismus einzurichten. Sie dagegen haben dieses Phänomen für Köln negiert. Ich habe mir Ihre Rede vom 29. Mai 2008 noch einmal herausgesucht. Damals haben Sie gesagt: „Politisch motivierte Kriminalität geht von Rechtsextremen aus“. Meine Damen und Herren, seit diesem Wochenende sind wir etwas schlauer. Diese Kriminalität geht auch von Linksextremen aus.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

In diesem Zusammenhang muss man der Polizei nicht nur für ihr Engagement und ihr sehr überlegtes Auftreten danken, sondern auch dafür, dass sie schon im Vorfeld dieser Demonstration auf die Kölnerinnen und Kölner präventiv eingewirkt hat. In diesem Flugblatt der Kölner Polizei - das kennen Sie vielleicht auch -, das sie unter anderem auch an den Schulen verteilt hat, heißt es:

Deshalb appellieren wir an Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Demonstrationen: Demokratie braucht Ihre Unterstützung durch ein eindeutiges Bekenntnis zu Friedfertigkeit und gegen Gewalt. Solidarisieren Sie sich nicht mit

Gewalttätern und Gewaltbereiten! Lassen Sie sich nicht instrumentalisieren! Halten Sie sich von Gewalttätern und Gewaltbereiten fern!

Das hat die Polizei im Vorfeld den Bürgerinnen und Bürgern von Köln und insbesondere auch den Schülerinnen und Schülern empfohlen. Wenn die Sache dann trotzdem eskaliert und der eine oder andere, der diese Hinweise nicht befolgt hat, einige Stunden warten muss, bis geklärt war, dass er mit der Sache nichts zu tun hatte, dann muss ich die Polizei bezüglich der Maßnahmen in Schutz nehmen,

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

die dafür sorgten, dass Recht und Gesetz hier in Köln die Oberhand behielten und nicht der Mob die Straßen regierte. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Vielen Dank, Herr Sterck. Als Nächster hatte sich Herr Detjen gemeldet.

(Judith Wolter [pro Köln]: Ich habe mich die ganze Zeit gemeldet!)

- Entschuldigung, ich habe Sie gar nicht gesehen. Dann sind Sie jetzt dran. Sie müssten sich deutlich melden. Normalerweise melden sich die Fraktionen vorher per Meldezettel.

Judith Wolter (pro Köln): Ich habe mich die ganze Zeit gemeldet. Sie haben absichtlich nicht zu mir herübergeschaut.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das ist eine Unterstellung, Frau Wolter. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass es hier im Rat seit zig Jahren üblich ist, dass man sich, um auf die Rednerliste gesetzt zu werden, vorher anmeldet. Sie haben die Möglichkeit gehabt, diese aber nicht genutzt. Entschuldigung, dass ich Sie jetzt nicht gesehen habe.

(Zuruf von Hans Martin Breninek [pro Köln] - Regina Wilden [pro Köln]: Sie hat permanent die Hand gehoben! Herr Oberbürgermeister, ich sitze hinter ihr und habe es gesehen! Was Sie sagen, ist unwahr!)

Wer hier die Wahrheit spricht, sei einmal dahingestellt. Frau Wolter, wenn Sie sich gemeldet haben, dann sind Sie jetzt auch dran, bitte schön.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Was sich am vergangenen Wochenende im Zusammenhang mit dem Anti-Islamisierungskongress in Köln abgespielt hat, ist „eine Blamage des Rechtsstaates“. So formuliert es zutreffenderweise der renommierte Bonner Staatsrechtler Josef Isensee. Er wertete den Vorgang als „eine Verletzung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit“ und sagte:

Die Sicherheitsbehörden haben dafür zu sorgen, dass ein friedliches Nebeneinander der widerstreitenden Meinungskundgebungen, ..., möglich bleibt. ... Diese verfassungsrechtliche Garantie hat der Staat in diesem Fall nicht eingelöst.

Dass Sie, Herr Schramma, in diesem Zusammenhang von einem „Sieg der demokratischen Kräfte“ oder von „Zivilcourage“ sprechen, offenbart wieder einmal Ihr mangelndes Demokratieverständnis und Ihr fehlendes Wissen über unsere Verfassung.

(Beifall bei pro Köln)

Ein wesentliches Element unserer pluralistischen Demokratie ist die Meinungsvielfalt, die insbesondere die Versammlungsfreiheit für politisch Andersdenkende voraussetzt. Nichts anderes besagt Art. 8 unseres Grundgesetzes. Wer also die Minderheitenrechte, zum Beispiel der Bürgerbewegung pro Köln, beschneidet, greift den demokratischen Rechtsstaat an und stellt sich außerhalb der Verfassung.

(Beifall bei pro Köln)

Ihre Fäkaliensprache möchte ich nicht kommentieren. Sie zeigt lediglich Ihre fehlende Kinderstube.

(Beifall bei pro Köln)

Als Lateinlehrer sollten Sie aber zumindest die Bedeutung des Begriffes „Zivilcourage“ kennen. Zivilcourage bezeichnet mutiges Vorgehen von Bürgern gegen den Staat oder die herrschende Meinung. Keinesfalls kann man von Zivilcourage sprechen, wenn sich Stadtspitze, Polizeiführung und Monopolpresse gemeinsam mit linken Gewalttätern gegen eine kleine politische Gruppie-

rung stellen und diese an der Ausübung ihrer Grundrechte hindern. Nichts anderes ist hier in Köln geschehen.

Sie können nicht einerseits das Verbot des Anti-Islamisierungskongresses bejubeln und andererseits die gewalttätigen Auseinandersetzungen Autonomer bedauern. Denn ausschließlich Letztere haben das Verbot bewirkt. Nur die Kriminellen, die neben Schlägereien mit der Polizei auch Signalanlagen der Bahn zerstört und hierdurch die Allgemeinheit in Gefahr gebracht haben, nur die, die Krawalle veranstalteten, indem sie zum Beispiel Müllcontainer in Brand setzten, haben dafür gesorgt, dass der Anti-Islamisierungskongress nicht stattfinden konnte. Ihr Unterhaltungsprogramm auf dem Roncaliplatz hat hierzu nichts, aber auch gar nichts beigetragen.

Selbstverständlich haben auch Sie als Oberbürgermeister das Recht, zu demonstrieren, auch wenn die Demonstration eigentlich ein Recht der Bürger ist, gegen den Staat zu protestieren. Durch Ihre Freude über das Verbot drücken Sie aber nichts anderes aus als Ihre Zustimmung zur Gewalt. Hierdurch machen Sie sich mitschuldig an den Opfern.

(Winrich Granitzka [CDU]: So ein Blödsinn!)

Sie feiern die Kapitulation des Rechtsstaates vor der Gewalt. Nichts anderes hat die Kölner Polizeiführung getan. Sie hat vor der Gewalt linksextemer Krimineller kapituliert. Was wollen Sie tun, wenn die linke SA demnächst beschließt, dass eine CDU-Veranstaltung nicht stattfinden darf? Jubeln Sie dann immer noch über den Sieg der Demokratie und Toleranz, wenn Ihre eigene Versammlung gewaltsam verhindert wird?

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Dass das Verbot des Kongresses, der laut einer Umfrage von etwa der Hälfte der Befragten für gut befunden wurde, eindeutig rechtswidrig war, wird sich früher oder später vor dem Verwaltungsgericht herausstellen.

(Zuruf von Ossi Helling [Bündnis 90/ Die Grünen])

Dass wir unsere Kundgebung gegen die Islamisierung Europas wiederholen werden, versteht sich von selbst. Die verdiente Quittung für den Machtmissbrauch werden Sie zudem am 7. Juni 2009 erhalten. Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich gehe nur ungern auf Ihre Worte ein, aber noch einmal zur Klarstellung: Nachweislich - ich war ja nicht alleine auf der Domplatte - sind sämtliche Interviews, in denen ich von einem Sieg für die Stadt Köln gesprochen habe, etwa drei Stunden vor Beendigung Ihrer Veranstaltung gegeben worden. Ich habe mit einem Sieg für Köln sowohl die Aktionen des Freitags als auch die hervorragende Demonstration am Samstagmorgen kommentiert. Die Interviews sind in der Zeit von 10.30 bis 11.30 Uhr gegeben worden. Dafür habe ich etwa 5 000 Zeugen; es standen zudem sehr viele Menschen in meinem Umfeld. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen.

Jetzt geht es weiter in der Rednerliste. Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Pro Köln hat jetzt angekündigt, zum Verwaltungsgericht zu gehen. Mein Rechtsanwalt sagt dazu, dass es in der Regel eineinhalb Jahre dauert, bis es zu einem Urteil kommt. Ich glaube, bis dahin haben wir pro Köln mit ihrer braunen Hetze in der Kloschüssel weggespült. Das können wir schaffen.

Auch ich möchte mich ausdrücklich bei den Kölnerinnen und Kölnern für ihr Engagement bedanken und dabei eine Person hervorheben, die seit langem aktiv war, nämlich den DGB-Vorsitzenden Uellenberg-van Dawen; er ist heute hier und hört zu. Er hat sich sehr frühzeitig engagiert und gesagt, dass wir es nicht hinnehmen können, dass dieser Kongress in Köln stattfindet. Das war ein entscheidender Beitrag; denn man muss ja jemanden haben, der in der Lage ist, ein Bündnis aufzustellen, in dem alle Kräfte mitmachen können. Das war in diesem Fall der DGB. Der DGB hat dafür gesorgt, dass verschiedene Formen des Protestes und des Widerstandes in diese Aktion einbezogen worden sind. Dazu gehören eben auch Blockaden, ziviler Ungehorsam usw. Ich erwähne das deswegen, weil das in Ihrer Resolution nicht so richtig zur Sprache kommt. Entscheidend ist doch, dass es gelungen ist, den vielfältigen Protest und Widerstand in dieser neuen Form zu ermöglichen und zu organisieren.

Wir haben für diesen Protest extra die Losung „Wir stellen uns quer“ gewählt. Herr Granitzka, Sie werden sich bestimmt daran erinnern, dass diese Losung eine Geschichte hat. Ich freue mich natürlich ganz besonders darüber und bin auch darauf stolz, dass diese Losung aus der

antifaschistischen Bewegung eine Losung des Kölner Stadtrates geworden ist.

(Beifall bei der Linke.Köln)

Ich freue mich natürlich auch, dass mit diesem Motto der Widerstand in breiten Teilen der Bevölkerung - vom DGB bis hin zu Christen, von der CDU bis hin zu Kommunisten - mobilisiert werden konnte.

Damit komme ich zu dem, was Sie hier eben gesagt haben, Herr Granitzka. Sie konnten ja leider nicht dabei sein. Sie waren am Samstag nicht in der Stadt; das soll keine Kritik sein. Sie hatten mir das ja vorher angekündigt.

(Heiterkeit)

- Ja, ich habe eben ein gutes Verhältnis zu Herrn Granitzka.

(Martin Börschel [SPD]: Mach` nur weiter so, dann ist der gleich weg! - Zuruf von Götz Bacher [SPD])

Aber wenn Sie auf diesem Platz gewesen wären und die Stimmung gespürt hätten, dann wüssten Sie, dass Sie, wenn Sie dort gesagt hätten: Lasst uns gemeinsam gegen Rechts und Links demonstrieren, ausgepiffen worden wären. Herr Schramma hat dort eine gute Rede gehalten und das natürlich nicht gesagt. Ihre Rede eben war in einem völlig anderen Fahrwasser als die, die der Oberbürgermeister auf dem Roncalliplatz gehalten hat.

(Winrich Granitzka [CDU]: Hören Sie bitte auf, Herr Detjen, sonst bin ich gleich nicht mehr Fraktionsvorsitzender!)

Er hat gewarnt - das war völlig richtig - und aufgefordert, besonnen zu sein.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich habe gesagt: Steine sind keine Argumente. Das haben Sie doch auch gehört, oder?

(Beifall bei Teilen der CDU)

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Ja, das weiß ich. Es war auch richtig, das zu diesem Zeitpunkt auf einer solchen Demonstration zu sagen. Als Hauptredner muss man so etwas sagen. Das hätte ich auch gesagt, gar keine Frage.

Meine Damen und Herren, die entscheidende Frage ist, was wir jetzt aus diesem breiten Protest machen. Was haben uns die Leute gesagt? Karl-Heinz Pütz hat auf der Auftaktkundgebung gesagt; dass wir von der Politik verlangen, dass sie initiativ wird, dass sie etwas in Bildung investieren soll usw. Auch der DGB hat in seiner Erklärung verlangt, dass wir etwas gegen die Arbeitslosigkeit tun. Das heißt, dass, wenn man den Rechten das Wasser abgraben will, die Politik Inhalte dagegensetzen muss. Wir dürfen nicht nur feiern. Das halte ich für den entscheidenden Punkt.

(Beifall bei Die Linke.Köln)

Ich würde mir wünschen, dass wir in den Stadtbezirken gemeinsame Bündnisse bilden und dass ein breites Bündnis von Christen bis hin zu Kommunisten im Kommunalwahlkampf gemeinsam gegen pro Köln agiert und vorgeht. Auch das ist ein entscheidender Punkt.

Sie haben eine Resolution vorgelegt, die unseres Erachtens einseitig ist. Frau Moritz hat schon angesprochen, dass man auch Kinder verhaftet hat. Das hat ja in Köln eine Vorgeschichte - Herr Granitzka, hier möchte ich mich wieder auf Sie beziehen. Sie können sich vielleicht noch an 1989 erinnern; Stichwort: Mauenheim. Ich weiß nicht, ob Sie damals schon in Köln waren.

(Winrich Granitzka [CDU]: Da hätte ich Sie aber auch eingesperrt!)

- Das glaube ich nicht; denn ich war zu diesem Zeitpunkt kein Kind mehr, sondern bereits erwachsen. - Damals hat die Kölner Polizei genau dasselbe getan. Sie hat Kinder in größerem Umfang festgenommen. In der Gesamtschule Holweide gab es erheblichen Protest. Daran können sich viele noch erinnern. Das hat dazu geführt, dass die Polizei in dieser Frage in den darauffolgenden Jahren sehr sensibel war. Es ist nie wieder passiert, dass in großem Umfang Kinder verhaftet worden sind - bis jetzt. Doch das hat jetzt stattgefunden. Das muss man einfach einmal konstatieren, und deswegen kommt unser Änderungsantrag.

Wenn man gegen linke Autonome Position bezieht, muss man auch gegen Polizisten Position beziehen, die Kinder verhaften.

(Josef Müller [CDU]: Kinder schützen!)

Ich war ja vor Ort. Ich bin um etwa 17 Uhr dorthin gegangen und habe mir das angeguckt. Ich habe die angezündeten Mülleimer gesehen. Aber die

enorme Randalen, die Sie hier daraus gemacht haben, habe ich nicht gesehen.

(Josef Müller [CDU]: Verletzte Polizisten! - Andreas Köhler [CDU]: Herr Detjen!)

Ich habe vieles gesehen, Herr Köhler, auch einen Autonomen, der einen Stein gegen einen Polizisten geworfen hat. Das habe ich alles gesehen.

(Lachen und Zurufe bei der CDU: Einen?)

- Ja, sicher, das habe ich gesehen. Aber das ist doch gar nicht die Frage, sondern es ist die Frage, wie man das beurteilt und wie man diese zum Teil kindlichen Aktionen einordnet?

(Widerspruch und Lachen bei der CDU und bei der FDP - Andreas Köhler [CDU]: Das ist ja peinlich!)

Dass Sie jetzt Ihre Links-Rechts-Schiene fahren wollen, kann ich ja gut verstehen. Nur, wenn Sie Links- und Rechtsextremismus in einen Topf werfen, dann wird es nie gelingen, eine breite Front gegen den Rechtsextremismus in dieser Stadt zu bilden.

(Beifall bei Die Linke.Köln - Josef Müller [CDU]: Doch!)

Das haben Sie doch selbst bewiesen. Sie waren doch gar nicht präsent dort, jedenfalls nicht in größerem Umfang. Ich habe Herrn Klipper gesehen, ich habe Herrn Schramma gesehen, aber ich habe nicht so viele CDU-ler und auch keine FDP-ler gesehen.

(Widerspruch)

Kann sein, dass einige dort waren; aber Sie waren minimal vertreten. Das ist von Ihnen ja auch zu viel verlangt. Aber darum geht es hier gar nicht. Danke schön.

(Beifall bei Die Linke.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau May, bitte.

Petra May (Einzelmandatsträgerin): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach dieser hitzigen Diskussion möchte ich mit einigen nachdenklichen Worten jetzt wieder etwas Ruhe hier hereinbringen. Herr Ott hat zu

Recht gesagt, dass wir eine wehrhafte Demokratie haben. Aber, Demokratie heißt auch, zuzuhören und miteinander zu reden. Es wäre sehr schön gewesen - das richtet sich an die vier großen Fraktionen -, wenn Sie uns Einzelmandatsträger auch angesprochen hätten. Dass Sie das nicht taten, empfand ich peinlich. Demokratie kristallisiert sich nämlich auch daran, wie man im Rat miteinander umgeht.

Ich habe hier im Rat vor einigen Wochen gesagt, dass man mit der Aktion von pro Köln auch anders umgehen kann. Man kann eine Veranstaltung ignorieren, um sie nicht weiter aufzuwerten. Man hat sie jetzt aber aufgewertet. Deswegen möchte ich zum Nachdenken aufrufen. Pro Köln kennt man nun in ganz Europa.

(Beifall bei pro Köln)

Vor der Veranstaltung war das nicht der Fall. Das ist nun erreicht worden.

Es geht hier auch nicht um Religionsfreiheit oder Fremdenphobie. Vielmehr geht es darum, eine gesellschaftliche Diskussion zu führen. Diese Diskussion müssen wir führen. Das möchte ich hier noch einmal anmahnen. Unsere Gesellschaft ist in einer Veränderung begriffen, die zum Teil auch durch Einwanderung verursacht wird. Wenn wir diese Diskussion nicht führen, wird sie an irgendeiner anderen Stelle geführt; sei es Rechts oder Links, aber jedenfalls nicht da, wo wir diese Diskussion haben wollen. Deswegen spreche ich von hier oben diese Worte.

Ich warne auch davor, in ein einfaches Rechts-/Links-Schema zu verfallen. Wir leben nicht in den 20er-Jahren. Wir haben eine stabile Demokratie, auf die wir stolz sein können. Wir haben Religions- und Meinungsfreiheit. Da gibt es gar nichts zu diskutieren. Viele Menschen kommen ja in unser Land, weil hier Religionsfreiheit herrscht. Aber manchmal wird es hier so dargestellt, als sei das nicht der Fall. Das ist die falsche Außenwirkung. Mit einem Rechts-/Links-Schema machen wir es uns zu leicht. Es kann nicht sein, dass Leute, die sich kritisch äußern, auch gegenüber Menschen, die von außerhalb kommen, in eine rechte Ecke gestellt werden. Das ist nicht der richtige Weg.

Ich habe am Wochenende ein interessantes Flugblatt bekommen. Dieses Flugblatt „Aufruf der dritten Kraft“ richtet sich gegen alle Formen von Radikalisierung, kommen sie von Rechts, von Links, aber auch vonseiten des Islam. Ich denke, wir sollten hier eine aufgeklärte Diskussion über alle radikalen Bewegungen und darüber, was sie

für uns bedeuten, führen, anstatt das einseitig zu bewerten. Dazu möchte ich beitragen.

Die Diskussion ist hier teilweise in ein Fahrwasser geraten, das zu diesem Thema nicht passt. Hier wird über die Verhaftung von Kindern und anderes diskutiert; aber darum geht es eigentlich gar nicht. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau May. Als nächster Redner hat sich Herr Ludwig gemeldet.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es wurde hier schon mehrfach gesagt, dass wir nach diesem Wochenende stolz darauf sein können, in Köln zu wohnen. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass nicht nur Kölnerinnen und Kölner an diesen Protesten teilgenommen haben. Auch viele Menschen aus NRW, dem Bundesgebiet sowie Gäste aus Frankreich, aus Belgien, aus den Niederlanden sind hier angereist, um an den Blockaden und Protestaktionen teilzunehmen. Insofern sollten wir uns hier nicht nur selbst auf die Schulter klopfen, sondern müssen die gute Mobilisierung gegen den Anti-Islamisierungskongress anerkennen. Während es die Rechten nicht geschafft haben, ihre Anhänger zu mobilisieren, weder im In- noch im Ausland, haben wir, die Gegendemonstranten, das geschafft.

Es wurde jetzt vonseiten der Polizei, aber auch vonseiten der CDU und der FDP eine Debatte über Rechts und Links begonnen. Meine Damen und Herren, wenn die Leute, die Sie als Linksextremisten oder Linksradikale bezeichnen, an diesem Wochenende nicht da gewesen wären und nicht die Blockaden rund um den Heumarkt durchgeführt hätten, dann hätte der Kongress der Faschisten hier stattgefunden, egal, wie groß und wie gut die Kundgebung auf dem Roncaliplatz gewesen wäre. Die Rechten hätten sich hier getroffen, wenn auch nicht mit 1 500 Personen - wir wissen ja, dass wir die Zahlen, die von pro Köln genannt werden, immer erst durch drei teilen müssen, damit sie in etwa realistisch sind. Pro Köln hätte mit vielleicht 500 Leuten eine Kundgebung gemacht. Auch diese wäre eine Provokation gewesen - es wurde zu Recht darauf verwiesen, dass auf dem Transparent „Stop Islam!“ stand -, nämlich gegen alle Menschen aus muslimischen Ländern, die hier in dieser Stadt leben. Die Rechten hätten das als einen Erfolg gefeiert, egal, wie viel gesungen und ge-

feiert worden wäre. Diesen Erfolg haben die Leute verhindert, die sich mit Blockaden den Faschisten direkt entgegengestellt haben. Dieser konkrete Widerstand ist der Weg, um die Rassisten zu stoppen.

Trotzdem fanden auch wir als Linke die Demonstration auf dem Roncalliplatz gut und richtig. Denn sie hat gezeigt, dass es eben nicht nur Jugendliche und Linke sind, die sich den Rechten entgegenstellen, sondern dass der Protest breiter ist, dass gerade viele Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben, aus den Gewerkschaften diesen Protest unterstützen. Die Stärke dieses klaren gemeinsamen Protestes von ganz Links bis tief in die Reihen der Gewerkschaften, sozusagen in die Mitte der Gesellschaft, hinein hat dazu geführt, dass man erfolgreich gegen die Rechten vorgehen konnte.

Herr Sterck, Sie haben gesagt, es würde nichts ausmachen, wenn die Polizei die Leute einige Stunden festhält. Man muss hier aber auch darüber reden, was auf dieser Demonstration ganz konkret passiert ist. Es gab Randalen.

(Josef Müller [CDU]: Von den Linken!)

- Keine Frage. Es haben einige Leute, die sich als Links betrachten, randaliert. - Aber: Es gab keinen Bürgerkrieg in der Kölner Innenstadt. Die Randalen hat auch nicht stundenlang angehalten. Es gab eine halbe Stunde lang unangenehme Auseinandersetzungen, die idiotisch waren. Viele Menschen, die sich selbst als Autonome bezeichnen, sind genau derselben Meinung, nämlich dass diese Aktion vollkommen falsch war.

Aber: Mehrere Tausend haben über Stunden diszipliniert, friedlich und entschlossen diese Blockaden durchgehalten. Zum Ende hin, als die Auseinandersetzungen längst vorbei waren, hat die Polizei eine Demonstration eingekesselt, die sie vorher erlaubt hatte, nämlich eine Demonstration vom Rheinufer Richtung Heumarkt. Es gab Gespräche mit der Polizei. Nachdem die Polizei ihr Okay gegeben hatte, sind die Leute losgelassen. Und dann wurde diese Demo eingekesselt. Die meisten Leute wurden in die Gefangenen-sammelstelle nach Brühl gebracht. Genauso ist es auch den Leuten in Deutz ergangen. Es gab keinen unmittelbaren Zusammenhang - weder personell noch zeitlich - zwischen der Randalen und diesen Massenfestnahmen.

Deswegen meinen wir sehr wohl, dass diese Massenfestnahmen diskutiert werden müssen; das muss aufgeklärt werden. Es wird sich herausstellen - da bin ich mir sicher -, dass das, was

die Polizei da gemacht hat, rechtlich unzulässig war. Es wird ein bisschen dauern, bis das geklärt ist. Aber wir werden das herausbekommen. Das Motto „Wo gehobelt wird, da fallen Späne“ ist der falsche Ansatz. Vielmehr muss es eine deutliche Kritik auch am Verhalten der Polizei geben.

Ich habe ein bisschen den Verdacht, dass das vielen in diesem Hause genau ins Konzept passt. Denn dort waren zwar die bösen Rechten, gegen die etwas gesagt werden musste und die auch im nächsten Jahr im Wahlkampf kleingehalten werden sollen. Aber es sollten gleichzeitig auch ein paar kleine Schläge nach Links ausgeteilt werden; einige haben das jetzt noch einmal vorgeführt.

Die Wahrheit ist, dass Köln gemeinsam mit Menschen aus vielen anderen Städten gegen die Rechten gekämpft hat. Das war ein riesiger Tag. Das war ein großartiger Erfolg. Pro Köln hat eins auf den Deckel gekriegt und sich vor seinen ausländischen Bündnispartnern blamiert. Pro Köln musste sich eingestehen, dass es keine aktive Basis in dieser Stadt hat und dass der Protest an jeder Stelle größer ist, sowohl am Samstag als auch bei den hervorragenden Protestaktionen in den Veedeln, die es schon am Freitag gegeben hat.

Aus diesem Grund weisen wir eine Rechts/Links-Debatte und auch diese Gleichsetzung zurück. Wir sagen ganz klar: Das war ein gemeinsamer Erfolg, lassen Sie uns daran anknüpfen. Ich wiederhole den Appell von Kollege Detjen: Bilden wir Bündnisse gegen die Rechten und die Rassisten! - Vielen Dank.

(Beifall bei Die Linke.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Rouhs ist der Nächste.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die politische Klasse der Stadt Köln hat am vergangenen Samstag gegen die Bürgerbewegung pro Köln einen klassischen Pyrrhussieg errungen. Formal haben wir am Samstag verloren. Wir konnten den Anti-Islamisierungskongress auf dem Heumarkt nicht durchführen.

(Martin Börschel [SPD]: Sie haben sich lächerlich gemacht!

Gerade als der italienische Europaabgeordnete Borghezio die ersten Sätze seiner Rede gesprochen hatte, verfügte die Polizei den Abbruch

(Zuruf von Claus Ludwig [Die Linke.Köln])

dieser versammlungsrechtlich gesehen völlig intakten Veranstaltung auf dem Heumarkt. Die Polizei rief den Notstand aus, weil sie die Lage - das wird sie so in dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren auch vortragen müssen, sonst wäre schon die juristische Definition des Notstandes nicht gegeben - nicht mehr im Griff hatte. Die Polizei bewertete die Lage als chaotisch, weil sie davon ausging, dass die Gewalt von Links nun derart eskalieren würde, dass sie keine Möglichkeiten mehr haben würde, damit fertig zu werden.

Natürlich ist diese Lageeinschätzung objektiv nicht richtig. Den klassischen Fall eines Bürgerkrieges, wie die Polizei ihn jetzt nominell behaupten muss, hatten wir de facto nicht in Köln. Die Verhängung des polizeilichen Notstandes war rechtswidrig. Die Polizei hat den Notstand verhängt, weil sie der politischen Obrigkeit einen Gefallen tun wollte und weil sie ihr die Opposition vom Hals halten wollte.

(Beifall bei pro Köln)

Das war umso erstaunlicher, weil dasselbe vor sechseinhalb Jahren in Köln-Chorweiler schon einmal passiert ist und die Polizeiführung hinterher gegenüber dem Verwaltungsgericht reumütig behauptet hat, dass so etwas nie wieder in Köln passieren würde, insbesondere nicht im Umgang mit pro Köln. Damals ist der Notstand in Chorweiler ausgerufen worden, um uns das Recht zu nehmen, durch diesen Stadtteil eine Demonstration durchzuführen. Jetzt wiederholt sich das Ganze.

Das Verfahren wird zwar in der Hauptsache eine ganze Weile dauern und einige Juristen beschäftigen, auch solche, die daran unmittelbar nicht beteiligt sind. Dazu waren ja in den vergangenen Tagen bereits etliche profilierte Stimmen zu hören. Aber: Der Unterschied ist, dass wir jetzt einen guten Grund haben, uns für den Tag, an dem wir diese Versammlung wiederholen, einen Richter bestellen zu lassen, der polizeiliche Unrechtsmaßnahmen an Ort und Stelle aufheben kann. Das wird passieren.

(Widerspruch)

- Selbstverständlich. - Dann muss am Verwaltungsgericht, auch wenn es ein Wochenende ist,

eine Kammer bereitstehen, die im Zweifelsfall über die Rechtmäßigkeit von Polizeimaßnahmen entscheidet.

Nur an diesem Faktum, dass die Polizei unrechtmäßig ein Versammlungsverbot gegen uns ausgesprochen hat, ist dieser Kongress gescheitert und selbstverständlich nicht an friedlichen Demonstranten. Gegen friedliche Gegendemonstranten haben wir nichts. Wenn diese ihre Meinung bekunden wollen, ist das völlig in Ordnung. Er ist auch nicht gescheitert an den Gewalttätern; denn die Polizei war zu jedem Zeitpunkt in der Lage, mit den Gewalttätern fertig zu werden. Mit den Gerätschaften, der Parade an Wasserwerfern, wäre es überhaupt kein Problem gewesen, diesen Kessel um den Heumarkt an einer Stelle aufzubrechen und die Gewalttäter in Schach zu halten.

(Martin Börschel [SPD]: Das glaubt Ihnen kein Gericht!)

Die Polizei wollte nicht erfolgreich sein. Sie hat die Situation bewusst crashen lassen und den Notstand fahrlässig ausgerufen. Das ist eine Niederlage für jeden, der sich zu Demokratie und Rechtsstaat bekennt, weil zu Demokratie und Rechtsstaat eben auch die Versammlungsfreiheit gehört.

Meine Damen und Herren, das wird der Unterschied sein. Wir werden im nächsten Jahr im Vorfeld der Kommunalwahl bei der Wiederholung des Anti-Islamisierungskongresses ein Instrumentarium an der Hand haben, um die Polizei dazu zwingen zu können, dass sie das tut, was ihr gesetzlicher Auftrag ist.

(Beifall bei pro Köln)

All diejenigen, die sich hier einerseits darüber freuen, dass unsere Versammlung abgebrochen und beendet werden musste,

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Sie haben sich lächerlich gemacht!)

und die andererseits betonen, dass sie ausschließlich friedliche Proteste für gut und richtig halten und unterstützen, verhalten sich pharisäerhaft. Es haben etliche Kölner Bürger, aber auch Auswärtige versucht, auf den Heumarkt zu kommen. Es gab nicht einen Fall, dass jemand, der versucht hat, auf den Heumarkt zu kommen, vom gewaltbereiten Teil der Gegendemonstranten nicht geschlagen worden ist. Keinen einzigen! Wir haben Videodokumente auf der Internetseite der Jungen Freiheit veröffentlicht. Da sehen Sie eine Frau mit ihrem Sohn, die auf den

Heumarkt will. Diese Frau wird geschlagen. Die Frau wird getreten. Mit dem Sohn wird dasselbe gemacht. Daraufhin wenden sich die beiden an die Polizei, und die Polizei erteilt einen Platzverweis. Aber der Platzverweis bezieht sich nicht etwa auf die Leute, die schlagen und treten. Der Platzverweis bezieht sich auf diese Mutter mit ihrem Sohn. Ihnen wird gesagt: Ihr seid hier die Störer; denn ihr wollt zu dieser Versammlung. Und: Wer zu dieser Versammlung will, der bekommt einen Platzverweis.

(Zuruf von Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU])

Das, meine Damen und Herren, sind Zustände wie im Dritten Reich. Das ist diktatorisch.

(Beifall bei pro Köln)

Das hat mit Demokratie, mit einer rechtsstaatlichen Vorgehensweise überhaupt nichts zu tun. Damit kommen Sie nicht durch, meine Damen und Herren. Das Ausmaß an öffentlicher Empörung über das, was sich die politische Klasse hier geleistet hat, unterschätzen Sie im Moment gewaltig. Sie werden dafür die Quittung bekommen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Dr. Müser, bitte.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! PK wollte provozieren. PK hat von vornherein die Planung ihrer Wahlkampfaufaktveranstaltung auf maximale Provokation abgestellt. Dass Sie, Herr Rouhs, hier jetzt anfangen, zu weinen, und behaupten, die Polizei wollte von vornherein nicht erfolgreich sein, ist vor diesem Hintergrund natürlich der blanke Hohn.

Professor Lemper hat schon in der letzten Ratsitzung zu Recht darauf hingewiesen, dass pK die Provokationen gegen den Islam und die Debatte um die Moschee nur benutzt und sich als Biedermänner darstellt. Es ist gut und richtig, dass Kölner Bürger mit ihrer Demonstration gezeigt haben, dass sie dieser aggressiven und rassistischen Politik von pK engagiert entgegen-treten.

Wir halten es nach wie vor für eine wichtige Aufgabe unseres politischen Engagements, pK in den Bezirksvertretungen und im Rat inhaltlich

vorzuführen und ihre destruktive Politik gegen die Menschen in Köln zu entlarven. In diesem Sinne können wir jedoch mit dem Attribut „erfolgreich“, das im Titel dieser Aktuellen Stunde steht, wenig anfangen. Erfolgreich wäre es zum Beispiel gewesen, wenn die Bürger Kölns, die dem Islam und Migranten kritisch gegenüberstehen, hätten überzeugt werden können, dass pK die falschen Adressaten für ihre Bedenken sind. Wir denken, diese Chance wurde am Wochenende vertan. Diese Aufgabe bleibt uns nun im Rat. Ich wünsche mir, dass diese Aufgabe jetzt aktiver als in der Vergangenheit angegangen wird. Dazu wollen wir auch gerne mit denjenigen zusammenarbeiten, die am Wochenende bei den Veranstaltungen gegen pK in vorderster Front standen. Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Müser. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Debatte. Es liegt eine Resolutionsvorschlag vor. Dazu gibt es noch einen Änderungsantrag. Das heißt, mit Annahme der Resolution wäre diese Aktuelle Stunde beendet.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Linken abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Die Linke. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von Frau May ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über die gemeinsame Resolution der vier Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die vier antragstellenden Fraktionen sowie meine Stimme. Gegenstimmen? - Von pro Köln. Enthaltungen? - Bei der Linken, Herrn Dr. Müser und Frau May. Dann ist die Resolution mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

1. Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Tagesordnungspunkt 1.1:

1.1 Annahme einer Schenkung aus dem Nachlass des Künstlers Jupp Lückeroth an das Kölnische Stadtmuseum 3561/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 1.2:

**1.2 Schenkung von 91 Elfenbeinköpfen der Ovambo aus Namibia/Angola durch Herrn Dr. Hans-Jürgen Wolff, Köln, an das Rautenstrauch-Joest-Museum
3639/2008**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig so angenommen.

Tagesordnungspunkt 1.3:

**1.3 Museum für Angewandte Kunst hier: Annahme der Schenkung über Neugestaltung der Designabteilung im Ostflügel durch die Overstolzengesellschaft, Förderverein des Museums
3760/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig.

Tagesordnungspunkt 1.4:

**1.4 Schenkung eines Erweiterungsbaus für das Kölnische Stadtmuseum
4035/2008**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Zuerst spricht Herr *Professor* Dr. Lemper.

(Heiterkeit)

Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Verehrtes Stifterehepaar! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute Tagesordnungspunkt 1.4 erfolgreich verabschieden - ich habe den Eindruck, dass die Mehrheit in diesem Rat dem zustimmen wird -, dann ist das - ich sage das ganz unpathetisch, aber ich meine das sehr ernst - ein schöner Tag für diese Stadt, ein schöner Tag für die Kulturpolitik und eine gute Entscheidung.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion, verehrter Herr Stadtdirektor, begrüßt ausdrücklich die der Stadt Köln angebotene Schenkung eines Erweiterungsbaus. Durch die Großzügigkeit einer Kölner Stiftung gibt es die einmalige, große Chance einer neuen, auf die Zukunft ausgerichteten Entwicklung des Stadtmuseums und darüber hinausgehend des gesamten stadträumlichen Umfeldes eines zentralen Bereiches in Köln.

Neue architektonische Wege und ein neues städtebauliches Konzept lösen das Museum aus seiner bisherigen Isolation heraus und rücken es stärker mitten in die Stadt. Besonders attraktiv ist, dass bedeutende städtebauliche Elemente und historische Momente in die neue Konzeption eingebunden und nachhaltig verwoben werden. Das sind die römische Stadtmauer, die ein Bestandteil dieses Erweiterungsbaus werden soll, das Relief auf dem Stadtplatz an der Moritzstraße, das Löwenportal des Zeughauses sowie der Römerbrunnen. Dadurch wird das Stadtmuseum größer, bunter, attraktiver, urbaner, historischer, noch authentischer und kann die neue vorrangige Stellung Kölns im historischen und derzeitigen europäischen Kontext darstellen, nämlich Köln als Bühne und Beispiel europäischer Geschichte.

All dies ist nur möglich, weil es ein Stifterehepaar gibt, das sich auf seine Vaterstadt besinnt, den Bürgern etwas schenkt, das Vorbild ist für bürgerschaftliches Engagement ist. Das Stifterehepaar stellt nicht nur die Frage, was es für Köln tun kann, sondern liefert gleichzeitig auch die Antwort, nämlich einen Erweiterungsbau in Millionenhöhe. Dafür gibt es nur zwei Worte: Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU, der FDP
und bei pro Köln)

Das wird unzweifelhaft eine neue Attraktion in dieser Stadt. Durch die verkehrsberuhigte Gesamtplanung entsteht auch eine neue attraktive Platzsituation. Die Zeughausstraße und die Komödienstraße sollen als Verkehrsstraße aufgelöst werden. Als Ersatz soll die Burgmauer in beiden Richtungen befahrbar sein. Das heißt, es entsteht eine neue Verbindung zwischen Stadtmuseum und Dom.

Meine Damen und Herren, bei aller Begeisterung bin ich allerdings auch über manche Einlassung und Diskussion mehr als erstaunt, die Dankbarkeit, die eigentlich erforderlich wäre, austauscht durch Arroganz. Gelegentlich hat man den Eindruck, nicht der Beschenkte habe sich zu rechtfertigen, mit dem Geschenk angemessen umzugehen, sondern der Schenkende habe sich zu rechtfertigen für sein Geschenk.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Es fragt sich, wer schenkt!)

Ich meine damit die notorischen Kritiker, die ihre Aussagen schon bei der Präsentation dieses Geschenks auf dem Herrenabend im Stadtmuseum loswurden. Das sind meistens Leute, die

Geschenke deshalb nicht zu würdigen wissen, weil sie selbst nichts schenken,

(Heiterkeit bei der CDU)

die Geschenke sezieren und kalt durchleuchten wie Zollbeamte und deren Problemlösungsfähigkeit in der Behandlung solcher Schenkungen von unbegrenzter Natur ist. Rheinisch ist das jedenfalls nicht und ein Akt der Dankbarkeit auch nicht.

(Beifall bei der CDU, der FDP und bei pro Köln)

Da meine Redezeit abzulaufen droht, will ich nur noch einen letzten Gedanken äußern.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP])

- Herr Sterck, in Wirklichkeit müssten Sie sich freuen, wenn der Oberbürgermeister mir jetzt eine Verlängerung zugestehen würde; denn dann könnten Sie noch sehr viel lernen.

(Lachen bei der FDP)

Meine Damen und Herren, nach dem Motto „Ende gut, fast alles gut“ bitte ich Sie, dass wir, trotz möglicher unterschiedlicher Auffassungen in der Ausgestaltung einer solchen Schenkung, ein neues Klima der Bereitschaft und Akzeptanz solcher Schenkungen schaffen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aller Schenkungen!)

Das gilt allerdings auch für die Verwaltung; das will ich an dieser Stelle auch sagen.

(Jochen Ott [SPD]: Allerdings! Es wäre schön, wenn die einmal arbeiten würde!)

Denn wenn es in der Vergangenheit ein solches Klima der Annahme von Schenkungen nicht gegeben hätte, dann wären solche Institutionen wie das Wallraf-Richartz-Museum, das Museum Ludwig, das Rautenstrauch-Joest-Museum und viele Stiftungen nicht möglich gewesen.

Meine Damen und Herren, es ist ein schöner Tag, eine gute Entscheidung. Machen wir alle mit. Wir freuen uns auf den Erweiterungsbau des neuen Stadtmuseums. Danke schön.

(Beifall bei der CDU, der FDP und bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Professor Dr. Lemper. Nun hat Professor Dr. Bögner für die SPD-Fraktion das Wort.

Prof. Dr. Hans-Georg Bögner (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Herr Lemper, Sie haben in vielen Dingen recht. Es ist ja das Bezeichnende, dass wir im Gegensatz zu Ihrer Fraktion in vielen Punkten mit Ihnen einer Meinung sind.

(Heiterkeit)

Insofern macht es mir immer große Freude, Ihnen zuzuhören, Herr Lemper.

Allerdings mache ich es mir nicht so einfach wie Sie, sondern will drei Gründe anführen, warum wir dankbar sind und warum wir als sozialdemokratische Fraktion im Rat der Stadt Köln dieser Schenkung mit Freude zustimmen werden.

Der erste Grund ist die Schenkung selbst. Sie haben es richtig dargestellt. Es ist schön - wir haben heute schon so viel über die Stadt Köln gesprochen -, dass es in Köln immer wieder Schenkende und Stifter gibt, die bereit sind, für das Gemeinwohl und in sehr hohem Maße auch für die kulturellen Belange dieser Stadt einzutreten. Dafür bedanken wir uns mit diesen zwei netten Worten.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind zweitens dankbar dafür, dass es Stifter gibt, die den langen Atem haben, zehn Jahre lang durch diese Stadt zu laufen, um ihr ein solches Geschenk anzubieten. Sie haben eine solche Ausdauer und eine solche Liebe gegenüber dieser Stadt gezeigt, selbst dann noch, als sie bei dem Lauf von Pontius zu Pilatus durch die Verwaltung dieser Stadt ihr Geschenk nicht loswerden konnten. All das ist nicht nur dankenswert, sondern auch bemerkenswert.

(Martin Börschel [SPD]: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, wir haben uns von dem Stifterehepaar ihre Leidensgeschichte erzählen lassen. Ich muss Ihnen sagen: Da konnte einem schon etwas übel werden. Es kann doch nicht angehen, dass Letter of Intents geschrieben werden und diese dann anderthalb Jahre lang auf Schreibtischen in der Verwaltung liegen bleiben.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen der FDP und von Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU])

Deshalb bekunde ich unseren ausdrücklichen Dank für Ihre Ausdauer und den Wunsch, diese Stiftung hier in unserer Stadt zu realisieren.

Der dritte Grund, dankbar zu sein, bezieht sich auf die Diskussion, die es dazu gegeben hat. Herr Kollege Lemper, ich halte eine solche Diskussion für absolut sinnvoll und notwendig. Die Gesprächsrunden zeigen, dass in dieser Sache Bewegung ist und dass das eine oder andere noch diskutiert werden muss, aber auch dass man aufeinander zugeht. Insofern ist die heutige Vorlage ein deutliches Zeichen von Bewegung aufgrund der einen oder anderen kritischen Bemerkung. So steht jetzt in der Vorlage, dass es einen eingeschränkten Wettbewerb in Form einer Mehrfachbeauftragung geben soll. Dieser Workshop beziehungsweise dieser Planungsbeirat wird auch mit drei Vertretern des Gestaltungsbeirates zusammenarbeiten.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/
Die Grünen]: Vielleicht!)

Sie wissen, dass es im Vorfeld kritische Anmerkungen dazu gegeben hat.

Der dritte Dank geht an diejenigen, die es ermöglicht haben, ein solches Verfahren noch in Gang zu bringen. Herzlichen Dank dafür!

Abschließend möchte ich sagen, dass wir die große Hoffnung haben, dass wir nicht ein Gremium schaffen, das nur weiße Salbe ist, sondern eines, das wirklich an der Sache arbeitet und zu einem guten Ergebnis für das Kölnische Stadtmuseum kommt. Wenn dies gewährleistet ist, sagen wir aus vollstem Herzen Dank. Köln kann sich glücklich schätzen, dass es solche Initiativen gibt. Wir werden die Schenkung mit Dank annehmen.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen der FDP und von Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU])

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herzlichen Dank, Professor Dr. Bögner. Für die Grünen spricht jetzt Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin nicht besonders glücklich über die Rolle,

die mir heute zufällt. Nichts würde ich lieber tun, als mit einem herzlichen Dank für dieses großartige Geschenk, dem Erweiterungsbau des Stadtmuseums, zuzustimmen. Allerdings muss ich als Ratsmitglied, welches den Interessen der Allgemeinheit und den Interessen der Stadt verpflichtet ist, genau prüfen, ob die Bedingungen, die in diesem Fall im Schenkungsvertrag niedergelegt sind, eben diesen städtischen Interessen gerecht werden. Daraus ergeben sich für mich drei Gesichtspunkte:

Erstens ein allgemeinpolitischer Aspekt. Die Bedingungen, die mit der Schenkung einhergehen, dürfen die Gestaltungsspielräume der Stadt nicht unzulässig und auch nicht nachhaltig einschränken.

Zweitens ein kultureller Aspekt. Die allgemein anerkannten und üblichen Regeln der öffentlichen Baukultur sollen angewandt werden.

Drittens ein rechtlicher Aspekt. Die Bedingungen müssen im Einklang mit dem europäischen und nationalen Vergaberecht stehen.

Bevor ich auf diese drei Aspekte im Einzelnen eingehe, lassen Sie mich noch Folgendes einschleusen: Für mich ist maßgeblich, was im Beschlussvorschlag steht, sowie das, was im Schenkungsvertrag steht. In den Prosatexten der Verwaltung steht zwar alles Mögliche, was zum Teil widersprüchlich ist. Aber die sind nicht Grundlage unseres Beschlusses.

Der Schenkungsvertrag verpflichtet die Stadt Köln zu einer dauerhaft auskömmlichen finanziellen Ausstattung des Museums. Was heißt das? Bedeutet das, dass die Stadt beispielsweise unter Haushaltskonsolidierungsdruck zwar alle anderen Museumszuschüsse kürzen kann, nicht aber den Zuschuss für das Stadtmuseum? Wird da ein fiktiver Betrag X zugrunde gelegt mit einer jährlichen Indexsteigerung? Der Vertrag bleibt da unklar.

Der Vertrag verpflichtet die Stadt dauerhaft, das Museum als organisatorische Einheit in den zu errichtenden Gebäuden zu betreiben.

(Zuruf: Das ist doch gut!)

- Hören Sie mir doch zu. Ich versuche gerade, einige Gedanken zu entwickeln. - Die Stadt verpflichtet sich, es auf Dauer zu unterlassen, das auf einem belasteten Grundstück zu errichtende Museumsgebäude durch andere als das unter dem Namen Kölnisches Stadtmuseum Stiftung X firmierende Museum zu nutzen. Diese Verpflichtung

tungen schränken den kulturpolitischen Handlungsspielraum für eine unendliche Dauer ein.

Nehmen wir als Beispiel das Wallraf-Richartz-Museum. Herr Lemper, Sie haben ja gerade darauf hingewiesen. Hätten die Stifter damals mit der Stadt Ähnliches vereinbart, wären die mehrmaligen Umzüge des Hauses von vornherein unmöglich gewesen. Sie wissen, dass es ein paar Mal umgezogen ist. Das wiederum hatte auch mit Schenkungen zu tun, für die damals andere Bedingungen ausgehandelt wurden.

Wir wissen nicht, wie sich die Kulturlandschaft in der Bundesrepublik entwickeln wird. Genauso wenig können wir jetzt entscheiden, ob die Aufteilung der einzelnen Museen dauerhaft sinnvoll ist. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, das Frau Hüllenkremer damals ernsthaft in Erwägung gezogen hat. Sie hatte sich überlegt, eine Museumsholding zu gründen, die den Namen „Kölner Haus der Geschichte“ tragen sollte. Darunter wollte sie verschiedene Unterabteilungen zusammenfassen: das Römisch-Germanische Museum, das Stadtmuseum, das EL-DE-Haus, die Archäologische Zone - -

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

- Ja, Herr Lemper, es gab eine Zeit, da waren Sie noch nicht im Rat.

(Josef Müller [CDU]: Deswegen muss es doch nicht richtig sein!)

Davon ist die Welt auch nicht untergegangen. Es gab schon damals Leute, die sich Gedanken gemacht haben.

Ich frage Sie: Wäre ein solches Vorgehen mit diesem Schenkungsvertrag und diesen Ewigkeitsverpflichtungen überhaupt möglich?

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Wenn ich im Rat gewesen wäre, dann wäre die Idee erst gar nicht geboren worden! - Heiterkeit)

- Wir haben ja einen Rat. Im Rat entscheidet nicht der Einzelne, sondern die Mehrheit der Ratsmitglieder, Gott sei Dank, Herr Lemper. Ihre Partei ist wahrscheinlich sehr froh, dass Sie nicht alles alleine entscheiden.

(Heiterkeit)

Ich komme zum baukulturellen Aspekt. Die Stiftung hat den Zweck der regionalen Kunst- und Kulturförderung, der dadurch verwirklicht wird,

dass künstlerische, kulturelle und städtebauliche Projekte gefördert werden. So steht es in der Satzung. Dieser hohe und hehre Anspruch wird im Schenkungsvertrag konterkariert, indem auf die vornehmste und selbstverständlichste städtebauliche Selbstverpflichtung, nämlich die Durchführung eines Qualifizierungswettbewerbs, verzichtet wird. Damit beschädigt sich einerseits der Schenkende selbst, andererseits macht sich die Stadt, die ja mit mehr als 50 Prozent selbst an dem Geschenk beteiligt ist, unglaublich. Wie sollen wir Private dazu bewegen, Wettbewerbe zu machen, wenn wir als öffentlicher Auftraggeber diese Maßnahme nicht anwenden?

Herr Professor Bögner, ich komme jetzt zu Ihrer Bemerkung, es habe sich etwas bewegt. Wenn Sie sich den Schenkungsvertrag genau anschauen, werden Sie feststellen, dass sich gar nicht viel in der Sache bewegt hat. Darin steht etwas von einer Mehrfachbeauftragung. Es gab ja viele Entwürfe: Anfangs hieß es Planungsbeirat, jetzt heißt es Workshop. Das hat sich geändert, aber ansonsten nicht viel. Es stehen auch zwei Dinge drin, die sich total widersprechen. Wenn ich jetzt die andere Brille aufsetze, kann ich Ihnen das vorlesen.

(Josef Müller [CDU]: Nee!)

- Nee, das interessiert Sie nicht.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Die Redezeit ist übrigens um.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Bei mir wird immer festgestellt, dass ich zu lange rede. Bei anderen ist man da großzügiger.

Wenn Sie das andere, bei all der großen Zustimmung, nicht interessiert, kann ich das schriftlich zu Protokoll geben.

(Josef Müller [CDU]: Genau!)

Zum rechtlichen Aspekt. Jedes Ratsmitglied übernimmt hier eine Verpflichtung und Verantwortung.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Du kannst dazu ja noch einmal sprechen.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Ich darf noch einmal sprechen. Gut, dann setze ich mich erst einmal wieder hin und werde nachher

fortfahren. Das ist schon ein ziemlich einmaliger Vorgang hier.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Nein, Barbara, das machen wir grundsätzlich so. Du kannst dich gleich noch einmal melden. - Ralph Sterck für die FDP-Fraktion, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist gar nicht schlecht, wenn Frau Moritz nachher noch einmal spricht; denn dann hat man als Gegenredner weitere fünf Minuten Zeit, um noch einmal auf die entsprechenden Argumente einzugehen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wäre schneller gegangen!)

Meine Damen und Herren, ich möchte von der Tongebung her aber eher an meine Vorredner, die Herren Professoren, anschließen, die gesagt haben, heute sei in dieser Frage ein guter Tag für Köln.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

In der Tat geht es hier in erster Linie darum, Dank zu sagen.

Die Vorgeschichte dieser Stiftung zur Erweiterung des Stadtmuseums beschäftigt den Rat schon sehr lange.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Zehn Jahre!)

- Nein, länger, Herr Lemper. Da muss ich jetzt leider Frau Moritz recht geben. Es gibt auch eine Vorgeschichte, die in die Zeit vor Ihrer Ratsmitgliedschaft zurückgeht.

(Martin Börschel [SPD]: Es gibt auch eine Geschichte danach! Das ist das Schöne!)

Das erste Problem war für die Stadt Köln ja, überhaupt an das Grundstück heranzukommen; denn es hat einmal einen Regierungspräsidenten gegeben, der uns dieses Grundstück verweigert hat,

(Josef Müller [CDU]: Ganz genau!)

weil er unbedingt seinen dort befindlichen Parkplatz behalten wollte. Erst nachdem dieser Regierungspräsident weg war und wir eine Initiative

vorangebracht haben, konnten wir an dieses Grundstück herankommen. Unser Altbürgermeister und damaliger kulturpolitischer Sprecher Jan Brügelmann hat sich in seiner Funktion als Vorsitzender des Fördervereins „Freunde des Kölnischen Stadtmuseums“ diesbezüglich entsprechend stark gemacht.

Ferner ist richtig - das hat insbesondere auch Herr Bögner gesagt -, dass man in dem gesamten Prozess um diese Stiftung eine ganze Menge Wasser in dem Wein sieht, wenn man sich anschaut, wie von Verwaltungsseite mit Stiftern und Mäzenen in dieser Stadt umgegangen ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Dies ist auch nicht der erste Fall, in dem das in dieser Form beklagt wird.

Ich erinnere an dieser Stelle an die von den Stiftern genannten Punkte, die zum Beispiel im *Kölner Stadt-Anzeiger* zu lesen waren. Sie haben die zehn Jahre angesprochen. Sie haben auch den Letter of Intent erwähnt, der zunächst einmal abgelaufen war, bevor die Stadt sich wieder gemeldet hat.

Meine Damen und Herren, solche Managementfehler in der Kulturverwaltung können wir uns als Stadt Köln, die wir auf Mäzene und Stifter angewiesen sind, nicht erlauben.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der SPD)

Das muss auch ein Nachspiel haben, Herr Oberbürgermeister;

(Beifall von Martin Börschel [SPD])

denn wir müssen uns fragen, wie wir verhindern können, dass so etwas passiert. Wir müssen verhindern, dass jemand, der der Stadt Köln etwas stiften möchte, zum Beispiel ein Museum, über zehn Jahre hingehalten wird und dass entsprechende Schreiben nicht beantwortet werden. Möglicherweise passiert so etwas ja an anderen Stellen auch, beispielsweise dann, wenn jemand ein Unternehmen ansiedeln will. Das sind doch wichtige Vorgänge. Sie müssten im Stadtvorstand eigentlich jede Woche auf Wiedervorlage liegen, damit es nicht dazu kommt, dass solche Stifter der Stadt Köln am Ende den Rücken zuwenden.

In diesem Zusammenhang sollte im Kulturausschuss auch noch einmal über die Frage gesprochen werden, ob wir nicht einen Mäzene-

Beauftragten brauchen, der sich frei von anderen Aufgaben um diese Fragen kümmern kann.

(Jochen Ott [SPD]: Wozu haben wir denn einen Kulturdezernenten?)

Diese Dinge müssen nachgearbeitet werden.

Frau Moritz, wenn Sie gleich das zweite Mal hier sprechen, wird ja am Ende Ihrer Rede die Aussage stehen, dass Sie diese Stiftung heute ablehnen. Damit treffen Sie die Falschen, nämlich die Stifter, die der Stadt Köln etwas Gutes tun möchten. Eigentlich wollen Sie aber die Verwaltung treffen.

(Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

- Die hätte es aber verdient. Sie hätte es verdient, nach diesem Verfahren mit einem ablehnenden Votum getroffen zu werden. Mit dem, was Sie machen, treffen Sie die Falschen.

Sie reagieren auch nicht auf die Veränderungen, die in der Debatte mit den Stiftern stattgefunden haben. Vielmehr suchen Sie jetzt das Haar in der Suppe und unken hier herum: Was ist denn, wenn das Museum in 50 Jahren einmal umzieht? Was ist denn, wenn dieses und jenes passiert?

Meine Damen und Herren, so kann man mit diesem Verfahren nicht umgehen. Deswegen appelliere ich ganz ausdrücklich an die Grünen, sich hier einen Ruck zu geben und nicht die Falschen zu treffen - nicht die Stifter, nicht die Stiftung -, sondern hier zuzustimmen, weil dies eine wichtige Entscheidung für unsere Stadt ist.

(Beifall bei der FDP)

Da ich weiß, dass die Grünen auf meine Appelle von hier oben wenig hören, wird es nachher wahrscheinlich anders kommen. - Sie ahnen das auch schon, Herr Kollege Börschel. Ich sehe an Ihrem Gesichtsausdruck, dass Sie ebenfalls davon ausgehen, dass die Grünen sich an dieser Stelle beratungsresistent zeigen werden.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist aber extrem selten der Fall!)

Trotzdem wird heute hier eine breite Mehrheit für diese Stiftung zustande kommen, meine Damen und Herren. Es ist auch wichtig, dass wir dieses Signal setzen und nicht mit einer Stimme Mehrheit ein so wichtiges Projekt anstoßen, sondern der Posse bzw. dem Leidensweg, wie Herr Kollege Bögner gesagt hat, den die Stifter durch-

wandern mussten, heute mit einem klaren Votum des Rates für diese Stiftung ein Ende setzen.

Diese Investition in die Kulturlandschaft in Köln, in das Költnische Stadtmuseum, ist es das wirklich wert. Deswegen ist es ein guter Tag für Köln. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Sterck. - Jetzt schaue ich erst noch einmal zu pro Köln, damit ich da nichts übersehe. Dort gibt es jetzt aber keine Wortmeldung. Sonst wird nachher wieder unterstellt, ich hätte etwas übersehen.

(Götz Bacher [SPD]: Aber nicht animieren, Herr Oberbürgermeister!)

- Nein, Götz; da brauchst du keine Angst zu haben.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist unser abfallpolitischer Sprecher! Der kennt sich aus!)

Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Die Fraktion Die Linke wird die Schenkung des Erweiterungsbaus für das Költnische Stadtmuseum ablehnen.

(Zuruf von der CDU: Wir brauchen euch auch nicht!)

Die Position, die Frau Moritz vorgetragen hat, halten wir zum großen Teil für stichhaltig. Wir möchten aber auch noch einen kleinen eigenen Beitrag dazu leisten.

In Punkt 8 des Vertragsentwurfes wird ganz deutlich, dass diese Schenkung der Einstieg in Sachen Privatisierung ist.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Dieses Thema haben wir beim Wallraf-Richartz-Museum ja schon mehr oder weniger diskutiert. Dort haben wir die Privatisierung zusammen mit SPD und Grünen erfolgreich verhindert. Die Entwicklung hin zum Eigenbetrieb ist ja ein ganz anderes Kapitel. Die Umwandlung unter Beteiligung der Stifter haben wir aber verhindert.

Hier wird dieser Prozess jetzt eintreten. Insofern bedeutet das eine Niederlage für transparente demokratische Politik.

Im Punkt 8 heißt es zum Beispiel:

Gesetzt den Fall, dass das Museum rechtlich verselbstständigt wird, wird der Stiftung ein mit Stimmrecht verbundener Sitz in den Aufsichtsgremien des Museums (...) eingeräumt, ...

Damit haben Sie den Einstieg. Die CDU und die FDP wollen ja die gGmbH im Museumsbereich entwickeln. Ob ihnen das gelingt, werden wir noch sehen. Das hier ist aber der Einstieg.

Im Punkt 8 ist des Weiteren Folgendes zu lesen - Zitat -:

... wird der Stiftung das Recht eingeräumt, in wichtigen Angelegenheiten gehört zu werden.

Wenn das Museumskonzept für das Stadtmuseum entwickelt wird, wird die Stiftung also auch wieder einbezogen werden müssen. Das heißt, dass der Einfluss doch schon erheblich ist. Insofern werden wir dem nicht folgen.

Man muss auch feststellen, dass die anonym maskierten Stifter uns gewaltig unter Druck setzen. Auf der einen Seite werden zwar 5 Millionen Euro gestiftet. Auf der anderen Seite müssen wir aber 6 Millionen Euro für die Entwicklung der Infrastruktur ausgeben. Beides bedingt sich ja. Man darf nicht nur die 5 Millionen Euro erwähnen, die wir bekommen; denn Sie haben gleichzeitig beschlossen, 6 Millionen Euro zu geben. Vergessen Sie das in der Debatte bitte nicht.

Wenn diese Vorlage so durchgeht - ich glaube, gestern haben wir sie bekommen -, ist das ein schwarzer Tag in Sachen Transparenz in der Stadt Köln. Das ist meine Meinung dazu.

Ich würde SPD und CDU doch bitten, in der Geschäftsordnung des Rates eine neue Institution einzuführen, nämlich die Institution der Gesprächsrunden. Herr Professor Bögner, es wäre interessant, zu sehen, wie Sie dies - Stichwort: Gesprächsrunden - denn in der Geschäftsordnung definieren. - Danke schön.

(Beifall bei Die Linke.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Dr. Müser, bitte.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Kölner Bürger-Bündnis begrüßt diese großzügige Stiftung natürlich ausdrücklich.

Die von Frau Moritz hier vorgetragenen Bedenken bezüglich der Verpflichtungen, die die Stadt eingeht, können wir nicht nachvollziehen; denn seit wir hier im Rat vertreten sind, seit 2004, ist die Stadt Köln bei fast allen größeren investiven Projekten solche Verpflichtungen eingegangen - sei es das Multiplex-Museum am Neumarkt; seien es irgendwelche Schulen, die mithilfe von privaten Trägern errichtet werden. Überall werden solche Verpflichtungen eingegangen. Warum das hier bei einem privaten Stifter zu monieren sein soll, ist nicht nachvollziehbar.

Hier wurden auch Bedenken gegen das private Engagement geäußert, was die Fortführung und die Gestaltung des Museums angeht. So etwas kann doch nur positiv sein. Schließlich bedeutet es, dass die Stifter bereit sind, sich auch weiterhin, also nachhaltig, einzusetzen. Besser kann es nicht sein. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Müser. - Dann darf ich Frau Moritz noch einmal bitten.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Lassen Sie mich zwischen durch doch Folgendes sagen: Es befremdet mich schon etwas, dass hier der Eindruck erweckt wird, dass es ausreicht, wenn jemand etwas gibt; da braucht man nicht genau hinzugucken; alle begrüßen es, und alle sind sich einig.

(Josef Müller [CDU]: Das ist doch Unsinn! - Weitere Zurufe von der CDU)

Man schließt einen Vertrag. Und einen Vertrag müssen wir uns angucken.

(Martin Börschel [SPD]: Das stimmt!)

Wenn man sich über denjenigen, der sich diesen Vertrag anguckt, lustig macht, zeigt man, dass man ein ganz, ganz schlechtes demokratisches Verständnis hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und Die Linke.Köln - Zuruf von Josef Müller [CDU])

Wir sind hier verpflichtet worden. Auch Mehrheiten im Kölner Rat können sich einmal irren. Das

hat es in der Vergangenheit öfters gegeben, Herr Bürgermeister Müller.

Ich war gerade bei der Frage angekommen, ob sich denn substanziell etwas verändert hat, Herr Professor Bögner. In diesem Zusammenhang komme ich auf den Schenkungsvertrag zurück. Dort steht zu dem, was zwischendurch einmal Planungsbeirat hieß und kürzlich Workshop genannt wurde, Folgendes:

Der Workshop entscheidet, inwieweit

- das heißt, ob -

zur gestalterischen Optimierung der vorliegenden Vorplanung ein eingeschränkter Wettbewerb in Form einer Mehrfachbeauftragung durchzuführen ist.

Dann kommt der Satz:

Sollte ein eingeschränkter Wettbewerb durchgeführt werden, hat dieser die Aufgabenstellung, Alternativen zur vorliegenden Vorplanung zu entwickeln.

Was denn nun, meine Herrschaften? Soll er die Gestaltung der vorliegenden Vorplanung optimieren? Oder soll er Alternativen zur vorliegenden Vorplanung entwickeln?

Von daher ist mir dieser ganze Schenkungsvertrag ein einziges Rätsel. Ich bin übrigens nicht die Einzige, die das kritisch sieht.

Lassen Sie mich als Nächstes zu dem rechtlichen Punkt der Vergabe kommen. Herr Oberbürgermeister, Sie wissen, dass wir als Stadt verpflichtet sind, das öffentliche Vergaberecht einzuhalten. Da es sich gar nicht um eine richtige Schenkung handelt, sondern eher um eine Teilhaberschaft - der eine tut 60 Prozent dazu und der andere 40 Prozent -, sind das überwiegend öffentliche Aufträge.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke.Köln])

Herr Troost hat mir dann einen Brief geschrieben, und andere Leute haben mir in E-Mails geschildert, was gemeint sei. Schreiben Sie doch bitte in den Vertrag, was gemeint ist.

Im Vertrag steht:

Mit der Projektsteuerung und Projektleitung für die Bearbeitung der Bestandsgebäude und mit der Errichtung des Erweiterungsbaus beauftragt die Stiftung die Firma

- ich will den Namen hier gar nicht nennen -

auf der Grundlage des Generalübernehmervertrages.

Herr Müller, wissen Sie, was ein Generalübernehmervertrag ist?

(Josef Müller [CDU]: Im Gegensatz zu Ihnen weiß ich das!)

Der Generalübernehmer vergibt alle Bauleistungen freihändig weiter. Das bedeutet, dass sie nicht öffentlich vergeben werden.

Und wir sagen heute Ja zu diesem Vertragswerk -

(Winrich Granitzka [CDU]: Sagt ihr Ja?)

nicht zu irgendetwas, was irgendein Mitarbeiter vielleicht meint.

Angesichts der angeführten Argumente kann man nicht behaupten, dass ich beratungsresistent sei, Herr Sterck. Vielmehr hätte ich mich gerne bewegt, wenn der Vertrag tatsächlich geändert worden wäre.

Ihrer Kritik an der Verwaltung kann ich mich im Übrigen voll anschließen. Auch ich finde es erstaunlich, wie lange die Verwaltung braucht, um heute hier eine Tischvorlage auf den Tisch zu legen - acht Jahre oder zehn Jahre; gerade war von zwölf Jahren die Rede; ich weiß es nicht genau; jedenfalls Jahre. Warum dauert das so lange? Warum wurden wir nicht informiert?

Ein Punkt, den hier noch niemand angesprochen hat, interessiert mich am Ende doch noch. Wann werden denn endlich einmal Kriterien und Regeln für Schenker und Stifter erarbeitet, die nachvollziehbar, gerecht, gleich und transparent sind? Herr Oberbürgermeister, beim Angebot des Vereins zum Bau eines Hauses und Museums der Jüdischen Kultur haben Sie gesagt: Da gibt es keinen Pfennig dazu; es gibt auch keinen Zuschuss zu den Betriebskosten. - Hier übernehmen wir hingegen die Betriebskosten für den Erweiterungsbau, der mit 5 Millionen Euro gesponsert wird.

(Zurufe von der CDU)

Bei dem Wettbewerb zur Archäologischen Zone und zum Jüdischen Haus haben Sie und hat dieser Rat gesagt: Es muss ein internationaler Wettbewerb durchgeführt werden, es muss der erste Preis gemacht werden, und der Verein muss sich an den Kosten des Wettbewerbs beteiligen. - Hier muss kein Wettbewerb durch-

geführt werden, es muss kein erster Preis gemacht werden, und die Kosten übernimmt die Stadt.

(Josef Müller [CDU]: So ein Quatsch!)

Gestatten Sie mir ein letztes Wort zum Gestaltungsbeirat. Es hat ein Treffen stattgefunden, an dem verschiedene Herren teilgenommen haben, unter anderem ein Vertreter des Gestaltungsbeirates. Dort hat man etwas vereinbart. Diese Vereinbarungen stehen nicht in diesem Schenkungsvertrag. Das halte ich für einen unwürdigen Umgang mit dem Gestaltungsbeirat.

Es ist unwürdig, dass die Verwaltung uns hier nicht die Wahrheit sagt. Ich finde es auch sehr traurig, dem Stifterehepaar das zu sagen. Gerne hätte ich mich bedankt und gefreut. Ich hätte erwartet, dass in den Gesprächen mit der Verwaltung etwas herausgekommen wäre, auf das sie auch stolz sein könnten. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich möchte Herrn Professor Quander fragen, ob er bestätigen kann, dass die in diesem Gespräch mit dem Gestaltungsbeiratsmitglied verabredeten Formulierungen so wie vereinbart in der Vorlage enthalten sind. Können Sie das Ihrerseits bestätigen?

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich weiß jetzt natürlich nicht, welches Gespräch Frau Moritz meint.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Gespräch am letzten Donnerstag!)

Ich habe an einem Gespräch teilgenommen, bei dem ein Mitglied des Gestaltungsbeirates dabei war.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Es geht um letzten Donnerstag.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Das, was dort besprochen worden ist, ist in den Schenkungsvertrag selbstverständlich aufgenommen worden; denn dort findet sich folgende Formulierung:

Sollte ein eingeschränkter Wettbewerb durchgeführt werden, hat dieser die Aufgabenstellung, Alternativen zur vorliegenden Vorplanung zu entwickeln.

So steht es wörtlich im Schenkungsvertrag.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Dort steht doch das Gegenteil davon!)

- Nein, dort steht kein Gegenteil. Wenn Sie der Begriff „gestalterische Optimierung“ an dieser Stelle stört, Frau Moritz, dann darf ich Sie fragen: Was ist Architektur anderes als Gestaltung? Architektur ist nichts anderes als der Versuch, die Idee eines Baus Gestalt werden zu lassen. Es gibt auch keine Einschränkung beispielsweise auf die äußere Gestaltung, auf die innere Gestaltung, auf die organisatorische Gestaltung; wie auch immer. Gestaltung ist Gestaltung. Das heißt: Gestalt geben.

Herr Oberbürgermeister, wenn Sie gestatten, würde ich gerne auch noch kurz eine andere Erläuterung geben, weil es offensichtlich so nicht gelesen worden ist.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Bitte. Das dient ja nur zur Richtigstellung.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: In diesem Schenkungsvertrag haben wir bewusst all das aufgenommen, was geschenkt wird, und ausdrücklich nicht all das aufgenommen, was nicht geschenkt wird.

Was wird geschenkt? Erstens wird die Projektsteuerung und -leitung für die Bearbeitung der Bestandsgebäude geschenkt. Wenn wir es selber machen würden, würden wir die Projektsteuerung vielleicht durch die Gebäudewirtschaft wahrnehmen lassen. Die Projektleitung würden wir wahrscheinlich aber - wie auch beim Opernhaus - aus der Hand geben und eine externe Firma damit beauftragen. Das könnte auch genau diejenige sein, die hier durch die Stifter vorgesehen ist.

(Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

- Moment. Lassen Sie mich doch bitte ausreden. - Zweitens wird die Errichtung des Erweiterungsbaus geschenkt. Diese beiden Dinge werden geschenkt - nicht mehr und nicht weniger.

Selbstverständlich werden die von der Stadt Köln finanzierten Teile, nämlich die Rekonstruktion und Renovierung der Bestandsgebäude, nach den städtischen Vergaberichtlinien durchgeführt. Das Unternehmen, das die Projektleitung wahrnimmt, macht dafür nur die Ausschreibungen, die wir sonst auch machen würden. Diese Ausschreibungen folgen selbstverständlich den öffentlichen Regeln, denen wir als öffentlicher Bauherr unterfallen. Das ist ganz selbstverständlich.

Was die Vergabe der Projektleitung und Projektsteuerung angeht, ist Folgendes festzustellen: Erstens handelt es sich bei dem dafür vorgesehenen Unternehmen um eine seriöse Firma, die in der Stadt bekannt ist und auch schon von der Stadt beschäftigt worden ist. Es könnte also durchaus auch diese sein. Zweitens gibt es niemand anderen, der uns dieses Angebot preisgünstiger machen kann; denn null kann man nicht unterbieten.

Von daher sind wir auch in dieser Frage in einer völlig unproblematischen Situation. Auch die Anwälte, die wir hierzu befragt und beauftragt haben, sagen, dass es vergaberechtlich kein Problem ist. In diesem Zusammenhang haben wir zwei voneinander unabhängige Gutachten vorliegen. - Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Professor Quander. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bevor Herr Dr. Lemper das Wort bekommt, möchte Frau Moritz noch eine Frage an Herrn Quander stellen. Bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Quander, entweder haben Sie mir nicht zugehört, oder Sie wollen mir nicht zuhören. Es steht auch im Schenkungsvertrag. Dort heißt es nämlich:

zur gestalterischen Optimierung der vorliegenden Vorplanung

Das ist etwas völlig anderes als die Entwicklung von Alternativen zur vorhandenen Vorplanung. Oder verstehen Sie das nicht?

(Zuruf von der CDU: Richtig! Genau das wollen wir!)

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Frau Moritz, Sie haben auf das Gespräch am letzten Donnerstag abgehoben. Dort war Einigkeit, dass

die bestehende Vorplanung auf alle Fälle zugrunde gelegt wird.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, war es nicht!)

- Waren Sie bei diesem Gespräch dabei? Oder waren Sie bei diesem Gespräch nicht dabei?

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich kann das bestätigen. Es war vereinbart. - Herr Professor Lemper, bitte.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU] beendet ein Telefongespräch)

- Lassen Sie das Handy auf Ihrem Platz liegen. Nicht, dass jemand Ihre Rede mithört! Es muss jetzt ausgeschaltet werden.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Das Gespräch war doch zu Ende! - Martin Börschel [SPD]: Wir sind doch im öffentlichen Teil! - Jochen Ott [SPD]: Diesmal brauchst du die Pressevertreter nicht anzurufen! Sie sitzen hier!)

Dr. Lothar Theodor Lemper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Was ich jetzt sage, meine ich wirklich ganz ernsthaft, Frau Moritz. Ihre buchhalterischen und an der Vorlage vorbeigehenden Bemerkungen lasse ich jetzt einmal außer Acht. Ich muss Ihnen aber ehrlich sagen: Ich schäme mich gegenüber dem Stifterehepaar ein bisschen für Ihre Rede.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Gott sei Dank hat das Stifterehepaar viel Geduld. Sonst hätte es die zehn oder zwölf Jahre gar nicht durchgehalten.

Ich muss mich wirklich fragen: In welche Schiefelage geraten wir eigentlich, wenn sich Leute hier so etwas anhören müssen und sich unentwegt für ihre Bereitschaft rechtfertigen müssen, dieser Stadt Millionen für einen Erweiterungsbau zur Verfügung zu stellen?

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der von Ihnen vorgenommene Vergleich zwischen dem Jüdischen Museum und dem Stadtmuseum passt im Übrigen hinten und vorne nicht. Beim Jüdischen Museum geht es um ein neues Museum und um eine Verbindung des Jüdischen Museums zur Archäologischen Zone. Dort ist es sehr sinnvoll, eine vernünftige Aus-

schreibung durchzuführen. Hier handelt es sich hingegen zunächst einmal um einen Erweiterungsbau.

Jetzt lese ich Ihnen einmal aus der Vorlage vor. Es ist ja einfach sinnvoll - das gilt auch für den Kollegen Börschel -, sich Vorlagen sauber anzugucken.

(Martin Börschel [SPD]: Das sagen Sie nur, weil Sie letztes Mal eine Vorlage nicht gelesen hatten, Herr Lemper! Das ist eine billige Retourkutsche!)

Ich zitiere:

Die Stadt hat das Recht, von diesem Schenkungsvertrag zurückzutreten, wenn die Mehrheit der von der Stadt in den Workshop (...) entsandten Mitglieder der vorliegenden Vorplanung oder dem Ergebnis des eingeschränkten Wettbewerbes nicht zustimmt.

Das ist doch ein völlig klarer Satz, Frau Moritz. Entweder haben Sie ihn nicht gelesen. Oder Sie wollten ihn überlesen,

(Martin Börschel [SPD]: Sie sollten nicht von sich auf andere schließen, Herr Lemper!)

weil es nicht in Ihre Ablehnungshysterie hineinpasst, dass wir heute zum Stadtmuseum Ja sagen. Daher klaben Sie irgendetwas zusammen, um den Eindruck zu erwecken, als sei hier ein unausgereiftes Werk vorgelegt worden.

Ich möchte dem Oberbürgermeister wirklich dafür danken, dass er das Ganze in die Hand genommen hat und die Initiative ergriffen hat, um auch innerhalb der Verwaltung einen Konsens der unterschiedlichen Meinungen herzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will einen zweiten Punkt ansprechen, und zwar die europaweite Ausschreibung. Frau Moritz, das ist doch alles hinten und vorne geklärt. Es braucht nicht europaweit ausgeschrieben zu werden - auch wenn der Westdeutsche Rundfunk das gestern gemeldet hat. Ich glaube nicht, dass diese Meldung in Konsultation mit der juristischen Abteilung des Westdeutschen Rundfunks erfolgt ist.

Auch hier habe ich manchmal den Eindruck, als seien das alles interessengeleitete Erkenntnisse - die mit der Wirklichkeit aber rein gar nichts zu tun haben.

(Beifall bei der CDU)

Von zwei Gutachtern der Stadtverwaltung ist sauber überprüft worden, in welcher Weise hier ausgeschrieben werden muss.

Übrigens war ich damals gar nicht so sicher, ob man zu diesem Ergebnis kommen würde. Es hätte ja auch ein völlig anderes Ergebnis sein können. Dann wäre die Verwaltung sehr blamiert gewesen. Nach meiner Auffassung wäre es auch sinnvoller gewesen, sich solche Gutachten vor einer solchen Entscheidung zu holen und nicht erst unmittelbar im Zusammenhang mit der Präsentation dieses Erweiterungsbaus.

In diesen Gutachten ist völlig eindeutig gesagt worden, dass nicht ausgeschrieben werden muss - jedenfalls nicht in der Breite, von der Sie gesprochen haben.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum wurde der Vertrag dann noch einmal geändert?)

- Da müssen Sie die Verwaltung fragen. Ich bin nicht Mitglied der Verwaltung.

Lassen Sie mich zum Abschluss aber noch einige Sätze zur Verwaltung sagen. Meine Damen und Herren, ich habe eben dem Oberbürgermeister dafür gedankt - und zwar wirklich aus tiefster Überzeugung -

(Martin Börschel [SPD]: Gut, dass Sie das noch einmal sagen! Sonst hätte man es nicht geglaubt, Herr Lemper!)

dass er die Initiative ergriffen hat, um hier zu einem Konsens zu kommen. Der Oberbürgermeister ist aber auch nicht die Addition der Dezernenten. Dezernenten sind für ihren Geschäftsbereich voll verantwortlich - und zunächst einmal selbst verantwortlich. Sie haben auch dieses hier aufzunehmen und aufzugreifen. In diesem Kulturdezernat habe ich das etwas vermisst; das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen.

Ich bitte Sie alle, auch die Kulturverwaltung, dazu beizutragen, dass Feststellungen wie „Die Sache blieb immer wieder liegen“ oder „Das war in irgendeinem großen Stapel verschwunden“ im Zusammenhang mit Schenkungen künftig nicht mehr getroffen werden müssen, sondern dass wir alle ein Klima schaffen, in dem jeder, der dieser Stadt etwas schenken möchte, gerne nach Köln kommt, weil selbst Frau Moritz davon überzeugt ist, dass das eine vernünftige und gute Sache für diese Stadt und ihre Bürger ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Lemper. - Jetzt bekommen noch Herr Professor Bögner und Herr Frank das Wort. Ich hoffe aber, dass wir danach den Reigen der Wortmeldungen abschließen und zur Abstimmung kommen können.

Prof. Dr. Hans-Georg Bögner (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Eines müssen wir festhalten: Wenn jemand sich mit einer Vorlage auseinandersetzt und nach langer, eingehender Beratung und Diskussion zu einer anderen Meinung kommt, dann ist das zu akzeptieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich halte es nicht für legitim, dann hier so zu tun, als gebe es in diesem Hause eine Fraktion, die mit Geschenken an diese Stadt unverantwortlich umgeht. Das können wir nicht zulassen.

(Ralph Sterck [FDP]: Das machen die Grünen beim Ratssilber ja auch gerne!)

Die Argumente, die Frau Moritz vorgetragen hat, fand ich durchaus bedenkenswert. Meine Damen und Herren, diese Argumente waren in meiner Fraktion auch Gegenstand der Beratung. Wir sind nur zu einem anderen Ergebnis gekommen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Richtig so!)

Lassen wir einmal die letzte Ratssitzung Revue passieren. Dort waren die Argumentationen der CDU gegen zwei Großprojekte in dieser Stadt weitaus dürftiger als das, was wir heute in dieser Diskussion gehört haben.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Widerspruch bei der CDU)

Meine Damen und Herren, insofern müssen wir akzeptieren, dass es hier eine andere Meinung gibt - was bei uns allerdings nicht zu einem anderen Verhalten geführt hat. Wir haben hier eine andere Entscheidung getroffen.

Ich muss auch noch einmal Folgendes sagen - auch zu dem, was Frau Moritz ausgeführt hat -: Es hat eine zweieinhalbstündige Diskussion der Verwaltung - nicht der Politik, Herr Detjen; der Verwaltung - mit dem Stifterehepaar gegeben, an der der Vorsitzende des Gestaltungsbeirates teilgenommen hat. Der Vorsitzende des Gestaltungsbeirates

hat noch einmal Bewegung in die Geschichte hineingebracht. Das sehen wir etwas anders als Frau Moritz. Jetzt ist nämlich wirklich die Möglichkeit eines eingeschränkten Wettbewerbs gegeben.

Ich möchte jede Fraktion, die im Kulturausschuss stimmberechtigt ist, auch noch einmal bitten, in dem entsprechenden Gremium mitzuarbeiten. Dieser Appell richtet sich auch ganz speziell an die Fraktion der Grünen. Ich möchte Sie bitten, in diesem Gremium mitzuarbeiten und Ihre Gestaltungsvorstellungen dort einzubringen, damit wir mit diesem Geschenk anschließend ein optimales Ergebnis für das Stadtmuseum und diese Stadt bekommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Bögner. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Ich habe noch eine Frage an die Verwaltung. Erlauben Sie mir aber vorher bitte zwei Bemerkungen.

Erste Vorbemerkung: Herr Professor Lemper hat auf die Untrüglichkeit der Rechtsgutachten verwiesen. Herr Professor, da wäre ich sehr vorsichtig. Wenn man die manchen Ratsbeschlüssen der letzten Jahre zugrunde liegenden Rechtsgutachten mit dem vergleicht, was hinterher herausgekommen ist, stellt man fest, dass sich diese Gutachten teilweise auf sehr dünnem Eis bewegt haben. Als Stichwort nenne ich nur die Verfahren, die zurzeit bei der EU anhängig sind. An dieser Stelle ist also Vorsicht geboten. Das ist für mich kein Beleg. Gerade in Bezug auf das Vergaberecht sollten wir als Stadt Köln mehr als vorsichtig sein.

Zweite Vorbemerkung: Unter Tagesordnungspunkt 1.3 haben wir eben die Vorlage zur Schenkung der Neugestaltung der Designabteilung im Museum für Angewandte Kunst beschlossen. Wer diese Vorlage genau liest, sieht, was eine Schenkung ist. Eine Schenkung ist tatsächlich ein selbstloser Akt eines Mäzens gegenüber dem öffentlichen Gemeinwesen - ohne zahlreiche Bedingungen. Diese Vorlage ist vorbildlich. Davor kann man nur den Hut ziehen.

Die hier in Rede stehende Vorlage bedeutet hingegen im Kern die Gründung einer Teilhaberschaft zwischen einem Privaten und der öffentlichen Hand, und zwar auf Dauer.

(Josef Müller [CDU]: So ein Quatsch!)

Daran sind zahlreiche einschränkende Bedingungen geknüpft, die ich jetzt nicht wiederholen will. Insofern ist das für mich nicht das, was man sonst als Schenkung betrachtet. - Dabei will ich es bewenden lassen.

Meine Frage an die Verwaltung, auf die ich eine klare Antwort haben möchte, lautet wie folgt: Gibt es über das hier als Vorlage vorliegende Werk hinaus seitens der Verwaltung noch weitere Nebenabreden mit dem Schenker - und wenn ja, welchen Inhalts?

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Professor Quander, bitte.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Es gibt keine weiteren Nebenabreden oder Vereinbarungen. Es gibt nur das, was in diesem Text niedergelegt ist.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Damit ist das ja im Protokoll festgehalten!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Daher kann ich jetzt noch einmal kurz Folgendes sagen: Diese Stadt hat eine sehr lange Tradition des Bürgerengagements, des Sponsoren- und des Mäzenatentums.

An dieser Stelle möchte ich auch das Stifterehepaar ganz herzlich begrüßen - das hier übrigens, Herr Detjen, weder maskiert noch verumumt erschienen ist, wie das einige Ihrer Freunde vielleicht üblicherweise tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir beschließen heute über ein wirklich großzügiges Schenkungsangebot.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das Kölnische Stadtmuseum, das die Geschichte unserer Stadt erzählt und auch so präsentiert, dass sie vielen Menschen zugänglich wird, wird davon nämlich nachhaltig profitieren. Davon bin ich fest überzeugt. Davon ist auch die Mehrheit des Rates überzeugt. Das Haus erhält eine inhaltliche Neukonzeption. Diese ist Ihnen allen vorgestellt worden schon. Sie haben sich alle

einzelnen informieren können, wenn Sie das wollten. Es wird sich auch baulich weiterentwickeln.

Vom Umfeld ist ebenfalls gesprochen worden. In der Tat wird die Stadt in anderen Bereichen, im Umfeld usw., auch ihren Beitrag leisten.

Die Schenkung ist aber die Schenkung für sich. Ein Stifter, hier ein Stifterehepaar, ist bereit, eine große Summe für das neue Konzept und für einen Anbau zu schenken.

Ich möchte dem Stifterehepaar an dieser Stelle im Namen der Stadt Köln ein großes Dankeschön sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Teilen der SPD)

Ich freue mich über dieses Engagement. Ich habe auch Hochachtung vor der jahrelangen Geduld, die, wie Herr Dr. Lemper eben auch gesagt hat, nur durch eine große Liebe zu dieser Stadt zu verstehen ist. Das muss man einfach sagen können.

(Prof. Dr. Hans-Georg Bögner [SPD]:
Das habe ich gesagt!)

- Oder auch Herr Dr. Bögner.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Ich als Erster!)

- Das ist auch egal. Es sind ja beide Professoren. Sie haben beide recht.

Herr Professor Quander, ich bin davon überzeugt, dass wir im Ergebnis sehr bald ein großartiges neues Stadtmuseum haben werden. Es ist uns zugesagt worden, dass der Workshop und die darauffolgenden Dinge zügig durchgeführt werden sollen.

Herr Streitberger, ebenso sage ich an Ihre Adresse: Es wird eine deutliche Aufwertung des Stadtbildes an diesem Standort in der Zeughausstraße geben.

Lassen Sie mich auch noch dem Regierungspräsidenten danken, der uns zu diesem Zweck ein Grundstück zur Verfügung gestellt hat - in diesem Fall aber ausdrücklich nicht als Schenkung.

(Karl Klipper [CDU]: Nein, nicht als Schenkung! Überhaupt nicht!)

- Aber immerhin. Das war auch nicht ganz einfach.

Ich darf dem Stifterehepaar und der Stiftung nochmals einen ganz besonderen Dank für diese großzügige, ehrenwerte Schenkung aussprechen.

Ich möchte aber auch den übrigen Stiftern und Sponsoren danken, deren Schenkungen wir unter den anderen Tagesordnungspunkten behandelt haben.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Geschenkes dieser Stiftung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und pro Köln sowie Herr Dr. Müser und meine Stimme. Gegenstimmen? - Bei den Grünen und den Linken. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das mit großer Mehrheit so angenommen. - Ganz herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Nun können wir zu den Anträgen kommen, meine Damen und Herren. Ich rufe auf:

2. Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

2.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Faire Vergabe - Auftragsvergaben nach sozialen und ökologischen Kriterien“ AN/1881/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln AN/1969/2008

Für die antragstellenden Fraktionen stehen zunächst einmal Frau dos Santos Herrmann und danach Frau von Bülow auf der Rednerliste.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Bevor ich zur eigentlichen Begründung des Antrags komme, würde ich gerne ein paar grundsätzliche Aspekte in die Debatte werfen. Wir tragen auch als Kommune, als Stadt Köln, durchaus Verantwortung für das, was in der ganzen Welt passiert. Wir leben in einer globalisierten Welt. In Köln erleben wir dies auch ständig; das vergangene Wochenende hat es in einer besonderen Weise dargestellt. Köln lebt aber davon - damit sage ich Ihnen wohl nichts Neues -, dass es en-

ge politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Kontakte überall in die Welt hinein hat. Deswegen spielt Globalisierung auch in der Kommunalpolitik eine wichtige Rolle.

Spätestens seit dem Ausbruch der jüngsten Finanzkrise wissen wir auch, dass der Markt Regeln braucht. Dass der Markt Regeln braucht, hat auch die sonst eher zu Laissez-faire neigende Bundeskanzlerin letzters festgestellt. Wir glauben, dass der Markt durchaus auch über den Finanzmarkt hinaus Regeln braucht.

(Beifall bei der SPD)

Die Regeln müssen allerdings gelebt werden. Damit bin ich auch schon bei dem Antrag. Dieser Antrag zielt darauf ab, Regeln zu schaffen, die es uns als Kommune ermöglichen, einen Beitrag dazu zu leisten, dass es in der Welt etwas weniger Kinderarbeit und vielleicht etwas mehr fair bezahlte Preise gibt, und dass Kleinbauern in der Dritten Welt Möglichkeiten haben, sich und ihre Familien vernünftig zu ernähren und angemessen zu leben, ihre Kinder in die Schule zu schicken und ihnen eine Möglichkeit zur Bildung zu geben.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, dass in der Vergabepraxis der Stadt durchaus schon die eine oder andere Möglichkeit genutzt wird, Produkte aus fairem Handel zu kaufen, darauf zu achten, dass nichts gekauft wird, was mit Kinderarbeit verbunden ist, usw.

Wir wissen aber auch, dass es rechtliche Bedenken gibt, genau dies ein Stück konkreter und weiter zu fassen, als es bisher praktiziert wird.

Das EU-Recht erlaubt unserer Auffassung nach durchaus Gestaltungsmöglichkeiten und damit Möglichkeiten, keine Produkte in die Vergabe aufzunehmen, die etwa aus Kinderarbeit, sozial unverträglichen und sonstigen unverträglichen Produktionen stammen.

Wir wissen auch, dass das irgendwo seine Grenzen hat. Spätestens dann, wenn Ausschreibungen notwendig sind und bestimmte Wertgrenzen überschritten werden, sind uns Grenzen gesetzt.

Der Bundestag arbeitet derzeit an einer Gesetzesänderung, um uns Möglichkeiten zu geben, stärker darauf zu achten, dass soziale und ökologische Aspekte mit in die Vergabe einbezogen werden.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Meine Damen und Herren, deswegen haben wir in diesem Antrag einen Prüfauftrag formuliert, mit dem wir die Verwaltung beauftragen, uns darzustellen: Wie können wir besser werden? Wie können wir stärker soziale und ökologische Aspekte in unsere Vergabepraxis einbringen? - Wir glauben, dass eine Menge möglich ist.

Der Oberbürgermeister war im Sinne der kommunalen Zusammenarbeit in letzter Zeit öfter einmal in Düsseldorf. Ich darf Ihnen einen Absatz aus der Vergabeordnung der Stadt Düsseldorf vorlesen. Dort steht - ich zitiere -:

Weiterhin ist zu beachten, dass keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit beschafft werden. Wenn möglich, ist Produkten aus fairem Handel der Vorzug zu geben. Als Nachweis gilt eine unabhängige Zertifizierung ...

Das ist fast wörtlich das, was wir in unserem Antrag darstellen. Wir gehen davon aus, dass die Stadt Köln in diesem Fall ausnahmsweise einmal genauer auf das schaut, was in Düsseldorf bereits Praxis ist und nach meinen Informationen unter dem inzwischen verstorbenen Oberbürgermeister Erwin in Kraft getreten ist.

Mit unserem Prüfauftrag beauftragen wir die Verwaltung, genau zu schauen, was möglich ist und was in nächster Zeit passiert. Der Bundestag arbeitet an entsprechenden Änderungen. Wir erwarten, dass die Verwaltung sich dem schnellstmöglich anpasst, sodass wir als Stadt Köln unserer Verantwortung in der Welt gerecht - zumindest ein Stückchen gerechter - werden und unseren Beitrag dazu leisten, dass Kinderarbeit nicht möglich ist, indem soziale und ökologische Aspekte in unserer Vergabepraxis noch mehr zur Geltung kommen als bisher. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau dos Santos Herrmann. - Bitte schön, Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Derzeit findet die Faire Woche statt. Daher freue ich mich besonders, dass unser Handlungsauftrag an die Stadtverwaltung zur fairen Vergabe heute hier behandelt wird und wir im Rahmen der Fairen Woche ganz aktuell noch ein Zeichen setzen können.

Das Wissen darum, dass es eine Zukunft nur für alle Menschen gemeinsam geben kann, steht in der Fairen Woche im Mittelpunkt. Es geht darum, Bedingungen dafür zu schaffen, dass alle Menschen weltweit in menschenwürdiger Umgebung leben und arbeiten.

Durch den Kauf fair gehandelter Produkte leisten wir hier im Norden ganz praktische Solidarität mit Produzentinnen und Produzenten in Entwicklungsländern

- so Karin Kortmann, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bei der Eröffnung der Fairen Woche in Berlin.

Auch die Stadt Köln soll sich ihrer globalen Verantwortung stellen und ihre Produktbeschaffung danach ausrichten. Das ist das Ziel unseres Ratsantrages „Faire Vergabe - Auftragsvergaben nach sozialen und ökologischen Kriterien“.

Einen Schritt dazu hat die Stadt mit dem Ratsbeschluss vom 8. November 2007 getan, als wir hier beschlossen haben, dass die Stadt die Millenniumserklärung der Kommunen unterzeichnet und damit als Handlungsauftrag begreift.

Was aber können wir in Köln tun, um die Millenniumsziele tatsächlich umzusetzen? Einen Beitrag, den die Stadt Köln dabei leisten kann, sehen wir als grüne Fraktion darin, dass bei städtischen Vergabeverfahren zukünftig die Einhaltung aller ILO-Sozialstandards zugrunde gelegt wird. Die öffentliche Hand kann durch ihr Beschaffungsverhalten eine Vorbildrolle einnehmen.

Worum geht es? Wenn die Stadt einkauft, ist das günstigste Angebot nicht immer das beste. Ein Beispiel dafür konnten wir noch vor einigen Wochen in einem Fernsehbericht des WDR sehen. Dort wurde gezeigt, dass die Materialien für einen schön gestalteten öffentlichen Platz unter Bedingungen entstanden sind, die als menschenunwürdig gelten.

Der Preis für preisgünstige Waren ist manchmal also sehr hoch. Bestürzende Beispiele dafür sind Produkte, die durch ausbeuterische Kinderarbeit entstehen. Kinder müssen, statt lernen und spielen zu können, unter unmenschlichen Bedingungen schuften. Ihre Zukunft wird ihnen dadurch verbaut.

(Unruhe)

- Geht das bitte ein bisschen leiser? - Danke.

Zahlreiche Produkte entstehen unter menschenrechtswidrigen Bedingungen und in ausbeuterischer Kinderarbeit. Dazu gehören unter anderem Wohn- und Bekleidungstextilien, Spielzeug, Teppiche, Lederprodukte, Produkte aus Holz, Steine für Gräber und Straßen, landwirtschaftliche Produkte und Blumen.

Der Kampf gegen eine unausgeglichene, unfaire und nicht nachhaltige Globalisierung bildet eine wichtige Voraussetzung zur Armutsbekämpfung

- so Juan Somavia, Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen, der ILO.

Das Ausmaß der Armut auf der Welt ist ein ernstes Indiz für das Scheitern des gegenwärtigen Globalisierungsmodells.

Selbstverständnis und Handeln der Internationalen Arbeitsorganisation basieren auf Grundprinzipien wie der Beseitigung von Zwangsarbeit und dem Verbot der Diskriminierung. Diese Grundprinzipien werden in Kernarbeitsnormen ausgestaltet, so zum Beispiel im Übereinkommen 182 zum Verbot der schlimmsten Formen der Kinderarbeit. Auch Deutschland hat alle Kernarbeitsnormen ratifiziert.

Was heißt das für Köln? Schon 2002 stellte die Stadt München für den öffentlichen Einkauf Vergabekriterien zur Vermeidung von Kinderarbeit auf. Neben vielen weiteren Kommunen änderte auch die Stadt Düsseldorf bereits 2006 ihre Vergabeordnung entsprechend. Nun soll Köln nachziehen. Auch hier sollen künftig Produkte erworben werden, bei deren Herstellung die ILO-Kernnormen eingehalten werden.

Das heißt, dass keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit erworben werden. Vielmehr sollen Produkte beschafft werden, die unter Beachtung aller ILO-Sozialstandards hergestellt wurden bzw. deren Hersteller oder Verkäufer aktive zielführende Maßnahmen zur Umsetzung der Kernarbeitsnormen eingeleitet haben. Produkte aus fairem Handel sind dabei besonders zu berücksichtigen.

Konkret bedeutet das: Die Vergaberichtlinien der Stadt Köln sollen in dem schon beschriebenen Sinne geändert werden.

Zur Überprüfung der Einhaltung kann eine unabhängige Zertifizierung wie TransFair oder Rugmark dienen. Wenn keine Zertifikate vorliegen, müssen die Anbieter erklären, dass ihre Produk-

te entsprechend der ILO-Kernnormen hergestellt wurden.

Über die Umsetzung dieser Vorgaben soll die Verwaltung dem Rat jährlich einen Bericht vorlegen.

Gestatten Sie mir noch eine Anmerkung zur rechtlichen Lage. Laut einer Mitteilung der EU muss die Ausführung eines Auftrags nach Zuschlagserteilung unter vollständiger Einhaltung aller geltenden nationalen, internationalen oder gemeinschaftlichen Normen, Regeln, Vorschriften und Pflichten erfolgen, die im sozialen Bereich zwingend vorgeschrieben sind. Zu diesen gehören die ILO-Kernnormen, die in der Gesamtheit aller Mitgliedstaaten gelten. Demnach kann die Stadt Köln nicht gezwungen werden, einem Anbieter den Zuschlag zu erteilen, nur weil es sich um das wirtschaftlichste Angebot handelt, wenn das Produkt gegen die ILO-Normen verstößt.

Auch die Bundesregierung bewegt sich; das haben wir eben schon gehört. Ein Referentenentwurf des Wirtschaftsministeriums zum Vergaberecht stellt in Aussicht, dass bei Vergaben künftig soziale und ökologische Kriterien eingefordert werden können.

Wir wollen nicht warten, bis dies Gesetzeskraft hat, sondern möchten, dass die Stadt schon heute handelt und tätig wird.

In diesem Zusammenhang kann der Änderungsantrag der Linken unseren Antrag sehr gut ergänzen. Daher werden wir ihm auch zustimmen.

Was andere Städte bereits vorgemacht haben, sollte auch in Köln möglich sein. Insofern bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau von Bülow. - Herr Bürgermeister Müller, bitte.

Josef Müller (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Intention des Antrags "Faire Vergabe" ist nachvollziehbar und unserer Meinung nach wünschenswert, in Teilen ist er aber rechtlich leider noch nicht zulässig. Die ersten beiden Punkte können wir natürlich mittragen, den dritten jedoch nicht.

Zu Punkt 1: Selbstverständlich wollen wir keine Produkte, die durch Kinderarbeit hergestellt worden sind, kaufen.

Zu Punkt 2: Selbstverständlich sind wir dafür, dass Produkte beschafft werden, die unter Beachtung der Sozialstandards hergestellt werden.

Zu Punkt 3: Die Rechtslage lässt eine Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Gesichtspunkten derzeit nicht zu. Momentan ist die Wirtschaftlichkeit eines Angebotes ausschließlich den Kriterien der Wirtschaft unterworfen. Sollte das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen noch in diesem Jahr geändert werden, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir gerne darüber diskutieren. Bis dahin aber sollten wir uns an Recht und Gesetz halten.

Ich möchte zum Schluss den Herrn Rechtsdezernenten fragen, wie er Punkt 3 des Antrages sieht; denn meiner Ansicht nach müsste dieser auch von der Verwaltung etwas kritisch gesehen werden. Ich bitte daher Herrn Kahlen um eine kurze Stellungnahme zu Punkt 3. Den Herrn Oberbürgermeister bitte ich um getrennte Abstimmung dieser drei Punkte.

Ich bedanke mich und wünsche, dass wir in dieser Sache weiterkommen. Aber wir können uns nicht gegen diesen Punkt wenden, ehe das Gesetz geändert worden ist. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Müller, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass im Augenblick die Gesetzesnovelle in Arbeit ist. Wir rechnen damit, dass diese Novelle noch in diesem Jahr Rechtskraft und Geltung erhalten wird. Ich habe in Ziffer 3 des Antrags auch gelesen, dass hier eine rechtliche Prüfung vorausgesetzt wird. Wir erhalten jetzt den Auftrag, die entsprechenden Richtlinien neu zu fassen. Daher werden wir selbstverständlich das Inkrafttreten dieses Gesetzes mitberücksichtigen und Ihnen auch das Ergebnis dieser Prüfung mitteilen. Ich persönlich gehe davon aus, dass wir in der Dezembersitzung die entsprechenden Richtlinien auf der Grundlage des dann in Kraft getretenen neuen Gesetzes hier verabschieden können. Jetzt ist es ein Prüfauftrag.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Kahlen. Der Nächste auf der Rednerliste ist Herr Mendorf für die FDP. Bitte.

Marco Mendorf (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Vergaberecht ist ja ein Teilrecht des Wettbewerbsrechts. Uns geht es darum, dass gerade beim Vergaberecht neben der Sicherstellung von Wettbewerbsregeln und eines offenen Marktes der öffentlichen Hand ein Kriterienkatalog an die Hand gegeben wird, der auch Aspekte wie Korruption und andere beinhaltet. Mit einem solchen Instrumentarium wird letztlich ein faires System transparent gemacht, nämlich dass für die Stadt bei der Vergabe von Aufträgen an Dritte die Wirtschaftlichkeit im Vordergrund steht und nicht etwa persönlichen Interessen.

Es stellt sich nun die Frage, welche zusätzlichen Kriterien in das Vergaberecht aufgenommen werden sollen. SPD und Grüne haben offensichtlich weitergehende Vorstellungen, wie das Vergaberecht die Weltmärkte beeinflussen kann. Wir glauben nicht, dass wir über das Vergaberecht die Probleme dieser Welt insgesamt verändern können. Allerdings sind wir der Überzeugung, dass natürlich auch bei der öffentlichen Vergabe darauf geachtet werden muss, dass Standards der Menschenrechte und Sozialstandards - diese gelten ja europaweit - berücksichtigt werden müssen.

Es bleibt jedoch unklar, wie man Fair Trade praktikabel realisieren kann. Fair Trade ist ja der Versuch, mit Produzenten und Herstellern aus Dritte-Welt-Ländern über den Preis und die Bezahlung von Produzenten einen fairen Handel herbeizuführen, also sozusagen ein zweites Preiskriterium. Wie man das justiziabel packen kann, ist mir relativ unklar. Deswegen ist das nach meiner Beobachtung auch nicht Gegenstand des Referentenentwurfs der Bundesregierung. Wie soll denn das letztlich konkret gefasst werden? Wann ist denn aus Ihrer Sicht ein Fair-Trade-Produkt? Dafür gibt es natürlich Kriterien und dieses Siegel.

In den letzten Tagen gab es dazu im *Spiegel* einen längeren Artikel. Nehmen wir zum Beispiel den Bananenpreis. Wenn am Ende die Banane 40 Cent kostet - wohlgemerkt eine Fair-Trade-Banane und nicht eine handelsübliche, die aus Ihrer Sicht unfair gehandelt wird -, dann gehen von diesen 40 Cent derzeit 0,1 Cent in Projekte für Kinder und Jugendliche wie Englischkurse und 0,6 Cent in die Fair-Trade-Prämie für soziale

und ökologische Projekte. Das sind nicht einmal 5 Prozent des Preises. Da frage ich mich, warum nicht mindestens 10 Prozent des Preises in solche Projekte und Fair-Trade-Initiativen gehen. Aus meiner Sicht kann das aber nicht über das Vergaberecht geregelt werden. Hierzu müsste es faire Handelsabkommen und Absprachen zwischen den Nationalstaaten geben.

(Jochen Ott [SPD]: Im liberalen Weltbild kommt das ja nicht vor!)

Die ersten beiden Punkte halten wir für richtig, auch weil sie europaweit gelten. Diesen müssen und wollen wir uns anschließen. Den dritten Punkt werden wir ablehnen. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Mendorf. Als Nächster spricht Herr Detjen.

(Jochen Ott [SPD]: So eine schöne Vorlage, Jörg! Was willst Du da noch machen? Da kannst Du dem Mendorf nur zustimmen!)

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Eine gute Vorlage, zu der wir auch noch einen kleinen Änderungsantrag gemacht haben. Diesen haben Sie freundlicherweise übernommen. Dadurch wird die Sache rund.

Aber ich muss noch eine Sache anmerken: Herr Mendorf, man kann mit dem Vergabegesetz bestimmt nicht die Welt verändern. Aber man kann erreichen, dass man nicht mitschuldig wird. Zum Beispiel liegen Steine auf dem Heumarkt, die mithilfe von Kinderarbeit erstellt worden sind.

(Marco Mendorf [FDP]: Sie haben nicht zugehört! - Karl Klipper [CDU]: Sie wissen doch, dass das nicht der Fall ist! Herr Detjen, Sie lügen!)

Das ist Fakt.

Wir müssen uns mit diesem Thema beschäftigen. Ich finde es auch gut und richtig, dass wir uns mit diesem Thema beschäftigen. Herr Sörries hat dieses Thema schon vor Jahren ausgegraben, hat nachgebohrt und enthüllt. Das ging damals bundesweit durch die Presse. Das ist eine wichtige Auseinandersetzung. Das heißt, wir

müssen uns mit dem Vergaberecht intensiv beschäftigen.

Ich finde es gut, dass nicht nur diese Punkte beschlossen werden, sondern dass wir nun auch jährlich einen Bericht bekommen, sodass wir sozusagen ständig darüber diskutieren können. Das Vergaberecht betrifft ja alle Ausschüsse. Da es den Vergabeausschuss nicht mehr gibt, wird dieses Thema inzwischen in allen Ausschüssen diskutiert. Wir sind der Meinung, dass wir uns mit diesem wichtigen Thema aktiv beschäftigen sollten. Danke.

(Beifall bei Die Linke.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Habe ich das richtig verstanden, dass der Änderungsantrag der Linken mit aufgenommen worden ist?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

- Gut. Diese Ergänzungen machen ja auch Sinn an dieser Stelle.

Habe ich des Weiteren richtig verstanden - das geht ja aus dem Antrag nicht so ganz eindeutig hervor -, dass dieser Antrag insgesamt ein Prüfungsauftrag ist und auch als solcher verstanden werden soll?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, nicht insgesamt!)

- Doch. Da steht, dass eine Prüfung vorgesehen ist und diese umgesetzt werden muss.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass getrennte Abstimmung dieser drei Punkte beantragt worden ist. Das werden wir dann auch so machen. Ich selbst werde mich beim dritten Punkt enthalten, weil die derzeitige gesetzliche Prüfung noch läuft und wir als Verwaltung beauftragt sind, diese Möglichkeit zu prüfen, wohl wissend, dass sie derzeit noch nicht umsetzbar ist; das muss ich ganz deutlich sagen. Den ersten beiden Punkten werde ich zustimmen, auch weil die Verwaltung das sowieso schon so praktiziert.

Ich lasse nun über die einzelnen Punkte abstimmen:

Zunächst Punkt 1, Beschaffung von Produkten - das ist der erste Spiegelstrich; dazu kommt der Änderungsantrag, der mit aufgenommen wur-

de -: Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind natürlich die antragstellenden Fraktionen sowie meine Stimme. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist es einstimmig beschlossen.

Jetzt Punkt 2: Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist wiederum die große Mehrheit der antragstellenden Fraktionen, aber auch die FDP, die CDU, Herr Dr. Müser sowie meine Stimme. Gegenstimmen? - Gibt es keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln ist auch dieser Punkt einstimmig angenommen.

Nun Punkt 3: Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Dafür sind die SPD, die Grünen, die Linke, Herr Dr. Müser, Frau May. Gegenstimmen? - Bei der CDU und der FDP. Enthaltungen? - Bei pro Köln und dem Oberbürgermeister. Eine seltene Einheit, aber so etwas kommt schon einmal vor. Damit ist klar, dass wir den gesamten Antrag so in Prüfung geben.

Abschließend stimmen wir noch einmal den Antrag insgesamt ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Linke, Herr Dr. Müser, Frau May. Enthaltungen? - Bei der CDU, der FDP, pro Köln und bei mir. Gegenstimmen? - Gibt es keine. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 2.1.2 auf:

**2.1.2 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend „Gründung einer Entwicklungsgesellschaft für MesseCity“
AN/1880/2008**

Für die antragstellenden Fraktionen haben zunächst Herr Klipper und nach ihm Herr Sterck das Wort. Bisher haben sich außerdem Frau Dr. Bürgermeister und Frau Moritz gemeldet. Bitte schön, Herr Klipper.

Karl Klipper (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vorab sagen: Der Text des Beschlussvorschlages ist eindeutig. Deswegen will ich darauf nicht mehr im Einzelnen eingehen, sondern Ihnen die Intentionen, die hinter diesem Antrag stehen, näher erläutern.

Unser Grundgedanke sowohl aus wirtschaftspolitischer als auch aus stadtentwicklungspolitischer Sicht ist: Wir wollen Köln nach vorne bringen, in ähnlicher Art, wie wir es im Jahr 2000 mit dem Rheinauhafen und der dortigen Ausweisung von

240 000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche gemacht haben. Damit haben wir für diese Stadt ein Zeichen gesetzt. Heute schauen die Deutschen auf Köln und sagen: Das ist ein Leuchtturmprojekt.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen werden Sie, meine Damen und Herren, auch nicht überrascht sein, dass die Fraktionen von CDU und FDP heute im Rat den Antrag stellen, für das Gebiet rund um den Deutzer Bahnhof eine stadtentwicklungspolitische Gesellschaft zu gründen, deren Aufgabe es ist, die sogenannte MesseCity aufzubereiten, zu entwickeln und schließlich auch die einzelnen Grundstücke zu verkaufen.

Große Übereinstimmung der demokratischen Fraktionen besteht hinsichtlich der Zielsetzung: schnelle Entwicklung, Berücksichtigung der vielfältigen Interessenten, Vorbereitung einer professionellen und schnellen europäischen Ausschreibung, Realisierung dieses Gebietes als Nukleus für die wirtschaftliche Entwicklung. Das alles ist eindeutig. Aber, meine Damen und Herren, wie kommen wir dazu? Der Weg auf diesem Beritt ist das Schwierige. Wie können wir es erreichen, dass all dies so schnell wie möglich umgesetzt wird? Hier haben - ich sage Ihnen das ganz klar - die FDP und die CDU Bauchschmerzen, ob wir all dies mit der heutigen Verwaltungsstruktur so schnell umsetzen können, wie es für Köln notwendig wäre.

Ich darf Sie daran erinnern: Vor mehr als acht Jahren gab es einen internationalen Wettbewerb zum Bahnhof. Vor mehr als sechs Jahren wurde das Gebiet des sogenannten Barmer Blocks gekauft. Vor circa drei Jahren erfolgte der sukzessive Abriss der Gebäude. Vor mehr als anderthalb Jahren begann der städtebauliche Entwicklungsprozess, der im März 2008 in die heutige städtebauliche Figur mündete. All dies dauert viel zu lange. Die Entwicklung in der Wirtschaft ist viel zu schnelllebig, als dass wir es uns erlauben könnten, acht Jahre über ein solches Gebiet zu diskutieren, bis dann die Pläne fertig sind, mit der Vermarktung begonnen werden kann, endlich die Bagger kommen und die Investoren bauen können.

(Beifall bei der CDU sowie von Ralph Sterck [FDP])

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen das hier mit Bedacht. Hier soll eine Fläche vermarktet, aufbereitet und schließlich verkauft werden, die ein Bauvolumen von mehr als 150 000 Quad-

ratmetern Bruttogeschossfläche hat. Wir sind der Meinung - damit wollen wir keinem einzigen Mitarbeiter der Stadtverwaltung zu nahe treten -, dass die Verwaltung und das Liegenschaftsamt angesichts der Schnellebigkeit überfordert sind. Die Mitarbeiter in dieser Abteilung sind für diese Arbeit nicht ausgebildet. Deswegen wollen wir dies von Profis erledigen lassen, Profis, die sich ausschließlich um die Entwicklung, Aufbereitung und insbesondere die Vermarktung dieses Gebäudes kümmern werden.

Ich darf Sie daran erinnern, meine Damen und Herren: Es handelt sich um ein Gebiet von äußerst großer Komplexität, weil unterschiedliche Eigentümer zusammenspielen, divergierende Interessenlagen koordiniert und vom zukünftigen Eigentümer Architekturwettbewerbe ausgeschrieben werden müssen, die Vermarktung zu erfolgen hat und gleichzeitig die Infrastrukturmaßnahmen auch über längere Zeit vorfinanziert werden müssen. Für die Entwicklung dieser Stadt darf es keine weitere Zeitverzögerung geben; denn bei dem wirtschaftlichen Abschwung, der insbesondere die Immobilienbranche trifft, können wir nur gegensteuern mit Experten, die ihr Geschäft von der Pike auf gelernt haben und sich dementsprechend auch ausschließlich um diese Sache kümmern.

Wir haben enorm viel Zeit verloren. Der Zyklus der Immobilienwirtschaft zeigt in der Tendenz eher nach unten. Die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise werden Einfluss auf die Realwirtschaft und hier insbesondere auf die Bauwirtschaft und den Dienstleistungssektor haben. Deshalb brauchen wir dringend professionelles Know-how aus der Branche. Dieses einzukaufen, ist jedoch realistischerweise nur möglich, wenn wir diese Entwicklungsmaßnahmen auslagern: aus der allgemeinen Stadtverwaltung in eine eigenständige Gesellschaft. Die positiven Erfahrungen mit dem Rheinauhafen und im Endeffekt auch mit dem Mediapark sollten uns bestärken, diesen Weg zu gehen, um Köln weiter nach vorne zu bringen und nicht den positiven Lauf zu unterbrechen.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, dies ablehnen, weil der Prozess schon zu weit fortgeschritten ist, darf ich Sie daran erinnern, dass die FDP schon vor mehr als drei Jahren einen Prüfauftrag gestellt hat. Auch damals waren Sie dagegen. Sie glauben immer noch, dass nicht speziell ausgebildete Leute im Liegenschaftsamt in der Lage sind, ein solches großes Grundstück professionell zu vermarkten. Ich darf Sie in diesem Zusammenhang an die Bereiche des Millionackers erinnern, wo die

Verwaltung Jahre gebraucht hat, um zu einer vernünftigen Lösung zu kommen, die die Stadt um mehr als 400 000 Euro pro Jahr entlastet. Ich darf Sie weiterhin daran erinnern, dass wir vor Jahren das Cluth-Gelände gekauft haben, das Zinsen kostet und weitere Kosten verursacht. Dort kommen wir ebenfalls nicht weiter, weil in diesem Falle die Grünen und die SPD das Gelände mit zusätzlichen Wünschen überfrachtet haben.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Der darf immer überziehen!)

Es steht in dieser Situation die Frage offen - ich sage das hier ganz klar - -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: In der letzten Sitzung auch schon!)

- Bitte?

(Josef Müller [CDU]: Die motzen, Karl! Lass Dich nicht beirren!)

Ich komme zum Schluss. Wir wollen mit diesem Antrag erreichen, dass Köln sich nicht aus der Metropolenregion verabschiedet, sondern dass das Rechtsrheinische sowohl wirtschaftlich als auch städtebaulich entwickelt wird. Deshalb bitten wir um Ihre Zustimmung. Danke.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Klipper. - Herr Ludwig will eine Frage stellen?

(Claus Ludwig [Die Linke.Köln]: Nein! Ich habe eine Wortmeldung!)

- Mit einer Wortmeldung kommen Sie später dran. - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Anschließend an die Ausführungen meines Kollegen Karl Klipper möchte ich Sie daran erinnern, dass heutzutage mehr Unternehmen nicht wegen falscher Entscheidungen, sondern wegen verschleppter Entscheidungen insolvent gehen. Im Städteranking, das die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft mit der *Wirtschaftswoche* in der vergangenen Woche vorgestellt hat - Sie wissen, die Stadt Köln ist um vier Plätze, nämlich von 15 auf 19, gefallen -, liegt die Stadt Köln insbesondere beim Dynamikfaktor weit hinten. Hier belegen wir Platz

35 von 50. Das hat natürlich seine Gründe. Einer der Gründe ist sicherlich auch das Verfahren bezüglich der Entwicklung des Grundstücks der MesseCity, über das wir hier heute reden.

Das ist schon eine traurige Aufzählung von Beispielen. Kollege Klipper hat schon einige angesprochen, unter anderem das Clouth-Gelände. Der Betrieb dort ist lange eingestellt, ein Neuanfang aber lässt noch immer auf sich warten. Denken wir an den Breslauer Platz, wo im Jahre 2010 „überraschend“ die U-Bahn-Baustelle abgebaut wird und wir noch keine gültige Planung haben, wie wir mit diesem wertvollen Grundstück in der Kölner Innenstadt umgehen wollen. Oder denken Sie an den Deutzer Hafen: Entsprechende Initiativen unserer Fraktion für die Umnutzung der in vielen Teilen untergenutzten Flächen im Stadtteil Deutz nach dem Erfolgsrezept des Rheinauhafens wurden in diesem Haus leider immer wieder verschoben. Auch da sind wir keinen Schritt weitergekommen.

Heute versuchen wir zum wiederholten Male in den Bereich der MesseCity Bewegung zu bringen, indem wir Ihnen die Gründung einer Entwicklungsgesellschaft vorschlagen. Das Instrument der Entwicklungsgesellschaft ist, glaube ich, richtig; damit haben wir in Köln gute Erfahrungen gemacht. Auch daran hat Kollege Klipper schon erinnert. Denken wir zum Beispiel daran, wie sich der Mediapark entwickelt hat. Dass sich die Fertigstellung trotzdem um Jahre verzögert hat, hatte wahrscheinlich mit höherer Gewalt - ich nenne das Stichwort deutsche Einheit^o- und Konjunkturzyklen zu tun. Oder denken wir an die Entwicklung des Rheinauhafens, die deshalb so erfolgreich ist, weil es dort mit HGK und modernes Köln eine private Struktur gibt. Wir hätten es doch niemals geschafft, dieses Projekt zu realisieren - vom Bebauungsplan im Jahre 2002 bis zur Eröffnung vergingen gerade einmal sechs Jahre -, wenn wir als Stadtverwaltung versucht hätten, das zu stemmen.

Ich erwarte daher von der Mehrheit dieses Hauses und von der Stadtverwaltung, dass man hier Selbstkritik übt und eine private Gesellschaftsform vorzieht, weil sie im Wirtschaftsverkehr einfach wesentlich flexibler ist.

Drei wettbewerbsähnliche Verfahren im Bereich der MesseCity liegen hinter uns: im Jahr 2000, im Jahr 2002 und der Workshop im Jahr 2006. Jetzt werden Kritiker sagen: Ja, aber es hat auch noch ein Urteil aus Düsseldorf gegeben, das uns die Lage hier verhagelt hat. Ich sage: Wenn wir entsprechend Zug auf der Sache gehabt hätten, wären noch vor dem Urteil aus Düsseldorf die

MesseCity und der Barmer Block längst vermarktet gewesen. Heute ist diese Fläche eine Brache, die wahrscheinlich teuerste Brache, die wir in Köln haben.

(Karl Klipper [CDU]: Neben dem Clouth-Gelände!)

- Ja, aber das nimmt sich wahrscheinlich nicht viel. Wir haben ja fast dreistellige Millionenbeträge an den Erbbauverein bezahlt. - Wir haben eben darüber gesprochen, wie lange eine Stiftung braucht, um ihr Geld bei der Stadt loszuwerden. Auch wir haben Probleme, Investoren, die ihr Geld in der Stadt loswerden wollen, auf diesem wichtigen Grundstück anzusiedeln.

Den ersten Antrag - Kollege Klipper hat eben daran erinnert - hat die FDP-Fraktion, damals noch alleine, am 21. Juni 2005 in den Rat eingebracht; das ist mehr als drei Jahre her. Damals haben wir vorgeschlagen, dieses Projekt nach dem Muster der Mediapark Entwicklungsgesellschaft voranzubringen. Unser Antrag ist dann in den StEA verwiesen worden. Der StEA hat fast zwei Jahre später, nämlich am 8. März 2007, einen Prüfauftrag an die Verwaltung erteilt. Auch das hat Kollege Klipper schon angesprochen. Dazu hätte ich gerne von der Verwaltung eine Aussage, was in den letzten anderthalb Jahren in dieser Frage geprüft worden ist. Wenn die Verwaltung hier mit einem entsprechenden Vorschlag kommt, ist unser Antrag ja vielleicht obsolet. Ich habe allerdings das Gefühl, dass das nicht der Fall ist. Ich appelliere deswegen an den Rat, heute diesen Weg zu gehen - das würde mich freuen -, um in dieser wichtigen Investitionsfrage für unsere Stadt endlich voranzukommen. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Sterck. Frau Dr. Bürgermeister, bitte.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion wird den Antrag von CDU und FDP zur Gründung einer Entwicklungsgesellschaft für das Areal MesseCity in Deutz ablehnen.

(Karl Klipper [CDU]: Das habe ich mir schon gedacht!)

Meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP, Sie möchten die Verwaltung beauftra-

gen, für dieses Areal eine Projektentwicklungsgesellschaft zu gründen. Ziel dieser Entwicklungsgesellschaft ist es, das obengenannte Gebiet bis zur Marktreife zu entwickeln, aufzubereiten und zu vermarkten. Ich habe große Zweifel daran, dass wir für diese Aufgabe eine Entwicklungsgesellschaft benötigen.

In Ihrer Intention, Herr Klipper, Köln voranzubringen, sind wir uns, denke ich, alle einig. Konsens besteht auch darüber, dass stadtentwicklungspolitisch der Bereich in Deutz zu den wichtigsten Entwicklungsgebieten der Stadt Köln gehört. Auch die SPD ist an einer zügigen Entwicklung dieses Gebietes interessiert. Wir glauben aber nicht, dass diese Entwicklung schneller oder besser - vielleicht sollten wir auch darüber einmal reden - mit einer Entwicklungsgesellschaft erfolgt.

Der Rheinauhafen, dessen Entwicklung Sie im Antrag als Beispiel anführen, ist ein erfolgreiches Entwicklungsprojekt. Aber schnell ging es bei dieser Entwicklung beim besten Willen nicht.

(Ralph Sterck [FDP]: Natürlich! Der Bebauungsplan ist gerade einmal sechs Jahre alt! - Weitere Zurufe von der CDU)

Der Rheinauhafen zeigt: Bei der Entwicklung von Projekten dieser Größenordnung braucht man einen langen Atem und die Bereitschaft, auch bei Verzögerungen zu dem Projekt zu stehen.

Meine Damen und Herren, wenn es uns in Deutz nur um die Geschwindigkeit der Entwicklung gegangen wäre, hätten wir das Gelände schon längst auflagenfrei an einen Investor verkaufen können. Wir wollten aber, wie gesagt, nicht nur eine schnelle, sondern eine qualitätsvolle Entwicklung, die Impulse in die gesamte Stadt bringt. Wir haben auch nach der Diskussion mit der UNESCO in einem anspruchsvollen Prozess gemeinsam qualitativ hohe Anforderungen formuliert, die mit der Projektentwicklung erfüllt werden sollen. Wir haben uns auch auf ein Verfahren verständigt, wie weiter vorgegangen werden soll.

Glauben Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, wirklich, dass eine Entwicklungsgesellschaft mit einem externen Geschäftsführer - einem „Profi“, wurde hier gerade gesagt - das Grundstück besser entwickeln, aufbereiten und vermarkten kann?

(Ralph Sterck [FDP]: Ja!)

Ich frage mich: Warum soll eine Entwicklungsgesellschaft diese Aufgabe besser erfüllen können? Schaut man sich die Rentabilität von privaten und öffentlich-rechtlichen Unternehmen in NRW an, die zum Zwecke der städtischen Flächenentwicklung gegründet wurden, so ist das Ergebnis aus rein wirtschaftlicher Sicht äußerst fragwürdig. Projektentwicklungsgesellschaften mögen aus entwicklungspolitischer Sicht ja dann Sinn machen, wenn es so gelingt, zum Beispiel private Partner in eine Gesellschaft einzubinden, die einen Teil der Entwicklungsfläche einbringen und nur gemeinsam eine vernünftige Lösung möglich ist. Diese Voraussetzung ist aber beim Areal MesseCity nicht gegeben.

Ich erspare mir und Ihnen an dieser Stelle einen Exkurs um mögliche vergaberechtliche Probleme und die Bindung der Projektentwicklungsgesellschaften an das Vergaberecht. Wichtig aber ist ein Hinweis auf die Auswirkungen des Beschlusses des OLG Düsseldorf - ich glaube, diesen meinten Sie gerade, Herr Sterck - vom 13. Juni 2007 und dessen Konsequenzen für die Grundstückvermarktung durch eine Projektentwicklungsgesellschaft. Diese Gesellschaft ist nach der neuen Rechtsprechung als verlängerter Arm des öffentlichen Auftraggebers zu sehen und wäre ebenfalls verpflichtet, die zu veräußernden Grundstücke ab einem bestimmten Schwellenwert europaweit auszuschreiben.

Meine Damen und Herren, wir Politiker sind ehrenamtlich tätig. In der Verwaltung sitzen Fachleute. Sie nennen sie neudeutsch Profis. Ich würde sagen: Wir wollen mit Fachleuten die Entwicklung eines Gebietes voranbringen. Bei den an der Entwicklung des Areals MesseCity maßgeblich beteiligten Dezernenten und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern setze ich Fachkenntnis voraus. Ich erwarte, dass die Verwaltung deutlich macht, wenn sie mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die von der Politik gesetzten Ziele nicht erreichen kann und zur Zielerreichung auf andere Organisationsformen und externes Know-how zurückgegriffen werden muss.

(Karl Klipper [CDU]: Wir haben das doch am Millionenacker gesehen, Frau Dr. Bürgermeister!)

Die SPD-Fraktion hat sich in der Vergangenheit solchen Anforderungen nicht verweigert. Wir werden das auch in Zukunft nicht tun, wenn die Realisierung unserer kommunalpolitischen und haushaltsrechtlichen Ziele nachweislich besser erreicht werden kann. Für das hier zur Diskussion stehende Gebiet sehen wir das nicht so.

Deswegen werden wir den Antrag ablehnen. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Dr. Bürgermeister. Für die Fraktion der Grünen spricht Frau Moritz. Bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe antragstellenden Fraktionen! Ich kann zu vielen Dingen, die hier sowohl von Herrn Klipper als auch von Herrn Sterck vorgetragen wurden, nur sagen: Das empfinde ich genauso - die Ungeduld und den Wunsch, dass die Entwicklung beschleunigt wird. Deshalb könnte man eigentlich meinen: Ja, dann stimmt doch zu.

(Ulrich Breite [FDP]: Ja!)

- Ich will gerade erklären, warum in diesem Falle nicht und was ich grundsätzlich von Entwicklungsgesellschaften halte.

Herr Sterck, Sie haben gerade an Ihren damaligen Antrag erinnert. Sie haben aber nicht erwähnt, dass dieser Antrag gestellt wurde, bevor sich der StEA konsensual auf ein Konzept verständigt hatte. Ihr Antrag ist damals gestellt worden, als wir noch nicht einig darüber waren, wohin wir denn gehen sollten. Eine Entwicklungsgesellschaft ist ja kein Ersatz für Konsensfindung im politischen Raum. Deshalb haben wir Ihren Antrag damals abgelehnt.

(Ralph Sterck [FDP]: Natürlich waren wir uns einig!)

- Bitte?

(Ralph Sterck [FDP]: Wir hatten doch ein Wettbewerbsergebnis! Natürlich war damals klar, wohin es gehen sollte!)

- Nein, das war nicht klar.

(Ralph Sterck [FDP]: Es ist bloß nachher alles wieder infrage gestellt worden!)

- Ach, Herr Sterck. Sie wissen ganz genau, dass wir uns an einem Wochenende zusammengesetzt haben und dass wir noch einmal einen Workshop veranstaltet haben. Ihren Antrag haben Sie vorher gestellt. Jetzt lassen Sie mich bitte zu Ende reden.

Ich möchte gerne darauf eingehen, warum ich auch den jetzigen Zeitpunkt nicht für richtig halte.

(Lachen von Ulrich Breite [FDP])

- Ich erkläre es Ihnen gerne. - Jetzt haben wir ein anderes Problem. Wir haben nicht mehr das Problem, dass das Areal nicht verkauft werden kann oder die Ausschreibung noch nicht fertig ist, sondern wir haben das Problem der liegenschaftlichen Bewertung der Flächen, die der Messe gehören bzw. an denen sie ein Erbbaurecht hat. Viele, die hier im Rat sitzen, zumindest diejenigen, die im Messeaufsichtsrat sitzen, wissen - der Oberbürgermeister als Vorsitzender des Aufsichtsrates kann das sicherlich bestätigen -, dass darüber gestritten wird. Ohne diese Grundstücksbewertung kann weder eine Entwicklungsgesellschaft noch die Stadt ausschreiben. Erst wenn wir dieses Problem gelöst haben, können wir da auch weitermachen. Deshalb ist das jetzt nicht das geeignete Mittel, um dieses Verfahren zu beschleunigen. Wenn ich glaubte, dass das so beschleunigt werden könnte, würde ich das gerne mittragen.

Ich möchte noch einmal auf die grundsätzliche Gründung von Entwicklungsgesellschaften zurückkommen. Herr Sterck, Sie hatten das ja ausgedehnt auf Deutz, Clouth und andere. In Ihrem Antrag - ich habe ihn zunächst nicht so aufmerksam gelesen, aber Herr Frank hat mich gerade darauf aufmerksam gemacht - schreiben Sie: Die Anteile an dieser Gesellschaft liegen zunächst ausschließlich bei der Stadt Köln. Ich denke, wir haben eine Gesellschaft, bei der die Anteile nicht ausschließlich bei der Stadt Köln liegen. Wenn ich eine neue Gesellschaft gründen wollte, würde ich eine zu 100 Prozent städtische Gesellschaft bilden.

(Karl Klipper [CDU]: Das haben wir ja gesagt: erst eine Gründung!)

- Was regen Sie sich denn so auf? Lassen Sie mich doch zu Ende reden. - Denn es geht nicht darum, dass wir irgendwelche Private einbinden wollen, sondern es geht einzig und allein darum, ob wir einer solchen Gesellschaft zutrauen, diese Gebiete schneller zu entwickeln. Auch ich tendiere langsam dazu, zu glauben, dass wir durch Ausgründung in eine Entwicklungsgesellschaft eine solche Entwicklung beschleunigen können. Ich denke da beispielsweise an das Clouth-Gelände und könnte mir sehr gut vorstellen, dass man sich dort einem solchen Gedanken nähern kann. Nicht aber in diesem Fall. Ich glaube, hier ist das falsche Instrument.

Ich möchte unseren Wirtschafts- und Liegenschaftsdezernenten bitten, zu erklären, woran es wirklich hapert, warum das so lange dauert. Es kann nicht sein, dass die Ratsfraktionen sich darüber den Kopf zerbrechen, aber es trotzdem nicht weitergeht. Was tut denn die Verwaltung in dieser Sache? Danke schön.

(Karl Klipper [CDU]: Da habe ich eine Zwischenfrage, Frau Moritz!)

- An mich?

(Karl Klipper [CDU]: Ja!)

- Bitte.

Karl Klipper (CDU): Frau Moritz, wir haben im StEA des Öfteren gehört, dass die europaweite Ausschreibung von Grundstücken dieser Größenordnung bis zu 15 Monate gedauert hat. Ist Ihnen bekannt, dass eine private Organisation wie die, die die letzten drei Grundstücke im Rheinauhafen vermarktet, für den ganzen Prozess von Anfang bis Ende, das heißt, bis zur Vergabe und dem Notartermin, nur sechs Monate gebraucht hat?

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Wir, die StEA-Sprecher, waren zusammen in Duisburg. Deswegen erzähle ich hier auch keine Geheimnisse.

(Karl Klipper [CDU]: Das war eine private Reise! Sag' das direkt!)

Dort haben wir uns die Entwicklungsgesellschaft Innenhafen Duisburg und auch die Entwicklung der Innenstadt Duisburg angeschaut. Dort gibt es ja einen Masterplan. Übrigens haben wir alle das selbst bezahlt - nicht dass hier irgendwelche Missverständnisse aufkommen.

(Karl Klipper [CDU]: Genau so ist es!)

Wir haben denen dort die gleiche Frage gestellt, nämlich: Wie lange braucht ihr? Die sind tatsächlich etwas schneller, aber nicht entscheidend. Die Stadt Köln braucht ein Jahr, Duisburg braucht ein Dreivierteljahr. Wenn das der einzige Grund für die Gründung einer Entwicklungsgesellschaft wäre, wäre das zu wenig. Es müssten schon noch ein paar Gründe dazukommen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Allein der Gründungsprozess dauert ein halbes Jahr! - Gegenruf von Karl Klipper [CDU]: Ach! Nur wenn Sie das machen!

Herr Frank, Sie sind für eine GmbH mit einem halben Jahr dabei!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Moritz. Herr Ludwig, bitte.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Sterck, Sie haben eben darauf verwiesen, dass das in Rede stehende Grundstück jetzt eine Brache ist. Andere nennen das den teuersten Parkplatz der Bundesrepublik. Das hat aber nichts damit zu tun, dass das Gelände von der Stadt verwaltet wird, sondern das ist das Ergebnis der Art und Weise, wie dieses Grundstück aufgekauft wurde. Das, was beabsichtigt war, hat nicht richtig funktioniert. Deshalb ist es egal, in welchen Händen die Entwicklung des Geländes liegt. Das ist das Ergebnis der Beschlüsse, die Sie hier mitgetragen und daher auch zu verantworten haben. Die Probleme haben insofern wenig mit dem Fehlen einer Entwicklungsgesellschaft zu tun.

Es wird Sie nicht verwundern, dass wir gegen die Gründung dieser Gesellschaft sind, sowohl zum jetzigen Zeitpunkt als auch zum einem anderen Zeitpunkt. Denn mit der Gründung einer GmbH werden unsere Mitbestimmungsmöglichkeiten als Stadt, als Rat verringert. Wenn das Grundstück auf diese Entwicklungsgesellschaft übertragen würde, gäbe es für uns weniger Möglichkeiten, einzugreifen, den Prozess zu steuern. Wir sind der Meinung, dass sich eine solche Entwicklungsgesellschaft vorrangig von Investoreninteressen leiten lässt. Wir sind auch nicht der Meinung, dass eine solche Lösung besonders kostensparend ist. Zunächst einmal würde sie Kosten verursachen, nämlich indem man einen Geschäftsführer und einen Vorstand bestellen müsste. Wir wenden uns eindeutig dagegen. Das wird keine Vorteile haben, sondern nur unsere Möglichkeiten beschneiden.

Sie müssen sich schon die Frage stellen, ob dadurch real etwas verändert werden würde oder ob die Probleme bei der Vermarktung dieses Geländes nicht genereller Natur sind. Herr Klipper hat eben so getan, als könne man mit einer Entwicklungsgesellschaft gegen die wirtschaftliche Entwicklung steuern. Herr Klipper, wenn wir in eine Rezession abrutschen und die Investoren nicht mehr bereit sind, zu investieren, dann wird das auch durch eine ganz raffinierte Prozesssteuerung vieler Profis nicht verhindert werden können, dann wird man das Gelände nicht mehr

vernünftig anbieten können, einfach weil es nicht mehr so viele Investitionen geben wird. Eine Entwicklungsgesellschaft hilft da überhaupt nicht weiter.

Darüber, was eine Kommune tun muss, wenn unser Land in eine Rezession abgleitet, können wir uns im Rahmen einer anderen Debatte unterhalten. Aber es hilft gewiss nicht, wenn man nur GmbHs ausgründet. Man muss vernünftig ökonomisch gegensteuern und in Jobs und verbesserte Dienstleistungen investieren. Danke.

(Beifall bei Die Linke.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Streitberger, ich möchte Sie kurz fragen, wie Sie das Thema aus Ihrer Sicht beurteilen. Das ist ja vielleicht nicht ganz unwichtig.

(Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

- Ja, einer nach dem anderen. Zunächst der Dezernent für Stadtentwicklung, danach der Dezernent für Liegenschaften.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Moritz hat schon darauf hingewiesen, dass wir gemeinsam vor einigen Wochen in Duisburg waren und die dortige Entwicklungsgesellschaft, die mittlerweile nicht nur eine Entwicklungsgesellschaft für den Innenhafen, sondern eine Entwicklungsgesellschaft für die gesamte Innenstadt von Duisburg ist, besucht haben. Wir haben auch das Stadtplanungsamt Duisburg besucht. Deswegen haben wir beide Seiten in dieser Angelegenheit gehört. Natürlich differiert die Darstellung der einen Seite immer etwas von der Darstellung der anderen Seite. Aber unterm Strich würde ich sagen: Eine solche Entwicklungsgesellschaft kann eine gute Chance für diese Stadt sein.

Wir sind allerdings vonseiten der Verwaltung der Meinung - da bin ich mir mit dem Kollegen Dr. Walter-Borjans einig -, dass das jetzt für MesseCity kein gutes Instrument ist; denn im Grunde sind wir durch mit dem Thema MesseCity. Das wird sicherlich Dr. Walter-Borjans gleich noch einmal sagen. Wir haben zwar noch Hemmnisse, aber diese können nicht durch die Gründung einer Entwicklungsgesellschaft beseitigt werden. Ich persönlich bin der Auffassung, dass für das wirklich schwierige, weil wesentlich

differenziertere, und vom Rat entsprechend beauftragte Projekt Clouth eine solche Entwicklungsgesellschaft durchaus denkbar wäre.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. Herr Dr. Walter-Borjans. Haben wir die Leute? Geht es schneller?

Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans: Ich kann mich uneingeschränkt dem Kollegen Streitberger anschließen. All das, was eine Entwicklungsgesellschaft schneller erbringen könnte, geht in diesem Fall gerade nicht. Das ist das Problem. Ich stimme Bernd Streitberger zu: Da, wo es um parzellenweisen Verkauf und Entwicklung geht, wie es etwa beim Clouth-Gelände der Fall ist, sollten wir diesem Gedanken durchaus näher treten und uns konstruktiv und dezidiert damit beschäftigen.

Aber in diesem Fall hier verhält sich das etwas anders; denn - Herr Streitberger hat es schon gesagt - wir sind eigentlich durch. Der Grund dafür, warum wir jetzt nicht weiterkommen, ist ärgerlich. Ich möchte auch gerne, dass das viel schneller geht - das sage ich jetzt als Wirtschaftsdezernent; deswegen waren auch die früher gefassten Beschlüsse, diese Fläche freizuräumen, absolut richtig -, weil es dabei um eine Fläche zwischen der weltweit viertgrößten Messe und einem ICE-Bahnhof geht. Eine Stadt wie Köln muss die Möglichkeit haben, die wirtschaftliche Entwicklung auf einem solchen Grundstück voranzutreiben. Deswegen war es richtig, diese Fläche freizuräumen. Wir wissen, dass das, was dann gekommen ist, nicht irgendeine Strafe von oben oder sonst wo war, sondern dass uns zunächst die Vorgaben der UNESCO und dann auch die Entscheidungen des Oberlandesgerichts ein Stück weit zurückgeworfen haben.

In diesem konkreten Fall ist es so: Wir wären in der Lage, sofort auszuschreiben. Das will ich ganz klar sagen. Wir würden, was die Nordfläche, also die Fläche zwischen dem Bahnhof und der Messe, angeht, an einen Investor verkaufen wollen. Das hatten wir ja im Mai bzw. Juni 2007 auch schon vor. Das heißt, da würde uns eine Entwicklungsgesellschaft auch nicht weiterführen.

Wir können im Übrigen nicht auflagenfrei verkaufen, Frau Bürgermeister. Erstens schreibt das Baurecht hier eine maximale Bauhöhe von 60 Metern vor. Wenn wir das auflagenfrei machen würden, könnte ja jemand 120 Meter hoch

bauen. Zum Zweiten gehört uns die Hälfte dieser Fläche im Augenblick nicht. Das ist zwar Fläche der Stadt, aber sie ist bis 2022 in Erbpacht bei der Messe. Jetzt kann man sich überlegen, wie man an diese Fläche herankommt. Die Messe hat bezüglich des Rücknahmepreises definitiv höhere Erwartungen, als uns bisher gestattet ist. Wir müssen in diesem Punkt - das ist heute schon mehrfach angesprochen worden - sehr darauf achten, nicht irgendeinen Beihilfetatbestand zu schaffen. Ich sage ganz offen: Ich wäre gerne bereit, der Forderung der Messe aus vielerlei Gründen nachzukommen; denn ich glaube, der Gewinn, den die Stadt daraus hätte, wäre so groß, dass wir sogar die Forderung der Messe erfüllen könnten. Bislang sagen uns allerdings alle Rechtsanwälte, die wir damit beschäftigt haben, dass das nicht zulässig ist und wir uns damit in eine Situation begäben, die uns hinterher ziemlich sauer aufstoßen würde.

Aus diesem Grund sind wir im Moment in der Situation, dass wir nur über die Hälfte der Fläche verfügen können. Ich möchte hinzufügen: Wir können die Messe auch nicht anweisen, uns als beherrschender Gesellschafter die Fläche zurückzugeben, weil bei dieser Anweisung der Gesellschafter Stadt nicht mitstimmen dürfte. Die anderen 20 Prozent der Messeeigentümer würden in diesem Punkt den Interessen der Stadt nicht nachkommen. Das kann man ziemlich deutlich sagen. Als jemand, der das in den Gremien der Messe auch einmal etwas intensiver mitbekommen hat, kann ich das nur unterstreichen. Ich weiß, dass das alle anderen auch tun könnten.

Im Südteil der Messe kommen wir weiter. Dafür interessiert sich ein großes Unternehmen. Da sind wir dabei. Wir haben eine Reservierung bis Ende des Jahres vorgenommen und können das Gelände auflagenfrei zu einem gutachterlich festgestellten Betrag verkaufen. Es kann sein - das kündige ich jetzt schon einmal an -, dass diese Reservierung möglicherweise noch ein Stück weit geschoben werden muss. Wir sind jetzt in den wirklich letzten Gesprächen. Aber ob das zum 31. Dezember so festgelegt werden kann, weiß ich noch nicht. Tatsache ist aber, dass wir, wenn dieses Unternehmen sich für einen anderen Platz entschiede, in der Lage wären, sofort auszuschreiben.

Das heißt, all das, was beschleunigt werden könnte, würde mit einer Entwicklungsgesellschaft, die für sich noch Zeit brauchen würde, um überhaupt auf die Beine zu kommen, nicht schneller gehen. Das mag bei anderen Projekten anders sein. Aber in diesem Fall kann ich nur

sagen: Es ist richtig, dass wir jetzt so verfahren, wie wir verfahren: den Süden möglichst auflagenfrei zu einem justiziablen, richtigen Preis zu verkaufen und loszulegen, oder, wenn das scheitert, auszuschreiben und den Norden in dem Moment auszuschreiben, wenn wir mit der Messe zu einer Einigung kommen. Diese Einigung ist allerdings im Augenblick noch nicht in Sicht.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. Herr Klipper, noch einmal.

Karl Klipper (CDU): Herr Walter-Borjans, bei der ganzen Sache stellt sich doch die Frage, wie wir das Optimale für die Stadt Köln herausholen können. Wenn man rechnet: Quadratmeterpreise bzw. Bruttogeschossfläche plus Grundstückswert plus Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen, kann man von einer Größenordnung von 400 bis 500 Millionen Euro ausgehen. Diese Summe ist allein für den nördlichen Teil aufzubringen. Die Umsetzung eines Projektes dieser Größenordnung in Köln können deutschlandweit höchstens drei oder vier Unternehmen stemmen.

Deswegen stellt sich - das war auch ein Grund für unseren Vorschlag, eine Entwicklungsgesellschaft zu gründen - die Frage, ob es nicht sinnvoller ist, Baufeld für Baufeld, ähnlich wie wir es im Rheinauhafen gemacht haben, einzeln auszuschreiben, zu entwickeln und auch zu vermarkten. Ich glaube, wir bekommen in diesem Fall eine viel größere architektonische Vielfalt, einen städtebaulich viel interessanteren Bereich und - das halte ich für sehr wichtig - viel mehr Interessenten, die selber investieren. Ähnlich haben wir es im Rheinauhafen gemacht und konnten damit neue Unternehmen anziehen. Ich glaube, auch das spricht für die Entwicklungsgesellschaft; denn das war und bleibt sehr schwierig.

Ich erinnere noch einmal daran: Wir haben sechs Jahre lang - Herr Walter-Borjans, ich bin glücklich, dass das endlich vom Tisch ist - um diesen verdammten Millionacker gekämpft. Wir haben für diese Immobilie jedes Jahr 400 000 Euro in den Sand gesetzt, ohne dass wir etwas gemacht haben. Vonseiten der Verwaltung - ich spreche jetzt nicht von Ihnen - wurden immer wieder Punkte angeführt, warum das nicht ging, aber einen Lösungsvorschlag gab es nie. Deswegen sage ich Ihnen: Ich bin selig und dankbar dafür, dass diese Belastung für die Stadt endlich weggefallen ist.

Ich denke, es wäre besser, die Umsetzung dieses Projekt einer Gesellschaft zu übertragen, deren Vermarktungsprofis das Risiko abschätzen und die wirtschaftliche Entwicklung übernehmen können. Mithilfe einer solchen Gesellschaft könnten wir einen viel höheren Wert erzielen, als wenn das von der Verwaltung vergeben würde.

(Michael Zimmermann [SPD]: Herr Klipper, das hat doch gerade der Profi gelöst!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Der Stadtentwicklungsausschuss hat ja den Beschluss gefasst, dass Sie das prüfen sollen. War das, was die Herren Beigeordneten hier dazu gesagt haben, jetzt die Antwort, oder bekommen wir noch mehr zu erfahren?

Es ist natürlich schon ärgerlich, wenn hier gesagt wird: Der Antrag ist in 2005 gestellt worden, aber er kam zur falschen Zeit. 2007 ist der Antrag im StEA behandelt worden, aber auch das war zur falschen Zeit. Jetzt, in 2008, sagen Sie: Es ist eigentlich schon zu spät. Sie erwecken hier den Eindruck, als wäre man schon so weit. Ich habe diese Quizfrage schon einmal in einer der letzten Ratssitzungen gestellt, nämlich: Wann rechnet die Verwaltung damit, dass die Bagger anrollen können? Die Antwort lautete: am 28. Februar. Dann ging es nur noch um die Frage, in welchem Jahr. Also, nach Planung der Verwaltung sollen am 28. Februar 2012 die Bauarbeiten dort beginnen. Von heute an gerechnet sind das dreieinhalb Jahre. Das ist das „ehrgeizige“ Ziel der Verwaltung. Und da sagen Sie, eine Entwicklungsgesellschaft könne das Tempo nicht beschleunigen!

Ich habe eben schon dargestellt, dass es erfolgreiche Projekte gibt, bei denen es mit einer privatwirtschaftlichen Institution besser gelaufen ist. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass wir darüber diskutiert haben, wie schnell wir die Domtreppe fertig stellen lassen können und ob wir bis 2012 ein Provisorium brauchen. Da hat die Verwaltung gesagt: Das können wir bis zum Papstbesuch nur schaffen, wenn wir das extern vergeben; das schaffen wir als Verwaltung nicht. In diesem Fall aber halten Sie jetzt fest an diesem Grundstück und wollen alles selber machen. Ich finde, dreieinhalb Jahre sind schon sehr viel Zeit. An dieser Zahl, 28. Februar 2012 -

das gebe ich hiermit zu Protokoll -, werden Sie sich messen lassen müssen, ob dann wirklich die Bagger dort stehen.

Ich hätte gerne von der Verwaltung die Auskunft, wann wir auf den Prüfauftrag des Stadtentwicklungsausschusses eine ordentliche Antwort bekommen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Bitte schön, Herr Kollege Streitberger. Die Frage, die Herr Sterck gestellt hat, war doch nicht rhetorisch gemeint; ich war mir erst nicht ganz sicher.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Ich habe ja auch versucht, der Antwort auszuweichen. - Die Frage geht an Sie zurück, Herr Sterck: Haben Sie den Beschluss dabei?

(Ralph Sterck [FDP]: Habe ich dabei!)

Können Sie mir den einmal zeigen? Ich bin mir nämlich nicht sicher, ob wir zu diesem Thema einen Beschluss gefasst haben.

(Ralph Sterck [FDP]: Doch!)

Wenn es einen Beschluss gibt, müssen wir uns entsprechend verhalten. Das ist klar. Aber nach meiner Wahrnehmung gibt es keinen Beschluss. Es gab nur einen Antrag, der immer wieder verschoben wurde.

Ralph Sterck (FDP): Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 8. März 2007:

Die Verwaltung möge dem Stadtentwicklungsausschuss darstellen, welche Organisationsformen der Projektentwicklung innerhalb oder außerhalb der Verwaltung geeignet erscheinen, um für den Bereich des Gebietes ICE-Terminal Messe/Deutz folgende Ziele zu erreichen ...

Herr Streitberger, diesen Beschluss werde ich Ihnen jetzt feierlich übergeben. Es ist schade, dass Sie ihn in Ihren Unterlagen nicht haben.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Da das nicht der Fall ist, lasse ich jetzt über den Antrag von CDU und FDP abstimmen. Wer dafür ist, bitte ich um das

Handzeichen. - Das sind die antragstellenden Fraktionen CDU und FDP, Herr Dr. Müser und Frau May. Gibt es Gegenstimmen? - Bei der SPD, den Grünen, pro Köln, der Linken und von mir. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.3 auf:

**2.1.3 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend
„Gewalt bei Fußballspielen“
AN/1866/2008**

Es spricht Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Gewalt ist nicht nur kein legitimes Mittel politischer Auseinandersetzungen, sondern Gewalt hat auch bei Sportveranstaltungen nichts verloren. Wenn in der 1. Bundesliga die Mannschaften gegeneinander antreten, ist es an der Tagesordnung, dass die Polizeieinsätze eine Dimension haben, als würde pro Köln zu einem Anti-Islamisierungskongress einladen. Da ist eine große Zahl von Menschen auf den Beinen. Wenn das Ganze aber in den Ligen darunter stattfindet, wenn also die Kreisliga spielt und die Fans in eher überschaubarer Zahl zusammenkommen, sind im Regelfall kaum Polizisten vor Ort und wird nur ein geringer Aufwand betrieben. Oftmals ist es den Fanbetreuern der Vereine überlassen, die eigene Anhängerschaft dazu anzuhalten, sich im Zusammenhang mit den Sportereignissen doch bitte friedlich zu verhalten.

Seit Neuestem gibt es jedoch - das ist bereits bundesweit leider seit etlichen Monaten zu beobachten - ein Phänomen, das mit solchen Ansätzen überhaupt nichts mehr erreicht werden kann. Da werden Spieler entweder selbst gewalttätig oder Dritte unternehmen gezielte Angriffe, wobei insbesondere die Schiedsrichter im Fokus dieser Angriffe stehen. Das war unlängst bei einem Spiel der Fortuna der Fall. Dieses musste abgebrochen werden, weil der Schiedsrichter von Spielern der Gegenmannschaft angegriffen worden ist. Er hatte Entscheidungen getroffen, die die Spieler nicht akzeptieren wollten. Also haben sie kurzerhand auf den Schiedsrichter so lange eingepregelt, bis es nicht mehr möglich war, das Fußballspiel fortzusetzen. Im Umland hat es noch weit dramatischere Jagdszenen gegeben. Da wurde ein Fußballspieler auf dem Fußballplatz mit einem Teleskopschlagstock zusammengeprügelt. Es hat etliche Minuten gedauert, bis Polizeibeamte vor Ort waren, die sich in der Lage sahen, zu intervenieren. Die Täter wurden

dann dingfest gemacht, allerdings erst nach einer wilden Verfolgungsjagd, weil unmittelbar bei dem Spiel keine Polizei vor Ort war, sie musste erst herbeitelefoniert werden.

Meine Damen und Herren, das ist eine ganz gefährliche Entwicklung, die sich da abspielt. All das hat mit Sport selbstverständlich überhaupt nichts zu tun. Bei der Stadt Köln liegt deshalb nach unserer Überzeugung ein Mandat, hier initiativ zu werden, indem sie alle Beteiligten an einen Tisch holt und mit ihnen redet. Es muss klargemacht werden, dass der Staat auch bei Fußballspielen in dieser Kategorie Präsenz zeigt, um in Zukunft Schlimmeres zu verhüten.

Vor allem eines muss verhindert werden: Während wir es im Profisport nicht nur mit hoch motivierten und sehr gut bezahlten Spielern, sondern auch mit hoch motivierten Schiedsrichtern zu tun haben, die Entschädigungen erhalten, die sich sehen lassen können, für die es sehr attraktiv ist, ein Bundesligaspiel zu pfeifen, haben wir es in der Kreisliga mit Schiedsrichtern zu tun, die Opfer bringen müssen, um ihre Aufgabe im Dienste des Fußballsports erfüllen zu können. Gäbe es solche Menschen nicht, die sich darauf einließen - sie könnten ja auch zu Hause bleiben, weil sie sich sagen: das ist uns zu riskant, ein Spiel in der Kreisliga zu pfeifen -, hätte das zur Folge, dass der Fußball als Sportart in Deutschland systematisch austrocknen würde. Denn eine Fußballerkarriere beginnt ja nicht in der Bundesliga, sondern drei Etagen tiefer. Wenn wir einen Prozess zulassen, bei dem systematisch Schiedsrichter verschreckt werden, bei dem eine Hemmschwelle aufgebaut wird, die Entscheidung zu treffen, ob sie ein bestimmtes Spiel pfeifen oder lieber nicht, nehmen wir sportbegeisterten jungen Menschen die Möglichkeit, sich hochzuarbeiten.

Ganz am Rande sei erwähnt, dass es natürlich bestimmte Fußballmannschaften gibt, mit denen es häufiger Schwierigkeiten gibt als mit anderen. Im Diskussionsforum hat ein Spieler der Fortuna - Sie finden das Zitat in der Begründung zu unserem Antrag - alles Erforderliche dazu gesagt und dabei auch immer die Spielregeln der Political Correctness beachtet. Hier soll natürlich keine ethnische oder kulturelle Fixierung irgendeines Übels stattfinden, aber zweifellos müssen unterschiedliche Mentalitäten berücksichtigt werden.

Meine Damen und Herren, denken Sie einmal über diese Situation nach. Überlegen Sie, inwieweit die Stadt Köln hier etwas unternehmen kann, um für Besserung zu sorgen. Sie könnten

es sich einfach machen und unserem Antrag zustimmen, aber das bringen Sie sicherlich nicht übers Herz. Ich hoffe aber, dass es noch andere Möglichkeiten gibt, diesen Missständen im Fußballsport konstruktiv und sinnvoll entgegenzuwirken.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Der Vorsitzende des Sportausschusses, Herr Wolf, bitte.

Manfred Wolf (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn man ein Herz für den Sport hat, fällt es wirklich schwer, zu diesem Antrag das Wort zu ergreifen. Aber ich glaube, man darf zum vorliegenden Antrag nicht schweigen oder ihn einfach so stehen lassen. Das Gerede von Herrn Rouhs ist das eine, aber wenn man den Antrag liest, stellt man fest: Er verhüllt unter dem Deckmantel der Besorgtheit kaum noch den Ausländerhass und den Rassismus, zeigt aber auch die fehlende Informiertheit von PK. Ich möchte hier einmal ganz platt sagen: Dieser Antrag widert mich an.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen und Die Linke.Köln)

Nicht nur der Antrag und seine Begründung enthalten sachliche Fehler - wie den schon aus der Presse bekannten Brief an einen Toten oder das Spieldatum; an diesem Tag hat das Spiel gar nicht stattgefunden -, nein, der Schiedsrichter, dessen türkische Herkunft hier ganz still verschwiegen wird, wurde auch nicht „zusammengeschlagen“, was allerdings den Spielabbruch nicht harmloser macht. Aber das sollten wir doch der Entscheidung der Sportgerichtsbarkeit überlassen. „Zusammenschlagen“ hört sich natürlich viel dramatischer an, aber das ist gelogen.

Ich möchte zum Schluss noch kurz aus einem Brief des Präsidenten von Fortuna Köln zitieren:

Herr Rouhs, sicherlich ist es Ihnen entgangen, dass Hans Löring bereits vor einigen Jahren verstorben ist.

- An ihn war der Brief gerichtet. -

Hätte ich gewusst - was ich stark bezweifle -, dass Sie beim Spiel Fortuna Köln II gegen Ataspor Porz als Zuschauer dabei gewesen waren, hätte

ich Ihnen in meiner Eigenschaft als Präsident Platzverbot erteilt.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen und der Linken.Köln)

Weiter schreibt der Präsident:

Ich bitte Sie, mich und Fortuna niemals mehr anzuschreiben und das Wort „Fortuna“ nie mehr in den Mund zu nehmen, weil das eine Beleidigung ist für mich und alle Fortunen. In der Fortuna fühlen sich Kinder, Jugendliche, Damen und Herren aus 30 Nationen pudelwohl.

Ich kann nur sagen: Vielen Dank, Klaus Ulonska! Ihnen danke ich fürs Zuhören.

(Beifall bei der FDP, der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen und Die Linke.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Wolf. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Wolf, falls tatsächlich in unserem Antrag respektive in dessen Begründung irgendetwas Böses, Ausländerfeindliches stehen würde, warum sind Sie dann nicht in der Lage, das hier zu zitieren? Das ist doch ein Ansatz, der sich permanent wiederholt. Mir ist am vergangenen Samstag vorgehalten worden: Wenn man den Rouhs da vorne so reden hört, glaubt man, der hat Kreide gefressen, der sagt ja gar nichts Radikales. Dann hockt die Gegnerschaft da, ein Teil der Journalisten miteingeschlossen, und wartet verzweifelt darauf, dass endlich der böse Wolf herausgelassen und irgendetwas Fieses, Rassistisches geäußert wird. Wenn das nicht der Fall ist, dann sagen Sie: Na ja, das ist alles nur Staffage. Das ist ein Argument, Herr Wolf, das man systematisch nicht widerlegen kann und mit dem man auch gegen jeden anderen hier im Kölner Rat vorgehen könnte.

Nebenbei bemerkt: Ich habe natürlich keine E-Mail an einen Toten geschrieben. Der entsprechende Familienname taucht in Köln und Umland mehr als einmal auf. Genau unter diesem Namen ist in Dormagen eine Person quicklebendig. Vielmehr habe ich eine E-Mail beantwortet, die unter diesem Familiennamen an mich gesandt worden ist. Ich hatte keinen Anlass zu der

Annahme, dass sich hier irgendjemand für einen Verstorbenen ausgibt. Solche Namen sind landläufig. Wenn daraus ein Wortspiel gemacht wird, ist das im Kern schlichtweg lächerlich.

Es geht mir auch nicht darum, die Fortuna für pro Köln zu vereinnahmen. Das wäre ja auch völlig unsinnig. Es ist doch klar, dass unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen überhaupt kein Fußballverein gut daran täte, sich in die Nähe einer kleinen, verfehmten Oppositionsformation zu begeben. Am letzten Wochenende hat man ja gesehen, wie es einem ergeht, wenn man so etwas macht und sich in dieser Form engagiert. Wenn dort jemand von einem großen Fußballklub aufgetreten wäre, hätte er ja überhaupt keine Möglichkeiten mehr. Deswegen sehe ich dem Vereinspräsidenten derartige schriftliche Äußerungen durchaus nach. Sollten sich die politischen Verhältnisse einmal ändern, sind das wahrscheinlich die Ersten, die es andersherum betreiben, die dann über die schlimmen Verhältnisse in dieser Zeit jetzt schimpfen werden.

Es ist, meine Damen und Herren, immer das alte Spiel. Wir äußern uns an keiner Stelle ausländerfeindlich. Das einzige, von dem Sie im ungünstigsten Fall behaupten können, dass es möglicherweise xenophobe Untertöne enthält, ist das ausführliche Zitat in der Begründung, das ein Fußballspieler der Fortuna, der von dem Vorgang selbst betroffen war, im Fortunen-Forum geschrieben hat. Sie räumen zwar ein, dass ein Schiedsrichter geschlagen worden sei, behaupten aber, das sei kein Zusammenschlagen gewesen, denn er konnte ja hinterher noch auf beiden Beinen vom Platz gehen. Also wirklich, Herr Wolf. Das sind doch unsinnige Haarspaltereien. Ein Schiedsrichter wurde durch Spieler einer der beiden Mannschaften, die da aufgelaufen sind, geschlagen, und das hat zum Abbruch des Spiels geführt. Das ist ein ungeheuerlicher Vorgang.

Hier keinen Handlungsbedarf zu erkennen, lässt wirklich ein Talent sichtbar werden, nämlich das Talent zum Wegschauen. Machen Sie auf Dauer bitte nicht weiter so. Bis wir in der Lage sind, solche Themen mit anderen Ratsmehrheiten durchzusetzen, wird es viel zu lange dauern, als dass man übergangshalber derartige Fehlentwicklungen ohne weiteres hinnehmen kann.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer dafür

ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das von der großen Mehrheit des Rates abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1.4 auf:

2.1.4 Antrag von Ratsmitglied Herr Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) betreffend „Haushaltsführung“ AN/1862/2008

Stellungnahme der Verwaltung 4129/2008

Ich bitte Herrn Dr. Müser, das Wort zu ergreifen.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir befinden uns im Jahr eins nach dem Haushaltssicherungskonzept, jedoch nur, weil die Rechnungslegung von kameral auf doppisch umgestellt wurde. Bereits das HSK hatte die Handlungsmöglichkeiten der Stadt erheblich eingeschränkt. Der drohende Nothaushalt, der im Raum stand, hätte sie geradezu zum Erliegen gebracht. Diese Erfahrung haben wir also gerade gemacht.

Der Ihnen vorliegende Antrag soll sicherstellen, dass dies nicht noch einmal passiert. In diesem Zusammenhang ist es schon sehr verwunderlich, wenn die Verwaltung in ihrer Stellungnahme zu dem Antrag darstellt, dass eine Verringerung der Schulden keine weiteren Handlungsspielräume außer die auf den Zinsaufwand bezogenen zulässt. Jede Bank erwartet den fortlaufenden Nachweis eines Liquiditätspolsters, wenn man einen Kredit haben möchte. Die Verwaltung ignoriert diese Faktenlage mit ihren Ausführungen.

(Martin Börschel [SPD]: Unerhört!)

- Genau, Herr Börschel. - Je geringer die Schulden, desto höher die Kredite. Das weiß jede Hausfrau. Ich denke, das sollte man beachten. Das zeigt natürlich auch den Zusammenhang auf zu den Handlungsspielräumen, die man hat.

Natürlich kann man eine Finanzplanung über einen Zeitraum von 10 oder 20 Jahren aufstellen. Ich habe dutzendweise solche Pläne zu Hause liegen. Sie bilden die solide und seriöse Grundlage von vielen investiven Entscheidungen. Dass hierzu auch eine Betrachtung von Unwägbarkeiten gehört, Herr Börschel, ist selbstverständlich. Schließlich habe ich in meinem Antrag extra aufgeführt, dass es eine Grobplanung geben sollte, die einen längeren Zeitraum umfasst und die

dann bezogen auf die mittelfristige Finanzplanung zu konkretisieren ist.

Es bleibt die Erfahrung: Wenn man gar nicht erst das Ziel ins Auge fasst, Schulden abzubauen, wird man dieses Ziel in der Regel auch nicht erreichen. Setzen wir uns also das Ziel, in zehn Jahren 30 Prozent der Schulden abzubauen. Dann können wir uns freuen, wenn wir 25 Prozent erreichen. Das wäre immerhin ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Richtig liegt die Verwaltung mit Ihrer Ausführung, dass auch die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen mit einbezogen werden müssen. Apropos, Herr Kämmerer, Sie wollten - ich glaube, das war ein Beschluss, der im Frühjahr dieses Jahres gefasst wurde - eine Übersicht über alle anstehenden Ausgaben der Stadt anfertigen, insbesondere bezogen auf die anstehenden weiterführenden Ausgaben, die Betriebskosten usw. Jetzt sind wir im Herbst. Die Frage ist: Wann können wir diese Ausgabenübersicht erwarten?

(Stadtkämmerer Peter Michael Soénius:
Wir haben die Jahreszahl nicht genannt!)

- Da kommen wir wieder zu dem berühmten Punkt, dass Sie die Jahreszahl nicht genannt haben. Das ist natürlich schon sehr erhellend.

In dieser Woche konnte man in der Presse einen Kommentar lesen, dass es entlang der Rheinschiene mittlerweile zu einer Anhäufung kommunaler Einrichtungen der Hochkultur gekommen ist, sprich: Philharmonien, Kammermusiksälen und Ähnlichem, sodass mittlerweile Kannibalisierungseffekte zu befürchten sind. Bei einem Gespräch mit dem Landschaftsverband haben wir erfahren, dass die Anzahl der Museen im Rheinland von 120 auf mittlerweile über 400 angewachsen ist und dass den Städten irgendwann die Leute, die diese Museen besuchen sollen, ausgehen werden.

Solche Gesichtspunkte wie auch andere Fragen der Wirtschaftlichkeit, wie zum Beispiel die Betriebskosten, sind bisher bei der Investitionsentscheidung nie erörtert worden. Es ist also höchste Zeit, dass dies für eigenbetriebsähnliche Einrichtungen - dazu gehört natürlich auch die Oper - endlich einmal in Angriff genommen wird.

Meine Damen und Herren, nach einem wirtschaftlichen Aufschwung folgt ein Abschwung. Selbst Herr Klipper hat in seinen Ausführungen zur Projektgesellschaft MesseCity rezessive Tendenzen in der Wirtschaft erkannt. Wenn

selbst Herrn Klipper das auffällt, dann wird es für Deutschland tatsächlich gefährlich.

(Zurufe bei der SPD: Oh! - Jochen Ott
[SPD]: Sie reden uns in die Krise!)

Lassen Sie uns also dafür sorgen, meine Damen und Herren, dass diese Stadt nicht in eine Kostenblase hineinrennt, die ihr in Zeiten des Abschwungs den Atem nimmt. Vielen Dank.

(Karl Klipper [CDU]: Darf ich Ihnen eine Frage stellen, Herr Müser?)

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Gerne.

Karl Klipper (CDU): Herr Dr. Müser, ist Ihnen die Entwicklung bekannt, dass wir in der Zeit vom 31. Dezember 2005 bis heute - bei der letzten Finanzausschusssitzung haben wir die genauen Zahlen - sowohl bei den kurzfristigen als auch bei den langfristigen Verbindlichkeiten die Schulden um 0,5 Milliarden Euro abgebaut haben? Das bedeutet, dass wir Ihre Zielsetzung jetzt schon zu 50 Prozent erfüllt haben. Damals hatten wir ungefähr 250 bis 300 Millionen Euro kurzfristige Kassenkredite.

(Martin Börschel [SPD]: Herr Klipper, lassen Sie dem Pohl auch noch etwas! - Jochen Ott [SPD]: Der Pohl wollte noch reden!)

- Ach so, es folgt noch ein weiterer Redner. Ich wollte einfach nur die Frage stellen.

(Heiterkeit)

Ich bitte um Entschuldigung, Stephan. Aber diese Frage hätte ich gerne erst beantwortet.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Herr Klipper, ich nehme das gerne auf. Ich entnehme Ihrem Redebeitrag, dass Sie das als absolut problemlos ansehen und somit dem Antrag zustimmen werden. - Herr Klipper, ich würde es schon nett finden, wenn Sie mir auch zuhören, wenn ich Ihnen auf Ihre Frage antworte.

(Karl Klipper [CDU]: Das haben Sie doch schon!)

- Legen Sie nun Wert auf die Beantwortung Ihrer Frage oder ist Ihnen das egal? Ansonsten würde ich jetzt aufhören.

(Karl Klipper [CDU]: Ja, natürlich!)

Herr Klipper, ich entnehme Ihren Bemerkungen, dass Sie glauben, es sei ganz leicht, innerhalb von vier oder fünf Jahren dieses Ziel des totalen Schuldenabbaus zu erreichen; dann können Sie ja meinem Antrag locker zustimmen. Dagegen spricht überhaupt nichts. Ich bin gespannt, wie Sie gleich abstimmen werden. Danke.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke, Herr Dr. Müser. Jetzt folgen die Redebeiträge. Herr Pohl macht es gleich vom Platz aus, weil ein Teil seiner Rede ja schon vorweggenommen wurde.

Stephan Pohl (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In der Tat, Karl Klipper hat ein bisschen von meiner Rede vorweggenommen, aber das macht nichts. Insofern kann ich mich relativ kurz halten.

Herr Dr. Müser, dies vorweg: Es wird Sie sicherlich nicht überraschen, dass wir Ihren Antrag natürlich ablehnen werden, allerdings nicht aus dem Grund, dass Schuldenfreiheit bzw. eine größere Schuldenabtragung kein tolles und erstrebenswertes Ziel ist, ganz im Gegenteil. Aber Ihr Antrag dazu ist unrealistisch, aus der Hüfte geschossen und führt keineswegs so zum erstrebten Ziel.

(Zuruf von Dr. Martin Müser [Kölner Bürger-Bündnis])

- Wir sind ja auf dem richtigen Weg, Herr Dr. Müser. Zudem müssen Sie Ihren OB-Wahlkampf schon alleine führen. Den führen wir nicht für Sie mit.

(Beifall bei der CDU)

Wie bereits in der Stellungnahme der Verwaltung ausgeführt, suggerieren Sie mit Ihrem Antrag, dass in den Fragen Schuldentilgung und Konsolidierung des Haushaltes nichts getan worden ist. Dies ist natürlich nicht richtig. Denn zum einen sind die Altschulden seit Anfang 2004 bis Ende 2007 um gut 130 Millionen Euro auf immer noch zugegebenermaßen imposante 2,435 Milliarden Euro zurückgeführt worden. Zum anderen gehören allerdings auch die Kassenkredite von mehreren Hundert Millionen Euro bereits der Vergangenheit an; denn inzwischen wird ja sogar Geld angelegt. Daher lehnen wir Ihren Antrag ab und verweisen auf die umfangreiche Stellungnahme der Verwaltung. Wir sind auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Pohl. Herr Börschel, bitte, für die SPD-Fraktion.

Martin Börschel (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Müser, Sie sind ja als Mitstreiter im Finanzausschuss ein geschätzter und engagierter Kollege. Trotzdem muss ich ein Fazit vorweg ziehen: Ihr Antrag ist ein reiner Show-Antrag und kein ernsthafter Beitrag zur Lösung eines politischen Problems. Ich will das auch gerne begründen.

Richtig ist - damit will ich beginnen -: Schulden sind nichts Gutes, und es wäre besser, man hätte keine. Das ist überhaupt keine Frage. Ich glaube, dieser allgemeinen Überlegung kann der gesamte Rat hier zustimmen. Aber - da treten wahrscheinlich die Unterschiede insbesondere zu den voreilig jubelnden Kolleginnen und Kollegen der FDP deutlich zutage -: Das Ziel des Schuldenabbaus ist kein absolutes, sondern man muss es gegen andere Ziele abwägen. Das setzt wiederum eine sorgfältige Analyse voraus. Diese, Herr Dr. Müser, bleiben Sie sowohl in Ihrem Antrag als auch in Ihrem Redebeitrag schlicht und einfach schuldig. Deswegen ist es kein ernsthafter Beitrag zur Lösung eines politischen Problems.

(Beifall bei Teilen der SPD)

In der Kürze der Zeit kann ich das Problem nur ganz kurz erläutern.

Erstens. Kommunen sind strukturell unterfinanziert. Das ist unser eigentliches Problem. Die Ausgaben steigen immer mehr, sie werden immer komplexer, aber das Geld wird eben nicht mehr. Deswegen hat der Rat wiederholt und mehrfach gesagt, dass Bund und Länder endlich aufhören müssen, sich zulasten der Kommunen zu sanieren. Es ist doch vollkommen klar, dass das eigentliche Ziel ist, das man erreichen muss. Ich kann hier nur noch einmal zum Besten geben, was wir im Finanzausschuss schon häufiger gemeinsam diskutiert haben: Allein die Summe, die sich aus Aufgabenübertragungen ohne ausreichende finanzielle Mittel ergibt oder aus Kürzungen, die die Landesregierung seit 2005 zulasten Kölns vorgenommen hat, summiert sich mittlerweile Jahr für Jahr auf 100 Millionen Euro. Jedes Jahr!

(Jochen Ott [SPD]: Pfui!)

Solange sich diese Situation nicht ändert, werden wir dieses strukturelle Unterfinanzierungsproblem haben. Deswegen muss unsere gemeinsame Forderung zwingend sein: Wir brauchen endlich eine kommunale Finanzreform,

(Beifall bei Teilen der SPD und Die Linke.Köln)

eine Gemeindefinanzreform, die den Namen auch verdient. Das richtet sich übrigens an jede Landesregierung, egal, welcher Couleur, und an jede Bundesregierung, egal, welcher Couleur. Das ist ein sich durch die Jahre und Jahrzehnte ziehendes Problem, dem sich die Bundes- und Landespolitikerinnen und -politiker endlich stellen müssen.

Solange diese Gemeindefinanzreform durchgreifend nicht kommt - damit komme ich zum zweiten Aspekt -, haben wir eben nur zwei Möglichkeiten, um sozusagen mit eigenen Kräften dieses Problems irgendwie Herr zu werden. Diese zwei allgemeinen Lösungsmöglichkeiten, die wir haben, sind zunächst Binsenweisheiten; denn - das ist wiederum der richtige Teil Ihrer spärlichen Analyse - das Ganze geht nur, wenn wir entweder die Einnahmen erhöhen oder die Ausgaben reduzieren. So einfach ist die Angelegenheit.

Kommen wir zunächst zu den Einnahmen, die erhöht werden müssen. Wir könnten erstens - da werden die Kolleginnen und Kollegen der Linken bestimmt besonders sorgfältig zuhören und es wahrscheinlich begeistert aufnehmen - die Gewerbesteuer erhöhen. Das will aber eine deutliche Mehrheit hier in diesem Rat nicht. Also trägt dieser Lösungsansatz für die richtige Problemanalyse nicht. Wir könnten zweitens Vermögen verkaufen. Da sind wir aber schon beim ersten eingemachten Punkt: Herr Dr. Müser, Sie müssen ehrlich sein und dem Rat und der geneigten Öffentlichkeit auch sagen, was Sie da wollen. Denn unsere kommunalen Unternehmen dienen entweder der Daseinsvorsorge oder sie machen eine gute Rendite oder es trifft beides zu. Das heißt, spätestens dann sind wir betriebs- und volkswirtschaftlich in der Situation, dass eine pauschale Forderung nach Verkauf von kommunalen Unternehmen, ohne dass konkrete Gründe im Einzelfall dafür sprechen, schlicht und einfach politisch, betriebs- und volkswirtschaftlich dumm ist. Deswegen darf man das auch nicht fordern.

(Beifall bei der SPD)

Und dies nur am Rande: Wenn der Rat der Stadt Köln hier mit einer breiten Mehrheit beschlossen hat, beispielsweise Anteile des Flughafens möglicherweise erwerben zu wollen, und wenn es jetzt gelungen sein sollte, diesem Ziel ein Stück näher gekommen zu sein, dann werden wir - lassen Sie uns doch so ehrlich sein - ein solches Ziel nur erreichen, wenn gerade unsere städtischen Unternehmen uns in dieser Angelegenheit helfen, also wenn beispielsweise der Stadtwerkkonzern Köln da eine Rolle übernimmt. Das ist doch vollkommen klar. Herr Dr. Schmitz als Vertreter der Geschäftsführung der Stadtwerke sitzt ja nicht ohne Grund hier, um sich immer mal wieder im Rat anzuhören, was sein Aufgabenträger und sein Eigentümer von ihm und seiner Gesellschaft erwartet.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Um mit den eigenen bescheidenen Kräften Ziele zu erreichen, muss man sich deswegen - so viel in aller Kürze - auch dem zweiten möglichen Element zuwenden, nämlich der Ausgabenkürzung. Da geht es ein zweites Mal ans Eingemachte, Herr Kollege Dr. Müser. Um das Ziel Ihres Antrags zu erreichen - das hat die Verwaltung dankenswerterweise auch in die Stellungnahme zu Ihrem Antrag geschrieben -, müssten jedes Jahr 80 Millionen Euro erwirtschaftet, also eingespart werden, und zwar zusätzlich zu dem, was bisher schon passiert. Ich darf Sie daran erinnern, dass es uns durch die so stark umstrittene Kienbaum-Analyse gerade einmal gelungen ist - dies wurde übrigens mitunter auch von Ihnen kritisiert -, durchschnittlich 10 Millionen Euro pro Jahr zu erwirtschaften. 10 Millionen Euro pro Jahr hat dieses Kienbaum-Gutachten gebracht. Sie wollen stattdessen 80 Millionen Euro on top erreichen. Darauf sage ich Ihnen, Herr Dr. Müser: Seien Sie so ehrlich, fair und mutig und sagen Sie den Kölnerinnen und Kölnern, wie Sie das erreichen wollen, wo Sie kürzen wollen, und tun Sie hier nicht so, als sei das auf einfache Art und Weise erreichbar.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in dankenswerter Klarheit in der letzten Finanzausschusssitzung zum Besten gegeben, welche Mittel und Methoden Ihnen dazu einfallen. Sie wollen die dringend notwendige Sanierung der Kölner Flora nicht nur mit einem Kostendeckel versehen - übrigens, darüber waren sich ja alle politisch relevanten Kräfte einig -, sondern sagen, das ist mir immer noch zu teuer. Sie kehren stattdessen den geschichtslosen Gesellen heraus und sagen, im Zweifel reißen wir das Ding lieber ab und bauen irgendeinen

Schuhkarton dorthin. Herr Dr. Müser, das ist Ihre Politik, die Sie für Köln vorhaben. Sagen Sie das den Kölnern ehrlich. So kann man sparen - da haben Sie recht -, aber kulturlos.

(Beifall bei der SPD)

Lange Rede, kurzer Sinn: Herr Dr. Müser, solange Sie die Anträge im Grunde hinschmierern - mit einer allgemeinen Zielformulierung, ohne jede Analyse, ohne jede wirkliche Begründung, ohne einen ehrlichen Lösungsansatz für die Kölnerinnen und Kölner - und nicht sagen, woher diese enorme Summe kommen soll, ist Ihr Antrag unseriös. Deswegen können wir dem selbstverständlich nicht zustimmen. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Börschel. Herr Breite, bitte, für die FDP.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich musste mir jetzt mehrere Minuten lang anhören, warum es nicht geht, beim Kölner Haushalt zu sparen. Aber Wege aufzuzeigen, wie man sparen kann, das hat mir bei aller Kritik an diesem Antrag ein bisschen gefehlt.

(Martin Börschel [SPD]: Das muss doch der Antragsteller machen!)

- Nein, Herr Börschel, ich bin der Meinung, die Zielführung, die Herr Dr. Müser hier verfolgt, ist schon wichtig.

(Martin Börschel [SPD]: Woher wollen Sie die 80 Millionen pro Jahr nehmen?)

- Herr Börschel, wir haben dazu eine Konzeption.

(Martin Börschel [SPD]: Nein!)

- Sie können unserem Zehnpunkteprogramm entnehmen, wie wir städtisches Vermögen aktivieren, um diesen Haushalt zu sanieren.

Wir sind der Meinung, der Weg, den Düsseldorf gegangen ist, ist richtig. Diesen Weg wollen auch wir einschlagen.

(Zurufe bei der SPD: Aha!)

Es wäre schön, wenn wir dazu kommen. Sie können sicher sein, Herr Börschel, dass wir dieses Ziel auch im Wahlkampf vertreten werden.

(Jochen Ott [SPD]: Bitte, bitte! Mehr davon!)

- Das haben wir letztes Mal auch so gemacht und sind sehr erfolgreich gewesen. - Wir sind der Meinung, dass die Düsseldorfer einen richtigen Weg gegangen sind. Das wünschen wir uns auch für Köln. Das möchte ich hier sagen.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP])

Ich bin nicht der Meinung, dass wir hier in Köln auf einem guten Weg sind, wenn wir bei guter Steuerertragslage im Haushalt 2009 ein Defizit von über 100 Millionen Euro verabschiedet haben. Das kann es ja wohl nicht sein, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deshalb finde ich die Zielrichtung von Herrn Müser richtig, auch wenn sie nur einen Schuldenabbau von 30 Prozent innerhalb von zehn Jahren vorsieht. Das wären ja nur 3 Prozent pro Jahr. Aber noch nicht einmal das traut sich die Mehrheit des Rates zu. Ich bin der Meinung, wir müssten noch größere Schritte machen. Aber ich bin froh, dass wir Liberalen nun noch einen weiteren Verbündeten haben. Auch der Regierungspräsident ist ja ein Verbündeter. Das konnte man ja seinen Äußerungen zur Verabschiedung des Doppelhaushaltes ganz deutlich entnehmen.

In der Begründung der Verwaltung sind drei Punkte angeführt, die mir doch zu denken geben. Hier steht - ich darf zitieren, Herr Oberbürgermeister -:

Eine andere theoretische Möglichkeit besteht natürlich darin, den Schuldenabbau durch Vermögensverkauf zu realisieren.

Das ist nicht nur eine theoretische, sondern auch eine machbare Möglichkeit. Die Mehrheit lehnt das ab. Aber wir sind hier nicht in der Theorie; das möchte ich hier deutlich machen.

Dieser Weg sollte nach Auffassung der Verwaltung aber nicht beschritten werden.

(Martin Börschel [SPD]: Nach Auffassung des Rates auch!)

- Okay. -

Er dient nicht zur nachhaltigen Haushaltssanierung.

(Jochen Ott [SPD]: Die Kosten steigen doch später! Wir zahlen nachhaltig viel

mehr drauf! - Weiterer Zuruf von Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen])

Dem muss ich widersprechen. Auch diejenigen, die eine andere Auffassung haben, müssten dem widersprechen. Selbstverständlich dient das Aktivieren von Vermögen, um die Verschuldung herunterzuführen, der nachhaltigen Haushaltssanierung.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich sehe in Düsseldorf eine nachhaltige Haushaltssanierung. Ich finde es schön, dass sich die Sozialdemokratie hier in Köln darüber aufregt, im Bund aber einen Herrn Steinbrück hat, der uns deutlich zeigt, wie man einen Haushalt saniert. Man sieht, wie er darum kämpft,

(Beifall bei der FDP)

die Verschuldung zurückzuführen. Daran sollte die Kölner Sozialdemokratie sich ein Beispiel nehmen.

(Josef Müller [CDU]: Da hat er recht!
Wo er recht hat, da hat er recht!)

Weiter heißt es dann - ich zitiere erneut -:

Aus Sicht der Verwaltung ist ein derart schneller Abbau der langfristigen Verschuldung weder realistisch, noch kann er im Interesse der Stadt liegen.

Ich bin der Meinung, es liegt im Interesse der Stadt, wenn wir aufgrund höherer Steuereinnahmen durch die Gewerbesteuer die Verschuldung zurückführen können. Es muss doch im Interesse der Stadt liegen, durch Schuldenabbau weniger Schulden zu haben. Darum kann ich diese Begründung hier nicht verstehen.

Die Verwaltung sagt weiter:

Grundsätzlich ist zur Antragsbegründung anzumerken, dass aus Sicht der Verwaltung die Ausführungen und Hinweise des Regierungspräsidenten zur Haushaltssatzung der Stadt Köln ein falsches Bild der Realität vermitteln.

Das ist eine Kritik am Regierungspräsidenten,

(Ralph Sterck [FDP]: Der Aufsichtsbehörde!)

- an der Aufsichtsbehörde -, und das können wir auch nicht mittragen.

Ich bin der Meinung, Sie haben hier ein realistisches Bild gebracht. Wir hatten über Jahre hinweg eine hervorragende Einnahmensituation - Herr Klipper hat es angesprochen - und konnten deshalb eine halbe Milliarde Euro im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes einsparen. Jetzt, wo wir diesem nicht mehr unterliegen, hätten wir die Chance, diese hervorragende Einnahmensituation zu nutzen, um die Schulden abzubauen.

Was aber haben Sie in diesem Dreierbündnis gemacht? Sie haben noch Schulden angehäuft und damit ein noch höheres Defizit geschaffen. Im Jahr 2009 geht die Planung von über 100 Millionen Euro aus. Das sieht meiner Meinung nach nicht danach aus, dass man 3 Prozent Schuldenabbau schaffen wird. Wir wollen noch mehr schaffen. Darum stimmen wir dem Antrag zu. Wir würden zwar gerne noch weiter gehen, aber das ist schon einmal der richtige Schritt in die richtige Richtung. Das, was die Verwaltung uns hier dargelegt hat, halte ich, gelinde gesagt, für unverständlich. So kann man mit einem Antrag nicht umgehen und sagen: Schuldenabbau ist nicht im Interesse der Stadt Köln. Andersherum wird ein Schuh daraus. Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Breite. Herr Ludwig, bitte.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Herr Dr. Müser, manchmal haben Sie extrem neoliberale Zuckungen. Ich kann mir das nicht so richtig erklären. Die Linke hat nicht so dramatisch viele Gemeinsamkeiten mit der Verwaltung, was den städtischen Haushalt angeht. Aber in dieser Antwort der Verwaltung finden sich doch einige ökonomischen Binsenweisheiten, die Sie sich einmal zu Gemüte führen sollten.

Schuldenabbau in einer Höhe, wie Sie ihn vorschlagen, führt eben nicht zu mehr Handlungsspielraum für die Kommunen, sondern zu weniger. Das geht aus der Antwort der Verwaltung deutlich hervor. Gerade in einer Situation, wo wir uns einer Rezession gegenübersehen, wäre es absoluter Wahnsinn, in verschärftem Maße Schulden abzubauen und damit jeden Handlungsspielraum der Kommune, steuernd einzugreifen, aufzuheben.

Ich verstehe nicht ganz, was Sie da geritten hat. Aber Sie finden offensichtlich ein paar Fans in dieser Frage. Vielleicht können Sie auch in der

Oberbürgermeisterfrage ein bisschen näher zusammenrücken. Denn es ist ja eigentlich nicht nötig, dass zwei harte Neoliberale zur OB-Wahl antreten.

Herr Börschel hat schon einiges zum Thema gesagt. Ganz klar ist: Die Kommunen müssen grundsätzlich besser ausgestattet werden. Die Finanzkrise der Kommunen kann hier zwar angepackt werden, aber sie kann von dieser Stadt nicht gelöst werden. Das ist ganz einfach so. Da können Sie sich verbiegen, da können Sie Schulden abbauen, da können Sie neue Kredite aufnehmen - ohne eine bessere Ausstattung der Kommunen, ohne die Rücknahme der Umverteilung von Bund und Land zulasten der Kommunen wird sich hier nichts Grundlegendes ändern; es sei denn, das hat Herr Börschel dankenswerterweise auch schon angesprochen, wir verbessern wir Einnahmemöglichkeiten der Kommunen oder erhöhen die Gewerbesteuer.

Allerdings gibt es in der Antwort der Verwaltung auch wieder die in den letzten Monaten üblichen Beruhigungspillen, wie gut schon alles sei. Das stimmt natürlich nicht mit der Realität überein. Wir sehen uns möglicherweise einer tieferen oder einer in die Länge gezogenen Rezession gegenüber. Es wird einen Einbruch bei den Gewerbesteuereinnahmen geben. Es wird einen Anstieg der Kosten der sozialen Krise geben und somit zu einer Verschärfung der finanziellen Krise der Kommunen, also auch der Stadt Köln kommen. Wir können also nicht sagen: Weiter so wie bisher!

Die Linke steht ganz klar gegen jede Kürzung bei den Sozial-, Kultur-, Sport- und anderen Ausgaben. Also: Es müssen die Gelder mobilisiert werden. Es muss der Kampf für eine andere Ausstattung der Kommunen geführt werden. Es muss unserer Meinung nach jetzt, wo noch Gewerbesteuern fließen, der Weg beschritten werden, über eine Erhöhung der Gewerbesteuer noch mehr Gelder zu mobilisieren, um die Kommune so auszustatten, dass sie im Wirtschaftsabschwung eingreifen kann, dass sie Jobs schaffen kann - korrekte Jobs, von denen man leben kann - und dass sie die Dienstleistungen verbessern kann. Das ist ein kleines Mittel, um im Falle eines ökonomischen Abschwungs gegenzusteuern. Vielen Dank.

(Beifall bei Die Linke.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Mir liegen noch drei Wortmeldungen vor, und zwar von Herrn Klipper, Herrn Frank und Herrn Dr. Müser.

Karl Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Ich bin heute Morgen geschockt worden; das muss ich ehrlich sagen. Diesen Punkt kann man auch nur an dieser Stelle anbringen, weil es um die Finanzen dieser Stadt geht. Im *Express* habe ich gelesen, dass bei der Zusatzversorgungskasse - ZVK - durch Ausleihungen rund gerechnet 6 Millionen Euro verbrannt worden sind. Da es sich hierbei um im Umlagefahren erhobenes Geld zur Unterstützung der Mitarbeiter der Verwaltung handelt, werden diese 6 Millionen Euro höchstwahrscheinlich durch die Arbeitgeber zu ersetzen sein.

Herr Oberbürgermeister, ich habe die Bitte, dass derjenige, der hierfür verantwortlich ist, nämlich der Stadtdirektor, jetzt Stellung dazu nimmt bzw. heute diesbezüglich eine Mitteilung vorlegt; denn 6 Millionen Euro sind kein Betrag, der nebenbei zu zahlen wäre. Ich habe gehört, dass das Vermögen bei ungefähr 0,5 Milliarden Euro liegt. Der Stadtdirektor muss sich hier auch anrechnen lassen - ich habe das eben aus der Pressemitteilung der Finanzverwaltung entnommen -, dass es ganz strikte Vorgaben gibt. Sie dürfen nur Ausleihungen tätigen, die durch den Einlagensicherungsfonds gesichert sind. Zu dieser Differenz von 6 Millionen Euro, die im Endeffekt zulasten der Steuerzahler geht, hätte ich von dem Verantwortlichen - das ist Herr Stadtdirektor Guido Kahlen - natürlich gerne eine Stellungnahme.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Im Moment ist er allerdings nicht hier. Wenn er im Hause unterwegs ist, hört er ja irgendwo mit und wird dann sicher gleich kommen.

(Martin Börschel [SPD]: Diese Frage gehört auch nicht gerade zur Tagesordnung! - Karl Klipper [CDU]: Doch! Es geht um die Finanzen!)

Vielleicht kann ich aber schon einmal in der Rednerliste weitergehen. Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Herr Klipper, Sie haben jetzt einen Einwurf gemacht, der eigentlich nicht unmitteilbar zu diesem Tagesordnungspunkt passt.

(Karl Klipper [CDU]: Doch! Es geht um die Finanzen!)

Dazu gibt es im Übrigen eine Erklärung der Verwaltung;

(Walter Grau [CDU]: Dazu nicht!)

ich weiß nicht, ob Sie sie kennen. - Ich will aber zum Thema sprechen.

Herr Müser, in Bezug auf Ihren Antrag besteht das Problem, dass Sie ständig - ständig! - relativ naive Vorschläge machen, die eine Art populäre Wirkung erzeugen sollen, dass Sie aber die Antwort schuldig bleiben, wenn es darum geht, wie es denn nun mit Ihrer Form der Entschuldung laufen soll.

Ich habe ohnehin den Eindruck, dass das Thema der Verschuldung der Stadt eher dazu benutzt wird, daraus eine Art populistische Linie zu machen - wobei interessant ist, dass beide Fraktionen, die sich jetzt darauf bezogen haben, Antworten schuldig bleiben, wenn es ums Eingemachte geht.

Im Finanzausschuss ist Herr Breite diesbezüglich ja immer ein Wortführer. In einem anderen Ausschuss, nämlich im Kulturausschuss, ist sein dortiger Kollege allerdings derjenige, der ein Projekt nach dem anderen durchjagen will und vor lauter Geldausgeben gar nicht mehr zurande kommt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Ich würde vorschlagen, in der FDP vielleicht einmal eine einheitliche Fraktionsmeinung herzustellen;

(Ulrich Breite [FDP]: Haben wir!)

denn so kann es auch nicht gehen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Müser ist das Spiegelbild. Er geht eher vor wie ein kleiner Taliban und will gleich alles abreißen.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei pro Köln sowie bei Teilen der SPD)

Das ist die Mixtur, die wir haben. Insgesamt muss ich sagen: Beides taugt nicht für praktische Politik - absolut nicht. Damit kann man die Stammtische bedienen - und da auch nicht mehr alle, weil die Leute dort teilweise auch schlauer werden.

Von daher sind solche Themen eher belastend. Sie rauben Zeit. Zuerst hatte ich auch gedacht, dass es vielleicht sinnvoll wäre, im Finanzausschuss einmal darüber zu diskutieren. Das hat aber wenig Sinn; denn Sie sind an dieser Stelle

kein bisschen lernfähig. Dafür will ich nur zwei Beispiele nennen.

Das erste Beispiel bezieht sich auf Herrn Breite. Die Verwaltung hat einen Haushaltsvorschlag für 2009 mit etwa 100 Millionen Euro Defizit eingebracht. Das Haushaltsbündnis hat ihn nicht erhöht, weil wir unsere Vorschläge auch mit Deckungsvorschlägen versehen haben. Das haben wir im Finanzausschuss auch ausgeführt. Daher fällt der Stein nicht auf die Haushaltsmehrheit zurück, sondern bestenfalls auf die Verwaltung. Auch gegenüber der Verwaltung konnten Sie in Ihren Vorschlägen aber keine Maßnahmen nachweisen, mit denen Sie das Defizit auf null bringen. Das wäre für uns ja interessant gewesen; denn man möchte doch immer klüger werden.

Das zweite Beispiel passt eher zu der These von Herrn Müser, aber auch zu der von Herrn Breite, weil ja beide Vermögen aktivieren wollen. Zumindest Herr Breite müssten noch die unrühmliche Geschichte und das schämliche Ende des GAG-Verkaufs bekannt sein. Wenn diese Dinge damals so durchgeführt worden wären, wäre der daraus gewonnene Verkaufserlös im Haushalt schon längst verfrühstückt. Von Nachhaltigkeit keine Spur! Wir wären genauso weit wie jetzt auch, hätten aber eine der für die Stadtentwicklung, für die Sozialpolitik und auch für das Vermögen der Stadt wichtigsten Gesellschaften verloren.

Das bedeutet, dass bei diesem Wortgeklingel insgesamt nichts im Sieb bleibt.

Die Verwaltungsmitteilung zu Ihrem Vorschlag enthält ja eine entscheidende Passage. Dort wird nämlich ausgeführt, dass für eine Ihren Vorstellungen entsprechende Sondertilgung ungefähr 80 Millionen Euro aufgebracht werden müssten.

Ich würde gerne einmal von Ihnen wissen, wie Sie diese 80 Millionen Euro einsparen wollen. Wo möchten Sie denn gerne kürzen? Bitte sagen Sie das doch einmal, damit man sich auch über die Feinheiten unterhalten kann und weiß, welche Zumutungen Sie den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt denn feilbieten wollen. Das wäre eine Debatte, die praktisch gewendet ist.

Die anderen Dinge, die Sie in naiver Form in Ihre Anträge schreiben, sind eher etwas für die Stammtische und rauben letztendlich nur Zeit. Deshalb kann zum Schluss nur eine Ablehnung Ihres Antrages stehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Dr. Müser, bitte.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist schon sehr erstaunlich, wie sich die verschiedenen Redner hier mit ihren Argumenten inhaltlich gegenseitig widersprechen, ohne dass sie es merken.

Fangen wir einmal mit Herrn Klipper an, der hier zum Besten gibt: Wir haben kein Problem damit, jährlich 500 Millionen Euro Schulden abzubauen.

(Karl Klipper [CDU]: Das gibt es ja nicht! Hat er überhaupt zugehört?)

Direkt danach sagt Herr Pohl: 80 Millionen Euro sind nicht möglich. - Sie sollten sich erst einmal innerhalb Ihrer Fraktion abstimmen, damit klar ist, wer von Ihnen beiden denn in der Lage ist, hier das Richtige darzustellen.

(Karl Klipper [CDU]: Nein! Sie müssen erst einmal zuhören, lieber Herr Müser!)

Entweder ist es möglich, Herr Klipper, oder es ist nicht möglich. Beides gleichzeitig ist aber schwierig.

(Andreas Köhler [CDU]: Zuhören!)

Nächster Punkt: Herr Börschel, Sie haben hier auf der einen Seite die strukturelle Unterfinanzierung angeführt. Das ist natürlich richtig. Darum geht es aber doch gar nicht - es sei denn, Sie wollten die Schulden der Stadt Köln erhalten, um argumentativ gegenhalten zu können: Wir sind ja schon so verschuldet; wir können diese strukturelle Unterfinanzierung nicht weiter tragen. - Das heißt: Sie benutzen das nur als Argument gegenüber dem Land, um keine weiteren Belastungen zu bekommen.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

- Herr Börschel, es gibt aber doch keinen Kausalzusammenhang zwischen der bestehenden Verschuldung und der strukturellen Unterfinanzierung.

Des Weiteren haben Sie mir vorgeworfen, ich stelle hier nicht dar, wie man das Ganze denn erreichen könne; das sei alles nur reiner Populismus. Auf der anderen Seite haben Sie allerdings selber zitiert, dass ich in der letzten Sitzung des

Finanzausschusses klargestellt habe, wie ich mir das unter anderem vorstelle.

Während Sie dort gesagt haben: „Bevor wir Schulden abbauen, legen wir uns lieber ein Schmuckstück zu“, habe ich darauf hingewiesen, dass wir auf die Wirtschaftlichkeit achten müssen. Sie haben ausgeführt: Die Wirtschaftlichkeit ist mir egal. Wir wollen dieses Historisierende erhalten. Dafür legen wir auch ruhig mehr Geld hin. Wir sind überhaupt nicht daran interessiert, eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung anzustellen und zu vergleichen.

(Martin Börschel [SPD]: Quatsch, Herr Müser!)

- Das waren Ihre Worte. Da war ich ein Stück weit ehrlicher.

Herr Frank, was weitere Kompensationen angeht, kann ich Ihnen auch direkt eine Antwort geben. Seit es uns gibt, seit 2004, machen wir entsprechende Vorschläge. Beispielsweise wird sich Herr Professor Quander, der im Moment nicht hier ist, daran erinnern, dass wir bei seiner Amtsübernahme diejenigen waren, die gesagt haben: Den Museumsneubau am Neumarkt können wir uns nicht leisten.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Alles beschlossen!)

Damit kommen beträchtliche zusätzliche Betriebskosten auf uns zu. Das kann sich diese Stadt nicht leisten. - Wir haben also nie einen Hehl daraus gemacht, dass hier massiv in eine strukturelle Kostenfalle investiert wird, in die Köln hineinfließt, weil dort Betriebskosten auflaufen, die bis zum heutigen Tag noch nicht einmal vollständig budgetiert worden sind.

Wir haben weitere Projekte am Laufen - beispielsweise die Oper, wobei wir alle wissen, dass die Betriebskosten mindestens 50 Prozent höher sind als bei der alten Oper. Das ist auch noch nicht betrachtet worden.

Man kann uns alles Mögliche vorwerfen. Dass wir nicht den Mut hätten, von vornherein und auch an allen Punkten, an denen es wehtut, zu sagen, wo wir Notwendigkeiten sehen, Kostenstrukturen zu verändern, kann man uns aber wahrhaft nicht vorwerfen.

Von daher geht Ihre Argumentation, wir würden hier eine populistische Schiene fahren, absolut ins Leere, Herr Frank. Wir sagen an jedem Punkt, wo Kosten einzusparen sind, auch wenn

es wehtut. Wir sind auch bereit, das in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Herr Frank, wir haben das auch bezüglich der GAG gesagt. Da haben wir ebenfalls kein Blatt vor den Mund genommen - wohl wissend, dass wir uns damit mit Sicherheit keinen Popularitätspreis verdienen werden. Dass die Sache mit der GAG ein trauriges Kapitel war, ist bezogen auf den Ausgang richtig. Was der Verkauf der GAG und die dadurch generierten Einnahmen mit den Ausgaben zu tun haben sollen - an dieser Stelle geht es also um die Frage, ob man dann, wenn man Geld einnimmt, auch schon direkt die Ausgaben gegenüberstellen muss -, kann ich allerdings nicht verstehen.

Folgendes kann ich aber schon verstehen - das ist ein Punkt, an dem es richtig wehtut, Herr Frank; daher kommt auch meine Motivation -: Als ich in diesen Rat hineingekommen bin, gab es keinen einzigen Schulpsychologen mehr. Sie waren alle abgeschafft worden. Warum? Weil die Stadt Köln kein Geld mehr hatte.

(Jochen Ott [SPD]: Weil Herr Henseler sich nicht darum gekümmert hat!)

- Wer das war, ist ja ein anderer Punkt. Ich rede davon, dass es mir wehgetan hat. Mir hat es wehgetan, zu sehen, dass Kinder, die es nötig hatten, von der Stadt alleingelassen wurden, weil die Stadt kein Geld mehr hatte.

Das ist für mich die entscheidende Motivation. So etwas möchte ich nicht noch einmal erleben. Jetzt setzen wir wieder Stellen dazu. Derzeit geht es uns gut. Jetzt werden die Kinder wieder versorgt. Und in zwei, drei Jahren, wenn die Gewerbesteuererinnahmen, die in der mittelfristigen Finanzplanung ja erst einmal mit über 1 Milliarde Euro budgetiert wurden, wieder zusammenfallen, werden wir diese Schulpsychologen wieder entlassen. Dann werden die Ärmsten der Armen wieder darunter zu leiden haben. Dieses Auf und Ab der Haushaltsführung zulasten derjenigen, die es am nötigsten haben, ist meine Motivation. - Danke schön.

(Martin Börschel [SPD]: Wenn Sie 80 Millionen Euro einsparen wollen, müssen Sie die Schulpsychologen wieder entlassen! Sie persönlich müssen sie entlassen! Das ist doch unseriös! - Dr. Martin Müser [Kölner Bürger-Bündnis]: Nein, überhaupt nicht! Dann habe ich doch das Geld, um sie zu beschäftigen!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Vielleicht könnt ihr diese Diskussion draußen fortsetzen.

Herr Stadtdirektor, eben hat Herr Klipper eine Anfrage an Sie gerichtet. Hatten Sie Gelegenheit, seinen Wortbeitrag mitzuhören? - Vielleicht können Sie dann kurz dazu Stellung nehmen.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Klipper, die ZVK hat gestern die Mitglieder des Kassenausschusses - das sind die Repräsentanten der an der ZVK beteiligten Unternehmen aus dem kommunalen Bereich - zu einer Sondersitzung morgen Nachmittag eingeladen.

Wir haben gestern auch die großen Unternehmen, die die ZVK tragen, entsprechend informiert.

(Karl Klipper [CDU]: Wer ist das denn?)

- Zum Beispiel die KVB und die AWB.

(Karl Klipper [CDU]: Der Stadtwerke-Konzern?)

- Auch aus dem Stadtwerke-Konzern. - Insofern haben wir, nachdem ich vorgestern Abend davon gehört hatte, gestern Abend die entsprechenden Informationen weitergegeben und gestern Abend auch den Oberbürgermeister informiert. - Dies zur Frage der Informationspolitik.

Morgen findet, wie gesagt, eine Sondersitzung statt, bei der wir mit den Kassenausschussmitgliedern die Situation erörtern und ihnen auch den neuesten Sachstand darstellen werden. Am 21. Oktober 2008 haben wir dann die nächste reguläre Sitzung. Sie können sicher sein, dass wir dort natürlich die Frage des Portfolios und auch die Frage der Anlagestrategie bei Neuanlagen diskutieren werden.

Wir haben 17,2 Millionen Euro Anlagen, die durch den Einlagensicherungsfonds gesichert sind. Äußerst bedauerlich ist, dass wir 6 Millionen Euro nicht durch den Einlagensicherungsfonds gesicherte Inhaberschuldverschreibungen bei einer niederländischen Tochter von Lehman Brothers und bei der Holding haben.

Ganz wichtig zu wissen ist aber, dass zum Zeitpunkt der Anlage, 2005 und 2007, Lehman Brothers und die Töchter mit A1 geratet waren. Das entspricht dem Rating deutscher Großbanken.

(Peter Sörries [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das ist der Glaube an das Rating!)

Diese Anlagestrategie ist im Kassenausschuss auch einvernehmlich akzeptiert worden.

Wie Sie wissen, haben wir das Ziel, für die betrieblichen Zusatzrenten bestimmte von den Tarifvertragsparteien festgelegte Margen zu erreichen. Weltweit haben viele Pensionskassen bei Lehman Brothers investiert. Dies stellte damals eine attraktive Anlageentscheidung mit einem angemessenen Ertragsergebnis dar, die dem Interesse der Versicherten entsprach.

Sie können an der Streuung sehen, dass wir diesen Bereich vom Risiko her als beherrschbar angesehen haben. Wir haben 6 Prozent Aktien und 10 Prozent Inhaberschuldverschreibungen. Hier handelt es sich um 1,2 Prozent des Anlagevolumens der ZVK, das sich insgesamt auf rund 0,5 Milliarden Euro beläuft. Bei diesen 6 Millionen Euro müssen wir jetzt sehen: Gibt es Kurswertberichtigungen? In welcher Größenordnung werden sie eintreten?

Die Anlagepolitik der ZVK ist auf Sicherheit und Ertrag ausgerichtet. 70 Prozent sind in den verschiedenen Formen durch den Einlagensicherungsfonds gesicherter Wertpapiere angelegt.

Die Anlageergebnisse der ZVK können sich mit den Anlageergebnissen guter deutscher Lebensversicherer messen lassen.

Die wichtigste Botschaft - sie ist heute Morgen schon im *Express* übermittelt worden, aber in gleicher Weise heute auch noch einmal durch den Geschäftsführer - lautet: Trotz dieser äußerst bedauerlichen Einbuße können die Versicherten der Zusatzversorgungskasse darauf vertrauen, dass die garantierten Leistungen nach wie vor sicher sind.

(Zuruf: Die Renten sind sicher?!)

Keiner muss sich um seine Altersversorgung Sorgen machen.

Deshalb glauben wir - so bedauerlich das Ganze ist -, die vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den Versicherten auch in der Zukunft erfüllen zu können. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Stadtdirektor. - Noch einmal Herr Klipper.

(Michael Zimmermann [SPD]: Haben wir nicht einen Tagesordnungspunkt Verschiedenes, Herr Oberbürgermeister?)

Karl Klipper (CDU): Sie werden mir schon gestatten, dass ich auch diesen Punkt anspreche, wenn wir hier über die Finanzen der Stadt diskutieren.

(Zuruf von Michael Zimmermann [SPD])

- Herr Zimmermann, lassen Sie mich meine Frage stellen, auch wenn es Ihnen unangenehm ist.

(Zurufe von der SPD)

Es wäre ja schön gewesen, -

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Kommen Sie jetzt bitte zu einer Frage.

Karl Klipper (CDU): - wenn der Stadtdirektor nicht nur der Presse gestern eine Mitteilung gegeben hätte, sondern auch uns heute in einer Ad-hoc-Mitteilung dargestellt hätte, wie die Situation aussieht.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte nicht, dass die mehr als 6 Millionen Euro, über die wir hier diskutieren und die im Endeffekt aus dem Steuersäckel, also von den Bürgern, zu zahlen sind, hier einfach weggehen.

(Zurufe von der SPD)

- Dazu können Sie ganz viel erzählen. Sie können ja gleich etwas dazu sagen.

Der zweite Punkt ist folgender: Herr Stadtdirektor, es gibt eine Mitteilung gegenüber der Presse von gestern, in der es um die kommunalen Geldanlagen der Stadt Köln bei Lehman Brothers geht.

Allerdings dürfen nach den entsprechenden städtischen Richtlinien vorübergehend nicht benötigte kurzfristige Finanzmittel bei Kreditinstituten nur im Rahmen der für das jeweilige Institut geltenden Wertgrenzen des Einlagensicherungsfonds angelegt werden. In diesem Punkt sind Sie Treuhänder des Geldes.

Ich frage Sie, warum Sie Anlagen machen, die nicht durch den Einlagensicherungsfonds gesichert sind.

Das ist der Punkt, um den es geht. Es geht mir nicht um das Rating. Darauf sind sehr viele hereingefallen. Wenn die Anlagen tatsächlich 2005 und 2007 vorgenommen worden sind, hätten Sie im Rahmen der Finanzkrisen in den letzten 15 Monaten schon längst darüber diskutieren können. Sie hätten sie vielleicht zurückgeben müssen.

Ich halte es für eine Vernachlässigung der Aufsichtspflicht, dass hier 6 Millionen Euro sozusagen in den Sand gesetzt worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich gebe Herrn Kahlen noch einmal das Wort zur Erwidern. Dann sollten wir die Fragerunde aber auch beenden.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Herr Klipper, zu Ihrer Frage: Erstens. Diese 6 Millionen Euro werden nicht vom Steuerzahler zu bezahlen sein. Die Aufgabenstellung ist durch die Tarifparteien festgelegt. Wir werden sehen, wie wir diesen - -

(Karl Klipper [CDU]: Dann zahlt es Ihnen der Stadtwerke-Konzern!)

- Falls dieser Verlust in dieser Größenordnung eintritt, werden wir sehen, wie wir diese Delle durch eine entsprechende Aktion wieder neutralisieren können.

Zweitens. Es handelt sich - dieser Punkt ist ganz wichtig - um unterschiedliche Anlagestrategien. Die Stadt muss kurzfristig Gelder anlegen. Eine Zusatzversorgungskasse, die betriebliche Renten abzusichern hat, muss langfristige Strategien gehen. Das heißt, dass sie auch langfristige Verabredungen treffen muss - durchaus über neun Jahre oder 22 Jahre.

(Karl Klipper [CDU]: 6 Millionen Euro!)

Wir haben die klare Aufgabe und bekennen uns auch dazu, dass wir im Rahmen beherrschbarer Risiken durchaus auch in der langfristig orientierten Anlagepolitik bei Neuanlagen unter Beachtung von Risikoaspekten renditestärkste Angebote auswählen. Wir haben uns im Lagebericht und im Wirtschaftsprüfungsbericht für das Jahresergebnis 2007 bei den entsprechenden Fragen nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz zu dieser Anlagepolitik bekannt, nämlich bei der Frage,

welche Maßnahmen die Institution ergreift, um auch die Ertragslage zu verbessern.

Diese Strategie haben wir in den letzten Jahren verantwortungsvoll getragen, und zwar auch im Konsens. Es gab auch niemanden, der im Mai 2005 oder im April 2007 den Eindruck gehabt hätte, es gebe Anhaltspunkte dafür, dass die Anlage bei Lehman Brothers nicht sicher sei. Es hat keinen gegeben. Im Übrigen haben auch zig Banken und andere Pensionskassen die gleiche Anlagepolitik gefahren, und zwar durchaus in wesentlich größeren Tranchen als wir.

Das bedeutet: Wir bekennen uns dazu, in einer verantwortungsvollen Anlagepolitik unter Beachtung der Risiken im Sinne von beherrschbaren Risiken auch renditestärkere Anlagen zu machen - gerade in Niedrigzinsphasen. Wir haben die Aufgabenstellung, die Betriebsrenten langfristig zu sichern, und zwar für einen großen Personenkreis. Deshalb haben wir eine andere Anlagestrategie als die Stadtverwaltung.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte doch einmal einige Sätze dazu sagen; denn diese Sitzung scheint völlig auszufern. Das Ganze erinnert mich schon eher an eine lockere Stammtischrunde.

(Jochen Ott [SPD]: Ja! Sehr gut! - Beifall bei der SPD)

Mir ist völlig neu, dass dieser Tagesordnungspunkt „Anlagepolitik der ZVK“ heißt.

Ich lese auch Zeitung. Man sollte mit diesem Thema aber wirklich seriös umgehen und erst einmal folgenden Fragen nachgehen: Wurden strategische Fehler gemacht? Wurde eine falsche Anlagepolitik gewählt? Oder ist man Opfer einer internationalen Finanzkrise, in deren Folge es natürlich auch Schäden gibt, die unter Umständen aber gar nicht absehbar waren? - Diese Fragen kann man hier nicht so spontan einwerfen, wenn man fundierte Antworten haben möchte.

(Karl Klipper [CDU]: Ich habe nach Informationen gefragt!)

Ich erwarte - ich denke auch, dass die Verwaltung diesem Wunsch nachkommen wird - eine sorgfältige Berichterstattung, die den zuständi-

gen Ausschüssen vorgelegt wird. Dort müssen wir uns dann auf Grundlage seriöser Fakten damit befassen.

(Karl Klipper [CDU]: Das werden wir tun, Herr Frank!)

Herr Oberbürgermeister, deshalb habe ich auch die Bitte an Sie, dass wir in der Tagesordnung fortfahren. Immerhin ist es schon spät genug.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Frank, wenn ich Ihnen jetzt nicht noch das Wort gegeben hätte, hätte ich genau das gesagt. Das ist genau der Punkt.

(Martin Börschel [SPD]: Herr Klipper macht hier eine Vorlesung, und Herr Frank darf nicht sprechen?!)

- Moment! Ich habe Herrn Frank jetzt zu Wort kommen lassen. Vorher hatte ich schon gesagt, dass wir die Fragerunde auch beenden sollten. Wenn Sie genau zugehört hätten, hätten Sie das mitbekommen. Ich wollte die Diskussion an dieser Stelle abbrechen, weil ich der Auffassung bin, dass das jetzt in den Ausschuss gehört. Die sollen erst einmal morgen tagen und dann entsprechend Bericht erstatten. Zu diesen Worten bin jetzt ich nicht gekommen, weil Herr Frank das gerade - quasi an meiner Stelle - sagen wollte. Nun hat er es gesagt. Damit sind wir uns aber auch einig, denke ich.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Zum Thema haben wir ja den Antrag von Herrn Dr. Müser. Darüber wollen wir jetzt abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Herr Dr. Müser und die FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Bei pro Köln. Damit ist dieser Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

2.1.5 Antrag von Ratsmitglied Frau May betreffend „Bildung einer Untersuchungskommission zur Aufklärung der Vorgänge um ‚Epoxidharzbeschichtungen von Trinkwasserleitungen‘ in der Stadt Köln“ AN/1896/2008

Stellungnahme der Verwaltung 4207/2008

Frau May, beim Lesen dieses Antrages könnte man natürlich wiederholt denken, dass es so et-

was wie eine Untersuchungskommission oder einen Untersuchungsausschuss geben kann. So etwas gibt es aber nicht. Das wissen Sie auch. Ich wollte es Ihnen nur sagen. Ich werde gleich auch Frau Bredehorst bitten, dazu Stellung zu nehmen, nachdem Sie - wenn Sie denn noch mögen - etwas zu Ihrem Antrag gesagt haben.

Petra May (Einzelmandatsträgerin): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich zitiere direkt, was die Verwaltung am Ende ihrer neuesten Stellungnahme schreibt:

Der Antrag von RM Frau May entbehrt nach Auffassung der Fachverwaltung jeglicher Grundlage.

Ich teile diese Rechtsauffassung nicht. Mit dieser Auffassung stehe ich auch nicht alleine. Meine Frage ist, warum die Fachverwaltung diese Auffassung vertritt, die sie an dieser Stelle zum Ausdruck gebracht hat.

Worum geht es hier? Es geht um Wasser. Wasser ist eine Lebensgrundlage. Deswegen ist Wasser in diesem Land ein besonders geschütztes Gut. Das ist alles in der Trinkwasserverordnung geregelt. Ich komme gleich dazu, um was für ein Wasser es sich hier handelt. Eines gebe ich Ihnen aber zu bedenken: Bitte überlegen Sie sich einmal ernsthaft, was Sie sagen würden, wenn aus Ihrer Leitung zu Hause das Wasser käme, das viele Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt nun in ihren privaten Haushalten haben.

Damit bin ich auch beim Thema. In Köln sind zwei große Wohnanlagen betroffen, und zwar zum einen der Wohnpark Weidenpesch und zum anderen eine Wohnanlage in Junkersdorf. Dort hat eine Rohrrinnensanierung mit Epoxidharz stattgefunden. Ich weiß, dass es sich dabei um ein kompliziertes und komplexes Thema handelt. Es ist aber ein wichtiges Thema.

Im Endeffekt geht es mir auch überhaupt nicht darum, wie man die von mir beantragte Institution nennt und ob man sie nun als Kommission oder als Arbeitskreis oder als Arbeitsgruppe bezeichnet.

In Weidenpesch befanden sich rote Partikel im Trinkwasser.

Nachdem in Junkersdorf eine Sanierung stattgefunden hatte, waren dort Legionellen im Wasser - woher auch immer sie kamen. Sie müssen sich doch der Bedeutung dieser bakteriellen Verseuchung bewusst sein. Nachdem die Legionellen-

verseuchung durch eine thermische Behandlung behoben worden war, fanden sich dort kritische Werte im Leitungswasser. Beispielsweise wurden die Grenzwerte für Bisphenol A um ein Mehrfaches überschritten. Dieses Bisphenol A stammt aus dem Epoxidharz, mit dem die Rohre saniert worden waren. Das heißt, dass dort vor Ort ein Problem besteht, das zu lösen ist.

Die Rechtsauffassung des Gesundheitsamtes kann ich nicht teilen. Hier gibt es ein Verfahren, das nicht zugelassen ist. Hier gibt es Betriebe, die nicht zertifiziert sind. Das Gesundheitsamt vertritt die Auffassung, das könne doch funktionieren. Ich halte das für eine gefährliche Auffassung. Das habe ich auch im Umweltausschuss gesagt. Dort wurden mir die Worte im Mund verdreht. Überlegen Sie sich einfach einmal Folgendes: Ein Auto fährt, egal ob es zugelassen ist oder nicht. Man kann theoretisch auch ohne Führerschein Auto fahren. Dabei kann eigentlich auch nichts passieren. Erlaubt ist das aber dennoch nicht. - Nach meinem Gefühl begibt sich die zuständige Fachverwaltung hier auf ein sehr unsicheres Rechtsgebiet.

Es wäre auch sehr schön gewesen, wenn mir gleich von der zuständigen Fachverwaltung geantwortet würde - und nicht von Frau Bredehorst, die in diesen komplexen Themen als Sozialdezernentin nicht unbedingt immer kundig ist.

(Unruhe)

Die betroffenen Bürger dieser Stadt bekommen als Mieter etwas eingebaut, was sie überhaupt nicht haben wollen und mit dem sie Probleme haben. Das ist der Punkt.

Zuständig ist laut Trinkwasserverordnung das Gesundheitsamt. Nach den §§ 18 bis 20 gibt es genügend Möglichkeiten, einzugreifen. Die Stadt Paderborn hat das übrigens gemacht. Offensichtlich haben wir in Nordrhein-Westfalen also unterschiedliche Rechtskreise.

Auch die verschiedenen Stadtwerke agieren bei diesem Thema unterschiedlich. Die Stadtwerke Karlsruhe haben ein Merkblatt herausgegeben, in dem auch das Thema Rohrrinnensanierung behandelt wird. Darin heißt es:

Weiterhin müssen die Fachfirmen ihre Qualifikation durch ein DVGW-Zertifikat ... nachweisen können, und das eingesetzte System zur Rohrrinnensanierung muss über eine DVGW-Zulassung ... verfügen.

Hier gibt es keinen Betrieb, der eine Zertifizierung hat, und das Verfahren ist nicht zugelassen. Andere Stadtwerke agieren anders. Andere Städte reagieren auch anders. Das ist jetzt mein Problem. Ich möchte gerne aufgeklärt haben, warum es in Paderborn anders ist, während wir so verfahren. Ich glaube, dass unsere Bürgerinnen und Bürger im Sinne von vorbeugendem Verbraucherschutz das gleiche Recht haben. Auch die Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger sind in der Trinkwasserverordnung geregelt.

Im Umweltausschuss habe ich schon die Erfahrung gemacht, wie mit diesem Thema - leider! - umgegangen wird. Daher weiß ich auch nicht, ob hier gleich eine Diskussion stattfindet oder ob man wieder zum nächsten Tagesordnungspunkt übergeht. Letzteres finde ich sehr undemokratisch. Am Anfang der heutigen Sitzung ist viel über Demokratie geredet worden. Gerade bei solchen Punkten, bei denen die Bürger sich nicht wehren können, wird manchmal in ziemlich undemokratischer Art und Weise verfahren. Herr Breite hat mitbekommen, wie mir die Worte im Mund verdreht worden sind. Unabhängig davon setze ich mich weiterhin für diese Bürgerinnen und Bürger ein.

Weil ich nicht weiß, wie dieser Rat sich gleich verhält, habe ich vorsichtshalber die Bezirksregierung eingeschaltet. Die Unterlagen liegen dort vor. Dieses Thema wird uns an anderer Stelle zu gegebener Zeit weiterhin beschäftigen, denke ich.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Petra May. - Zunächst einmal darf ich die Verwaltung eine Stellungnahme dazu abgeben lassen. Bitte, Frau Bredehorst - die nicht nur zuständig, sondern auch noch sachkundig ist.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Ja. Vielen Dank für diesen Hinweis, Herr Oberbürgermeister. Sonst hätte ich Sie auch gebeten, noch einmal aufzuklären, dass ich durchaus auch Fachverwaltung bin, und bitte zurückzuweisen, dass ich fachlich nicht qualifiziert sei.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das habe ich damit getan.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Das finde ich auch nett. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Frau May, ich weiß nicht, ob Sie wissen, dass ich jahrelang technische Ämter geleitet habe und in meinem vorherigen Berufsleben gerade in der technischen Fachverwaltung meine Praxiserfahrungen gesammelt habe.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Sie brauchen sich hier nicht zu rechtfertigen, denke ich.

(Zurufe von Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU] und Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Okay. - Ich spreche jetzt auch nicht als Sozialdezernentin, sondern als Gesundheitsdezernentin.

In dem Antrag wird erstens ausgeführt, dass untragbare Vorkommnisse passiert seien, und zweitens beantragt, eine unabhängige Kommission zu bilden. Zu den Vorkommnissen möchte ich doch noch einige Worte verlieren. Wir haben ja auch eine schriftliche Stellungnahme eingereicht.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Meine Damen und Herren, ich darf Sie insgesamt bitten, den Lärmpegel etwas herunterzufahren. Es ist schon schwierig, hier oben etwas mitzubekommen. Das müsste unten im Saal noch schwieriger sein.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: In dieser schriftlichen Stellungnahme haben wir ausführlich dargestellt, wie es sich mit den Regeln der Technik verhält. Regeln der Technik sind eben keine demokratisch zustande gekommenen Gesetze. Vielmehr sind sie unterhalb von Gesetzen anzusiedeln. In den Gesetzen werden auch nicht die Regeln der Technik bestimmt, sondern die Ziele, die eingehalten werden sollen.

Seitens des Gesundheitsamtes haben wir natürlich überprüft, ob die Ziele der Trinkwasserverordnung eingehalten werden. Dazu sind sogar mehrere Untersuchungen durchgeführt worden, als das normalerweise der Fall ist, und zwar vom Hygieneinstitut des Ruhrgebietes in Gelsenkirchen, das eben keine Gesundheitsgefahren festgestellt hat.

Es stimmt auch nicht, dass wir hier kein zugelassenes Verfahren hätten. Epoxidharz ist beim

Umweltbundesamt in der „Leitlinie zur hygienischen Beurteilung von organischen Beschichtungen im Kontakt mit Trinkwasser“, also genau für diesen Zweck, gelistet. Dieses Verfahren wird in der Bundesrepublik Deutschland auch schon seit Jahren angewendet.

Ich will aber nicht verhehlen, dass Bewohner und Bewohnerinnen besorgt sind, weil sie in ihrem Leitungswasser Partikel gefunden und Gerüche festgestellt haben. Wir haben ja auch dementsprechend reagiert. Das reicht den Bewohnerinnen und Bewohnern allerdings nicht.

Ich habe mich mit den Bewohnerinnen und Bewohnern getroffen. Wir haben auch einige Verabredungen getroffen, die folgendermaßen aussehen: Ich habe noch einmal versucht, ihnen klarzumachen, dass die Trinkwasserverordnung der Stadt keine Möglichkeiten gibt, weiter zu handeln, als sie schon gehandelt hat. Ich habe mich aber bereit erklärt, noch einmal mit einigen beteiligten Unternehmen und Behörden darüber zu sprechen, ob auf andere Art und Weise versucht werden kann, den Bewohnerinnen und Bewohnern zu helfen. Wir haben uns auch bereit erklärt, dass wir, sobald wieder Verunreinigungen oder Gerüche auftauchen, sofort - sozusagen auf Abruf - noch einmal neue Messungen veranlassen.

Diese Ausführungen bezogen sich auf die Bewohnerinnen und Bewohner des Wohnparks Weidenpesch.

In Junkersdorf verhält sich der Sachverhalt wieder ganz anders. Dort stehen wir noch mitten im Verfahren. Ich kann Ihnen sogar noch nicht einmal die neuesten Ergebnisse mitteilen.

Nun möchte ich noch einmal juristisch auf den Antrag eingehen, eine unabhängige Kommission oder Kontrollkommission oder Untersuchungskommission zu bilden. Wahrscheinlich ist an etwas Ähnliches gedacht wie einen Untersuchungsausschuss, den wir im Bundestag und im Landtag haben. Dazu kann ich nur Folgendes sagen: Das ist dem Rat der Stadt Köln unmöglich. Hier gilt das Kommunalverfassungsrecht. Die Gemeindeordnung sieht so etwas überhaupt nicht vor. Der Rat hat auch eine andere Aufgabe als ein Landes- oder Bundeparlament. Er hat eine andere Struktur und vor allen Dingen einen anderen Charakter. Deswegen ist es rechtlich tatsächlich nicht möglich, so etwas einzurichten, wie es im Antrag gefordert wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der CDU und der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Bredehorst. - Frau May hat sich noch einmal gemeldet. Ist das eine Nachfrage oder ein Redebeitrag?

Petra May (Einzelmandatsträgerin): Direkt dazu: Frau Bredehorst, Sie müssen mir das nachsehen. Ich habe Sie natürlich in erster Linie als Sozialdezernentin gesehen. Hier sind Sie auch als solche gewählt worden. Zum Umweltdezernat sind Sie dann ja irgendwie zwischendurch gekommen.

(Unruhe)

Im Übrigen kenne auch ich mich mit dem Thema Umweltschutz aus. Ich persönlich habe Umweltschutzexpertin gelernt. Daher sind mir diese Dinge nicht fremd.

Ich möchte aber gerne noch etwas zu Frau Bredehorst sagen. Mir liegt hier eine Stellungnahme des Wasserlabors der RheinEnergie vor. Vielleicht machen Sie sich dort auch noch einmal kundig. Darin heißt es nämlich:

Ohne Zertifizierung ist die Verwendung solcher Werkstoffe und Verfahren nicht zulässig. Das von Ihnen beschriebene Verfahren hat diese Zulassung nicht. Von daher trägt der Eigentümer der Anlage, in der dieses Verfahren angewendet wird, das volle Risiko und handelt auf eigene Gefahr.

Jetzt möchte ich auch nichts mehr dazu beitragen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Brust, bitte.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Verwaltung hat uns ja dargelegt, dass der Rat diesen Antrag nicht umsetzen kann, weil wir keine Kommission bilden können. Deshalb beantrage ich, dass wir diesen Antrag für erledigt erklären.

Aber für die Zuhörer aus Weidenpesch, die möglicherweise hier sind, möchte ich ausdrücklich sagen, dass dieses Thema damit nicht erledigt ist; denn es gibt in der Tat Probleme, die zu lösen sind.

Ich möchte den Bürgern aus Weidenpesch auch ausdrücklich dafür danken, dass sie so intensiv recherchiert haben und dadurch auch der Politik Dinge zeigen konnten, die wir bisher nicht wussten - zum Beispiel das Problem im Statthalterhofweg, wo es den Bürgern schon seit mehreren Jahren verboten ist, Wasser aus der Warmwasserleitung zu trinken. Dass private Investoren ihren Mietern verbieten, Trinkwasser aus der Leitung zu trinken, kann natürlich nicht sein. Die Verwaltung hat ja auch dargelegt, dass sie diesem Fall nachgeht und dort eventuell auch eine Ordnungswidrigkeitsmaßnahme durchführt.

Ich möchte die Verwaltung bitten, den Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Grün über ihr Vorgehen in diesem Bereich auf dem Laufenden zu halten. Als zuständiger Ausschuss kann er dieses Verfahren sicherlich genauso gut begleiten, wie eine Kommission das könnte - wahrscheinlich sogar schneller, weil wir nicht erst eine Kommission bilden müssen, sondern sofort mit der Arbeit anfangen können.

In diesem Zusammenhang ist uns jetzt erst ein Problem bewusst geworden. Wie wir in Junkersdorf gesehen haben, kann es infolge des Einsatzes von Epoxidharz, auch wenn dies zugelassen ist, zu Problemen kommen. Dort sind Legionellen aufgetreten. Sie sind allerdings nicht aufgetreten, weil das Epoxidharz eingebaut worden ist, Petra May.

(Petra May [Einzelmandatsträgerin]:
Das habe ich auch nicht gesagt!)

- So steht es aber in deinem Antrag. - Legionellen können in jedem Warmwassernetz auftreten. In Junkersdorf hat man sie wohl durch thermische Behandlung beseitigt. Dazu muss man das Wasser auf mehr als 60 Grad aufheizen. Dabei ist diese Beschichtung offensichtlich beschädigt worden. Deshalb gibt es jetzt ein Problem.

Daraus ergibt sich für uns eine neue generelle Frage. Wenn die Bekämpfung von Legionellen in solchen Leitungen nicht mehr möglich ist, weder thermisch noch chemisch, haben wir in der Tat ein Problem, das wir lösen müssen. Rechtlich können wir es aber nicht in der Stadtverwaltung lösen. Vielmehr sind wir gefordert, diesbezüglich auf Bundesebene aktiv zu werden; sowohl die RheinEnergie - vielleicht kann Herr Schmitz etwas dazu sagen - über den Dachverband als auch die Parteien über ihre Vertreter im Bundestag.

Ich denke, wir können den Bürgern in Weidenpesch versprechen, dass wir hier am Ball bleiben werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Bleiben Sie bitte noch eine Sekunde hier, Herr Brust. Bevor ich Herrn Dr. Schmitz das Wort erteile, muss ich noch kurz etwas klären. Sie haben einen Antrag gestellt, den es so nicht gibt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt!)

Wenn Sie damit aber den Geschäftsordnungsantrag auf Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt meinen, sollten Sie das noch einmal deutlich sagen.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, das meinte ich.

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]: Ich möchte sofort dagegensprechen!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ja, sofort. Zuerst sollten wir aber einmal kurz Herrn Dr. Schmitz dazu hören. - Herr Dr. Schmitz, bitte.

Dr. Rolf Martin Schmitz (Vorstandsvorsitzender der RheinEnergie AG): Vielen Dank. - Gerade wurde aus einer Stellungnahme der RheinEnergie zitiert - allerdings unvollständig. Es wurde nur ein Satz herausgenommen. In der Stellungnahme heißt es dann weiter, dass diese Verfahren selbstverständlich angewendet werden können. Man kann nämlich auch Verfahren anwenden, die nicht den anerkannten Regeln der Technik entsprechen. Sie dürfen dann nur nicht gefährlich sein.

Das Umweltbundesamt - UBA - hat Epoxidharz für zulässig erklärt. Insofern gibt es gegen das Verfahren an sich keine Einwände. Auch die Firma, die es durchgeführt hat, war zertifiziert. Das haben wir überprüft.

Dennoch kann es bei der Verarbeitung natürlich immer zu Fehlern kommen. Davor ist man nie gefeit. Ob es dort zu entsprechenden Fehlern gekommen ist, auf die solche Ausfällungen zurückzuführen sein können, muss man jetzt feststellen. Da sind wir auch aktiv.

Wir haben ein hohes Interesse daran, dass unser Wasser, das wir bis an das Haus liefern, auch beim Kunden gut ankommt. Wir sind für das Wasser verantwortlich, das am Haus ankommt. Das Stück dahinter ist Sache des Hausbesitzers. Natürlich haben wir aber ein hohes Interesse daran - daran arbeiten wir auch -, dass das Wasser auch beim Mieter gut ankommt.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Schmitz. - Jetzt hat Frau Kirchmeyer das Wort zur Gegenrede zum Geschäftsordnungsantrag.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! So einfach zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen möchte ich bei diesem Thema eigentlich nicht. Dafür ist es doch zu wichtig. Daher sollten wir uns mit den vorhandenen Sorgen der Bürger ausführlich beschäftigen.

Frau Bredehorst, Sie haben der Stellungnahme der Verwaltung freundlicherweise auch die Unterlagen zu den von unserem Abgeordneten Dr. Werner Hoyer im Deutschen Bundestag diesbezüglich gestellten Fragen beigelegt. Auch die Bezirksvertretung Nippes hat sich eingehend mit diesem Thema beschäftigt.

Das Problem ist allerdings, dass es außer diesem Material, das ich hier gefunden habe und für das ich bis sonst wohin telefoniert habe, noch ganz viel mehr dazu gibt, bei dem eigentlich immer herauskommt: Es ist nicht Fisch, und es ist nicht Fleisch. Es ist zwar offiziell nicht zugelassen; es darf aber damit gearbeitet werden. - Deswegen ist das Ganze für den Bürger, der sich mit diesen Details nicht so eingehend beschäftigt, auch sehr schwer zu verstehen.

Ich denke schon, dass Sie mit Ihrer schriftlichen Stellungnahme und Ihrer hier vorgetragenen Mitteilung auch den Aussagen von Frau May sehr entgegengekommen sind. Auf Frau Mays Seite hätte sicherlich auch noch ein wenig mehr Recherche notgetan. Wenn sie sich intensiver mit diesem Thema beschäftigt hätte, wäre sie vielleicht auch zu dem Schluss gekommen, das Ganze über den Umweltausschuss oder über Sie zu regeln.

Daher möchte ich mich auch dem anschließen, was Herr Brust eben gesagt hat, und auch darum bitten, den Umweltausschuss weiter über die

laufenden Dinge zu informieren, damit wir am Ball bleiben können und dann unter Umständen noch einschreiten können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Das Letztere ist sicherlich einvernehmlich. Es ist sowieso selbstverständlich und auch Pflicht der Verwaltung.

Jetzt lasse ich über den Geschäftsordnungsantrag auf Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sieht mir nach einer ganz großen Mehrheit aus. Also: CDU, SPD, Grüne und Linke. Gegenstimmen? - Gegen FDP, pro Köln, Herrn Dr. Müser und Frau May. Enthaltungen? - Bei mir. Ich hätte keine Probleme damit. Dieser Geschäftsordnungsantrag ist aber so beschlossen worden, und wir gehen zum nächsten Tagesordnungspunkt über. Die Verwaltung wird Sie aber selbstverständlich - Frau Bredehorst nickt - weiter über die Untersuchungen auf dem Laufenden halten.

(Götz Bacher [SPD]: Den Umweltausschuss!)

- Den Umweltausschuss. Dorthin gehört es ja zunächst einmal auch.

Dann rufe ich auf:

2.1.6 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Verhinderung der Doppelbesteuerung bei Zweitwohnungssteuer“ AN/1493/2008

Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann es hier kurz machen. Nicht alles, was man darf, ist auch gut und richtig. Darum geht es bei diesem Punkt. Die Verwaltung darf die Zweitwohnungssteuer entsprechend erheben. Das wurde auch gerichtlich festgestellt. Deshalb muss es aber nicht unbedingt gut und richtig sein.

Welche Problematik haben wir hier? Wenn man zum Beispiel eine Zweitwohnung mit der Größe von 100 m² hat, muss man für diese 100 m² Zweitwohnungssteuer bezahlen. Vermietet man beispielsweise 50 m² unter, muss die Vermieterin immer noch für die vollen 100 m² Zweitwoh-

nungssteuer bezahlen. Der Untermieter muss aber auch für seine 50 m² Zweitwohnungssteuer bezahlen. Hier kommt es zu einer Doppelbesteuerung.

Das hält die FDP-Fraktion nicht für richtig. Es kann nicht sein, dass wir zum einen für die 100 m² weiter Zweitwohnungssteuer bezahlen lassen und zum anderen bei der Untervermietung zusätzlich zuschlagen. Dies möchten wir gerne ändern, weil es nach unserer Auffassung nicht dem Prinzip der Steuergerechtigkeit entspricht.

Dafür erbitten wir Ihre Zustimmung. Überlegen Sie sich einmal, was passieren würde, wenn der Untermieter der 50 m² noch einmal untervermietet, zum Beispiel 25 m². Dann müsste einmal für die 100 m², einmal für die 50 m² und einmal für die 25 m² Zweitwohnungssteuer entrichtet werden. Das kann nach unserer Meinung nicht richtig sein. So etwas ist unlogisch. Darum bitte ich hier um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP - Jochen Ott [SPD]:
Dann passt die Steuererklärung nicht mehr auf einen Bierdeckel!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich bedanke mich. Das war in aller Kürze und prägnant vorgetragen, Uli. Das ist völlig klar. - Herr Dr. Elster macht das jetzt auch vom Platz aus.

Dr. Ralph Elster (CDU): Ja, ich werde es auch kurz machen. Herr Breite war ja der Erste, der es nach der Ankündigung, sich kurz zu fassen, auch tatsächlich kurz gemacht hat. Die anderen haben diese Ankündigung leider nicht eingehalten.

In der Tat ist das, was Herr Breite jetzt vorgetragen hat, viel versöhnlicher zu hören, als der Antrag und seine Begründung zu lesen sind.

Die CDU steht natürlich ganz klar zur Zweitwohnungssteuer. Sie ist ein probates Mittel, alle, die in der Stadt Köln leben, auch an der Gestaltung der Stadt Köln und auch am Haushalt der Stadt Köln zu beteiligen. Damit hat der Kämmerer sicher auch ein Werkzeug an der Hand, das ihm hilft, den Haushalt entsprechend zu gestalten.

Die FDP thematisiert hier die Doppelbesteuerung. Das ist in der Tat berechtigt. Gerade der Fall der Studentin, der ja schon in zwei Ausschüssen vorbehandelt worden ist, ist sehr skurril und sehr kurios.

Allerdings darf ich Ihnen in einem Punkt widersprechen, Herr Breite. Die Verwaltung hat alles richtig gemacht. Sie hat nämlich genau das getan, was in der Satzung, die der Rat beschlossen hat, steht. Diese Satzung ist 2004 beschlossen worden und 2005 geändert worden.

Jetzt müssen wir die Satzung in der Tat noch einmal überarbeiten. Entsprechend lautet ja auch der erste Satz der Beschlussvorlage. Die CDU stimmt diesem Wunsch der FDP-Fraktion natürlich zu. Wir sehen ebenfalls die Notwendigkeit, die Satzung noch einmal zu überarbeiten, um solche Doppelbesteuerungen in Zukunft unmöglich zu machen. Auf diese Art und Weise geben wir der Verwaltung die Möglichkeit, nicht nur alles richtig zu machen, sondern auch im Sinne der Bürger letztendlich das Richtige zu tun. Damit hat die Verwaltung einen schönen Auftrag, denke ich.

Herr Breite, gestatten Sie mir jetzt noch eine persönliche Bemerkung. Es wäre schön gewesen, wenn es bei diesem einen Satz geblieben wäre. Die besserwisserischen Ausführungen, was die Verwaltung bei der Überarbeitung der Satzung noch alles zu bedenken hat, halte ich für obsolet. Das sollten Sie der Fachverwaltung überlassen. Sie kann das sehr viel besser als Sie in der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Elster. - Für die SPD Herr Kron, bitte - auch so kurz und Steuern sparend.

Peter Kron (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Mein Beitrag war im Zweifel länger geplant - natürlich abhängig von den Ausführungen der Vorredner. Ich will aber auch hier vom Platz aus sprechen und es kurz machen, damit die Spannung nicht unerträglich wird.

Auch die SPD stimmt dem Antrag der FDP zu. Das Ganze ist zwar rechtmäßig; nicht alles, was rechtmäßig ist, muss aber auch gemacht werden. Es soll gerecht sein. Dabei halten wir an den Grundsätzen - die Zweitwohnungssteuer ist ja seinerzeit gegen die FDP beschlossen worden - natürlich fest. Wir stehen hinter der Zweitwohnungssteuer. Wir sind aber gegen die Doppelbesteuerung und bitten die Verwaltung, Instrumente zu finden, um das zu verhindern. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Kron. Die Beiträge werden immer kürzer. Herr Frank kann das jetzt noch toppen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen] begibt sich mit Unterlagen zum Rednerpult)

- Nein, er macht das nicht. Jetzt kommt eine Grundsatzrede.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werter Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Es kommt nicht allzu oft vor, dass wir vonseiten der Grünen auch einmal einen Antrag der FDP loben. Das tun wir hier aber. Wir stimmen diesem Antrag zu, weil er tatsächlich einen Punkt aufgreift, den man schlicht und einfach als schikanös bezeichnen kann. Deshalb sollte man diese Art von Doppelbesteuerung auch abschaffen.

Ich möchte die Gelegenheit aber auch nutzen, um noch einmal grundsätzlich zu sagen, dass wir als Grüne die Zweitwohnungssteuer nie für sinnvoll gehalten haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Bei dieser Position bleiben wir auch.

Wenn man sich die jüngsten Urteile zur Zweitwohnungssteuer anschaut, stellt man auch fest, dass sie Stück für Stück bröckelt. Dort heißt es zum Beispiel - um es in einem Satz zusammenzufassen -: Man kann Studenten besteuern, muss es aber nicht.

Daraus könnte man auch eine Änderung ableiten; denn es ist ja kein Luxus, dass Studenten einen Zweitwohnsitz haben. Die Zweitwohnungssteuer ist aber doch eingeführt worden, weil man die Ferienwohnungen von Wohlbetuchten besteuern wollte. So ist sie historisch entstanden. Für viele Gruppen, die Zweitwohnungssteuer zahlen, trifft dieses Kriterium ja gar nicht zu.

In Köln hat man diese Steuer - gegen unsere Stimmen - wiederum eingeführt, um einen Mitnahmeeffekt zu erzielen. Man wollte die Leute nämlich dazu bewegen, ihren Hauptwohnsitz nach Köln zu verlegen,

(Jochen Ott [SPD]: Sehr richtig! Genau das ist der Sinn!)

um damit die entsprechenden Vorteile abzugreifen. Das heißt, dass die Zweitwohnungssteuer hier als Vehikel benutzt wird.

Wir haben damals dagegengehalten, dass man dieses Ziel auch mit einer intelligenten Werbekampagne erreichen kann. Dieser Meinung sind wir nach wie vor.

Deshalb ist das Thema Zweitwohnungssteuer mit dem heutigen Tag nicht erledigt. Ich kündige schon jetzt an, dass wir es im Kommunalwahlkampf wieder aufgreifen werden. Eine unserer Forderungen wird sein, diese Steuer zu beerdigen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dazu möchte der zuständige Dezernent noch kurz Stellung nehmen, bevor Herr Detjen dann das Wort bekommt.

Stadtkämmerer Peter Michael Soénius: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist ja immer nett, wenn hier solche wohlfeilen Reden gehalten werden. Ich denke, dass das schon in den Bereich „organisierte Verantwortungslosigkeit“ fällt.

Herr Frank, ist Ihnen bekannt, dass der Kämmerer dieser Stadt, indem er maßgebend dazu beigetragen hat, diese Steuer einzuführen und durchzusetzen, jährlich ein Volumen von weit über 25 Millionen Euro an Schlüsselzuweisungen für diese Stadt herbeigebracht hat?

(Beifall bei der CDU)

Ist Ihnen auch bekannt, dass diese kommunalpolitische Forderung, die Sie im Kommunalwahlkampf einführen wollen, ein bisschen zu spät kommt? Das sollten Sie Ihren Wählern dann vielleicht dazusagen. Sie sind nämlich schon alle hier gemeldet. Das war auch der eigentliche Sinn und Zweck. Ich habe auch nie bestritten, dass das der eigentliche Sinn und Zweck war.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

Mit diesen Zahlungen, die hier eingehen, werden unter anderem auch Projekte wohlfeil bezahlt, die in Ihrem politischen Interesse liegen. Das würde ich an Ihrer Stelle berücksichtigen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Auf das Geld wollen wir auch nicht verzichten!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Soénius, wenn es so ist, ist das Geld ja jetzt da. Dann können wir die Zweitwohnungssteuer doch abschaffen. Wenn dieses Ziel erreicht ist, ist das ja möglich.

Herr Soénius, dass Sie die Zweitwohnungssteuer lieben, weiß ich ja. Schließlich haben Sie sie eingeführt. Dann steht man auch dazu. Das ist ja ganz klar.

(Stadtkämmerer Peter Michael Soénius: Ich tue etwas für den Haushalt dieser Stadt!)

Wir hatten eine Veranstaltung des DGB zum Thema Ausbildung. Dort bildete sich auf einmal ein Bündnis von FDP, Grünen und Linken zum Thema Zweitwohnungssteuer. Wir haben dann verabredet, gemeinsam daran zu arbeiten.

Anfang dieses Jahres haben wir ja schon eine Ausnahmeregelung für Absolventen eines Freiwilligen Jahres durchgesetzt. Seinerzeit haben Sie von der FDP uns freundlicherweise unterstützt. Deswegen werden wir jetzt auch die FDP unterstützen.

Im Übrigen müssen wir jetzt einmal am Bündnis von FDP, Grünen und Linken arbeiten. Das ist auch wieder einmal etwas Neues. Ein solches Bündnis hatten wir ja noch nicht.

Insofern meine ich auch, dass die SPD sich da bewegen sollte.

Der Hinweis von Herrn Frank, dass die Zweitwohnungssteuer in gewisser Weise als Luxussteuer entstanden ist, ist auch völlig richtig. Wir können ja die Studenten herausnehmen und den Kreis der zur Zahlung der Zweitwohnungssteuer Verpflichteten so weit reduzieren, dass nur noch die Reichen übrig bleiben. Eine solche Regelung könnte man ja treffen. Das wäre vielleicht ein Kompromiss.

(Beifall bei Die Linke.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse abstimmen. Wer für den FDP-Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die SPD, die Grünen, die FDP, pro Köln und Die Linke. - Wo sind denn Herr Dr. Müser und Frau May? Sie sind jetzt natürlich nicht da. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Eine Enthaltung beim Oberbürgermeister, der dazu noch Folgendes sagen will: Die Verwaltung prüft derzeit natürlich die gesetzliche Entwicklung und wird Sie in dem entsprechenden Ausschuss zeitnah informieren.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Hey!)

- Ja. So ist das. Das macht die Verwaltung grundsätzlich.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

2.1.7 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Konzertierte Aktion gegen Vandalismus“ AN/1875/2008

Es spricht Frau Wilden.

Regina Wilden (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In Köln hat öffentliches Eigentum eine erschreckende Geringschätzung erfahren. Randalierer und Farbschmierer zerstören Papierkörbe und Statuen, Mauerwerk und Grünanlagen.

Seit Neuestem stehen auch christliche Symbole im Fokus des Interesses der Randalierer. So wurde im September 2008 in einem Krankenhaus in Niehl eine Heiligenfigur vom Sockel gestoßen und geköpft. Zeitgleich wurde im gleichen Haus auch ein Holzkreuz zertrümmert. Das sei eine bewusste Schändung christlicher Symbole, beklagt der Chefarzt. Er stellt zudem fest, die Zerstörungen würden über den Rahmen des Üblichen hinausgehen; das sei mehr als ein Schabernack.

Davon kann auch das Grünflächenamt ein Lied singen. Jede fünfte im Frühjahr und im Herbst neu gepflanzte Blume wird aus Kölner Grünanlagen gestohlen.

Papierkörbe zur Aufstellung in Köln werden nur noch in äußerst stabilen Varianten angeschafft; denn manche Besäufnisorgie im studentischen

oder einem anderen Milieu wird mit der Zerstörung eines oder mehrerer Papierkörbe abgerundet. Manchmal müssen sogar die Bänke in den Grünanlagen daran glauben. Nichts ist unzerstörbar - oder es wird geprüft, ob es unzerstörbar ist. Also wird munter kaputt geschlagen, was immer sich gerade als Ziel für überschüssige Aggressionen anbietet.

Bei der Verwaltung werden jetzt Stimmen laut, die fordern, den Rheinpark wieder nachts zu schließen. Im Park aufgestellte Bronzeskulpturen wurden nämlich mit Farbe beschmiert oder umgestürzt.

Meine Damen und Herren, ich bin seit Jahren regelmäßige Besucherin des Rheinparks und fotografiere dort zu allen Jahreszeiten immer wieder. An dem Tag, an dem die Igel-Skulptur aus der Verankerung gerissen wurde, hatte ich diese wieder einmal fotografiert. Am nächsten Tag musste ich in der Zeitung lesen, dass sie zerstört worden ist.

Am gleichen Tag wurde im Rheinpark lautstark Fußball gespielt. Von einer Gruppe dazu passender Jugendlicher wurde gegrölt und geläut. Das Ganze fand auf einer Fläche statt, auf der die Kölner eigentlich in Ruhe den Sommer genießen sollen, nämlich auf der Liegewiese.

Mauern, Bänke und Hinweisschilder werden mit Graffitis verunstaltet, Papierkörbe aus der Verankerung gerissen und in Brunnen geworfen, Blumenbeete umgepflügt und kleinere Bäume entwurzelt. Nicht einmal die Kleinbahn im Rheinpark und ihr Fahrer sind vor Angriffen von Jugendlichen sicher.

Nachts sollen im Rheinpark Technopartys gefeiert worden sein. Mit benebeltem Kopf

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Wie bei Ihnen!)

- äußerst geistreiche Bemerkung, Herr Dr. Lemper - und im Schutze der Dunkelheit ist es dann für manche Jungmänner offenbar unvermeidbar, ihre Kraft aggressiv und mit zerstörerischen Konsequenzen zur Schau zu stellen.

Sachbeschädigungsdelikte müssen von Polizei und Justiz künftig wieder konsequent verfolgt werden. Derzeit haben Kleinkriminelle, die öffentliches Eigentum zerstören, gute Chancen, vor Gericht mit einer milden Ermahnung davonzukommen. Das ermuntert nicht gerade zur Gesetzestreue. Die Stadt Köln muss endlich die Initiative ergreifen und für mehr Sauberkeit, Sicherheit und Respekt vor öffentlichen Gütern in die Of-

fensive gehen. Dem dient die beantragte konzertrierte Aktion.

Meine Damen und Herren, Sie werden auch diesen Antrag ablehnen - wie alle unsere Anträge. Sie betrachten diesen Rat wie einen Spielplatz, auf dem es heißt: Du darfst nicht spielen, und du darfst nicht spielen. - Mit dieser Vorgehensweise missachten Sie die Demokratie. Es fällt auf Sie zurück. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist er mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu:

2.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Nein zur Aufstellung weiterer ‚Starenkästen‘“ AN/1879/2008

Herr Rouhs hat das Wort.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Verwaltung hat öffentlich damit gedroht, weitere Starenkästen auf der Zoobrücke und im Bereich Innere Kanalstraße und Universitätsstraße aufzustellen. Wenn man so etwas beabsichtigt - dem liegen ja auch entsprechende Debatten zugrunde, die wir hier in diesem Haus geführt haben -, muss man natürlich auch auf Erfolge der entsprechenden Maßnahmen verweisen können, um das Ganze zu rechtfertigen.

Ein Erfolg, den die Aufstellung der Starenkästen zweifellos mit sich gebracht hat, ist ein Anstieg der Einnahmen, die die Stadt aus den entsprechenden Verkehrsverstößen generiert hat. Das kann aber - darüber werden wir hoffentlich relativ schnell Einigkeit erzielen - nicht das primäre Ziel von Maßnahmen sein, die der Verkehrsüberwachung dienen.

Ein weiterer Erfolg, den die Verwaltung meldet, ist, dass auf der Zoobrücke nicht mehr so häufig die zulässige Höchstgeschwindigkeit überschritten wird. Dieser Erfolg ist offensichtlich real. Er

war natürlich auch zu erwarten; denn wenn sich herumspricht, dass dort Starenkästen aufgestellt sind, fahren die Leute selbstverständlich zunächst einmal langsamer. Alles andere wäre ja auch eine Art von ökonomischem Harakiri des betreffenden Autofahrers, der die Starenkästen einfach ignoriert. In diese Fallen fahren eben nur noch ein paar Auswärtige hinein, die nicht Bescheid wissen, oder vielleicht vereinzelt auch einmal ein Kölner, der mit seinen Gedanken gerade woanders ist. Damit erreicht man auf dem Stück, auf dem die Starenkästen aufgestellt sind, selbstverständlich eine Verlangsamung des Verkehrsflusses. Das ist unbestritten.

Direkt danach wird aber wieder Gas gegeben. Dieses Phänomen hat auch die Verwaltung beobachtet und will dementsprechend die mit Starenkästen kontrollierte Strecke in die Stadt hinein verlängern. Das entbehrt zugegebenermaßen nicht einer gewissen Konsequenz. Aber erlauben Sie mir bitte die Frage: Ist das wirklich eine geeignete Maßnahme, um das Unfallrisiko in Köln zu reduzieren? - Kein Mensch wird behaupten, dass diese ganze Strecke einen besonderen Risikobereich für Verkehrsunfälle darstellt. Derart umfangreiche, lange Hochrisikobereiche für Verkehrsunfälle gibt es weder in Köln noch anderswo.

Wenn Sie konsequent wären, müssten Sie als Nächstes die kompletten Ringe und den kompletten Gürtel mit Starenkästen versehen. Sie müssten die Frankfurter Straße und die Berliner Straße mit Starenkästen pflastern. Die Autofahrer, die über die Zoobrücke fahren, bewegen sich nämlich an irgendeiner Stelle weiter durch das Stadtgebiet und geben im Regelfall wieder herzhaft Gas, wenn sie die Reglementierungsphase durch die Starenkästen hinter sich haben.

Das heißt: Der Effekt, dass an den Stellen, wo die Starenkästen stehen, langsamer gefahren wird, verliert sich 20 Meter hinter dem letzten Starenkasten. Es findet lediglich eine Verlagerung der Übertretung der Höchstgeschwindigkeit statt, nicht aber eine wirkliche Eindämmung dieses Phänomens.

Deshalb bin ich der Auffassung, dass die ganze Angelegenheit - wenn wir einmal außen vor lassen, dass sie für die Stadtkämmerei einen kleinen Vorteil hat - unter dem Strich nicht als Erfolg bewertet werden kann.

Wir haben diesen Antrag eingebracht, um Ihnen die Gelegenheit zu geben, die Aufstellung weiterer Starenkästen abzulehnen. Wir gehen zwar davon aus, dass Sie das so unmittelbar natürlich

nicht tun werden; wahrscheinlich werden Sie die Maßnahme intern aber doch noch einmal überdenken.

Die Frage ist, in welcher Art und Weise Sie versuchen wollen, Autofahrer dort zu reglementieren und zur Kasse zu bitten, wo Sie eine gute Gelegenheit sehen, eben diese zu machen. Sprich: Sie machen einen Gewinn mit einer Klientel, von der Sie wissen: Da ist das Geld relativ leicht einzutreiben; da hat man jemandem am Schlafittchen, gegenüber dem man bei kleineren Verstößen konsequent vorgehen kann, um Gewinne für die Stadtkasse zu generieren.

Überlegen Sie sich bitte einmal, ob das wirklich redlich ist. Eine Totalüberwachung aller großen, breiten Straßen in der Stadt mit Starenkästen ließe sich am Ende nämlich sowieso nicht realisieren. Daher wird das angebliche verkehrspolitische Ziel hier ganz zweifellos verfehlt.

Wir halten dies für einen Ansatz, der in die Irre läuft und bitten deshalb um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe, dass das nicht der Fall ist.

Dann lasse ich abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

2.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Abs. 5 GO NRW

2.2.1 Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen zu „Godorfer Hafen, geplanter Ausbau: Zweifel an der Wirtschaftlichkeit“ vom 5. Mai 2008 3314/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wir wollen über die Alternative abstimmen!)

- Erst einmal stelle ich die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung und danach die Alternative. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich über die Verwaltungsvorlage abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die CDU und meine Stimme. Gegenstimmen? - Gegen die Grünen, die FDP, pro Köln, Die Linke und Herrn Dr. Müser. Damit ist die Vorlage so beschlossen.

Jetzt kommen wir zu:

3. Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zunächst rufe ich auf:

3.1 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Gebäude auf den Friedhöfen“ AN/1873/2008

**Antwort der Verwaltung vom
24. September 2008
4138/2008**

Die Antwort liegt vor. Haben Sie dazu Nachfragen, Herr Kellner? - Nein.

Die nächste Anfrage ist:

3.2 Anfrage von Ratsmitglied Herr Dr. Müser (Kölner Bürger-Bündnis) betreffend „Stifter und Mäzene“ AN/1927/2008

**Antwort der Verwaltung vom
25. September 2008
4264/2008**

Die Antwort liegt inzwischen auch vor. Gibt es dazu Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Die Anfrage unter Tagesordnungspunkt 3.3 werden wir nachher in Verbindung mit Tagesordnungspunkt 9.9 behandeln.

Dann rufe ich auf:

3.4. Anfrage von Ratsmitglied Herr Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) betreffend „Treffen ausländischer Rechtspopulisten in Köln am 20. September 2008 und seine Kosten“ AN/1946/2008

Herr Dr. Müser, ich muss Ihnen mitteilen, dass wir noch nicht imstande waren, die Antwort zu liefern. Sie werden sie aber bei der nächsten Sitzung bekommen. Einverstanden? - Okay.

Tagesordnungspunkt 4.41 ist zurückgezogen worden.

Damit kommen wir zu:

5. Ortsrecht

5.1 Satzungen

5.1.1 3. Satzung zur Änderung der Sonder- nutzungssatzung vom 13. Februar 1998 0025/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Gey.

Herbert Gey (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Bei dieser Vorlage handelt es sich um ein inhaltsschweres Papier, das einen unvergleichlich langen Weg genommen hat. Man muss sich einmal vorstellen, dass es im Verkehrsausschuss auf Anregung des Kollegen Hock Gott sei Dank dazu gekommen ist, dass das Ganze auch in den Wirtschaftsausschuss gegeben wurde. Der Verkehrsausschuss hat natürlich sofort einstimmig zugestimmt.

Insofern sind wir im Wirtschaftsausschuss an diese Vorlage gekommen, die meines Erachtens auch in den Wirtschaftsausschuss gehört, weil sie ganz elementare wirtschaftliche Grundsätze der Stadt betrifft.

Nachdem wir uns die Vorlage angeguckt hatten, haben wir von der CDU-Fraktion sehr schnell entschieden, was wir tun. Die Kollegen von Rot und Grün hatten aber drei Mal Beratungsbedarf.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Wie wahr!)

Sie haben sehr, sehr lange beraten. Sie haben es auch geschafft, einen Änderungsantrag vorzulegen.

Auch von den entsprechenden Verbänden - der IHK, der Handwerkskammer, dem Einzelhandelsverband und dem DEHOGA, also der Vertretung des Gaststättengewerbes - gibt es eine ganze Menge Einwände, die meines Erachtens berechtigt sind. In der jetzigen Phase eine solche Gebührenerhöhung durchziehen zu wollen, halte ich für politisch unklug. Man muss doch einmal bedenken, wie sehr die Gastronomen schon dadurch gezeichnet sind, dass sie durch die Umbaumaßnahmen in der Altstadt recht große Einbußen erleiden. Und dann will man ihnen die Außengastronomie auch noch erheblich verteuern?

Wir von der CDU-Fraktion waren, wie gesagt, sehr schnell der Meinung, dass wir das nicht wol-

len. Das haben wir im Wirtschaftsausschuss auch eindeutig klargemacht.

Wir haben gesagt: Wir als CDU-Fraktion lehnen diese Vorlage ab

(Beifall von Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU])

- schönen Dank für den Beifall, Herr Dr. Lemper -, allerdings mit Ausnahme eines Punktes. Die Erhöhung der Gebühren für die Weihnachtsmärkte tolerieren wir nämlich; denn dort ist wirklich Handlungsbedarf gegeben. Hier haben sich die Betreiber eine goldene Nase verdient, und die Stadt hat zugeschaut. Durch die Erhöhung der entsprechenden Gebühren wird die Stadt auch in angemessener Weise an dem Ergebnis der Weihnachtsmärkte beteiligt.

Deshalb haben wir das im Wirtschaftsausschuss auch expressis verbis so abstimmen lassen. Dass wir damit unterliegen, war uns eigentlich klar. Wir haben es trotzdem ganz bewusst so gemacht.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion wird auch heute so abstimmen, wie die CDU-Partei im Wirtschaftsausschuss mit der Änderung hat abstimmen lassen.

Insoweit bitte ich den Oberbürgermeister, bei der anstehenden Abstimmung noch einmal darauf hinzuweisen, dass wir als CDU die Vorlage insgesamt ablehnen, aber die Erhöhung der Weihnachtsmarktgebühren akzeptieren.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das haben Sie jetzt ja dargestellt. Es ist so zu Protokoll genommen. Das ist auch okay.

Wir stimmen ab wie Wirtschaftsausschuss, Anlage 6.

Herbert Gey (CDU): Aber mit dem Hinweis der CDU.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Den haben Sie jetzt ja zu Protokoll gegeben. Darüber kann ich doch nicht abstimmen lassen.

Herbert Gey (CDU): Vielen Dank. - Das war es. Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Bitte schön, Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt nichts Inhaltliches zu der Sondernutzungssatzung sagen; denn die Diskussion ist in den Ausschüssen geführt worden. Es gibt ein verändertes Votum des Wirtschaftsausschusses. Ich möchte aber etwas zur Verfahrensweise sagen; denn da liegt Herr Gey falsch.

Der Verkehrsausschuss hat sich erstmals am 2. Juni 2008 mit dieser Vorlage befasst und hat sie tatsächlich in den Wirtschaftsausschuss verwiesen, und zwar in die Juni-Sitzung des Wirtschaftsausschusses. In der Juni-Sitzung gab es einen Änderungsantrag von SPD und Grünen, der aber erst am Tag der Sitzung vorgelegt wurde. Daraufhin hat die CDU-Fraktion Beratungsbedarf geltend gemacht. Deshalb ist die Vorlage mit dem Änderungsantrag in die August-Sitzung vertagt worden.

Das heißt, dass nicht wir verzögert haben, sondern die CDU verzögert hat - wobei ich immer Folgendes konstatiere: Ich halte es nicht für tragisch, wenn eine Fraktion Beratungsbedarf anmeldet, wenn sie am gleichen Tage einen Antrag bekommt. Da sollte man nicht nickelig sein. Man sollte daraus jetzt aber nicht eine Legende ableiten, die nicht der Wahrheit entspricht. Wir waren handlungsbereit und schnell und haben auf Wunsch der CDU dann die Vertagung mitgemacht.

Die Beschlusslage ist nun aber klar. Dann sollten wir jetzt auch beschließen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das machen wir dann auch. - Weitere Wortmeldungen? - Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Weil Herr Gey sich schon geoutet hat, wie die CDU sich hier verhalten wird, will ich das für die FDP wenigstens auch noch zu Protokoll geben; denn unser Abstimmungsverhalten geht noch etwas weiter als das der CDU. Wir lehnen nämlich nicht nur die allgemeinen Erhöhungen, sondern auch die Erhöhungen bei den Weihnachtsmärkten hier und heute ab.

Gerade in der derzeitigen Umbruchphase in Sachen Weihnachtsmärkte - wir haben Neuvergaben und wissen noch gar nicht, wie die Sache in diesem Jahr ab Ende November läuft - ist es das falsche Signal, jetzt mit Gebührenerhöhungen zu starten. Die neuen Betreiber müssen sich doch erst einmal entsprechend einrichten.

(Josef Müller [CDU]: Die haben es alle akzeptiert, Ralph!)

Ich halte es für falsch, jetzt nach der Vergabe entsprechend nachzuziehen. Von daher lehnen wir die komplette Vorlage ab.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Okay. - Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Das von Herrn Gey für die CDU Gesagte - Ablehnung mit Ausnahme der Weihnachtsmarktgebühren - ist zu Protokoll gegeben.

Wir stimmen ab wie Wirtschaftsausschuss, Anlage 6.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, Die Linke und der Oberbürgermeister. Gegenstimmen? - Gegen die CDU, die FDP und pro Köln. Enthaltungen? - Keine.

Dann kommen wir zu:

5.1.2 Satzung Bürgerbegehren/Bürgerentscheid/Ratsbürgerentscheid 0071/2008

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der FDP-Fraktion
AN/1908/2008**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln
AN/1972/2008**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1974/2008**

Aufgrund der zahlreichen Änderungsanträge zu dieser Vorlage dürfte es recht kompliziert sein, diesen Punkt heute wie in der Tagesordnung vorgesehen zu behandeln. Es ist auch ein sehr komplexes Thema. Da wir im Moment keinen aktuellen Handlungsbedarf haben, möchte ich Ihnen daher vorschlagen, diesen Punkt zu schieben, und zwar in die nächste Sitzung des AVR. Dort kann dann in Ruhe über diesen Punkt beraten werden, um ihn anschließend natürlich wie-

der in den Rat einzubringen. In diesem Zusammenhang kann die Verwaltung die Vorlage unter Berücksichtigung der zahlreichen Änderungsanträge auch entsprechend aufarbeiten.

Sind Sie mit diesem Vorschlag einverstanden? - Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir hätten Ihrer Vorlage heute auch zustimmen können. Wenn es aber der Wunsch der hochverehrten Kolleginnen und Kollegen ist zu schieben, tun wir das gerne und beschäftigen uns im AVR erneut damit. - Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Gibt es Gegenstimmen gegen den Verschiebungsantrag? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Nun rufe ich auf:

5.1.3 Spiel- und Bolzplatzsatzung der Stadt Köln 2033/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei pro Köln. Damit bei Enthaltung der Fraktion pro Köln einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu:

5.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

5.2.1 Benutzungs- und Entgeltordnung für die Volkshochschule Köln 5199/2007

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Nun rufe ich auf:

5.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Unter diesem Punkt haben wir uns mit einigen Vorlagen zu beschäftigen. Zunächst einmal ist das:

5.3.1 7. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2008 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen Innen-

**stadt, Severinsviertel, Godorf, Rodenkirchen, Lindenthal, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Nippes, Chorweiler, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Kalk, Rath/Heumar, Dellbrück, Höhenhaus und Mülheim
2914/2008**

Darf ich fragen, ob es hierzu Wortmeldungen gibt? - Herr Frank?

(Michael Zimmermann [SPD]: Wie BV!)

- Dann schlage ich vor, dass wir über zwei BVen einzeln abstimmen.

Wir stimmen zunächst einmal ab wie der Änderungsantrag aus der BV 1.

(Michael Zimmermann [SPD]: Lesen Sie ihn am besten noch einmal vor, damit wir keine Irritationen haben!)

- Ich denke, dass Sie ihn vorher gelesen haben, wenn Sie das beantragen; aber gut. Der bei der 41. Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt am 23. September 2008 gefasste Beschluss lautet:

Der Rat beschließt gemäß § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 LÖG NRW ...

Einstimmig mit der o. g. Ergänzung zugestimmt ...

Ich nehme an, dass es um die Ergänzung geht, Herr Zimmermann.

(Michael Zimmermann [SPD]: Um den ersten Beschluss der BV Lindenthal!)

Die Zustimmung erfolgt unter der Maßgabe, dass nicht mehr verkaufsfreie Sonn- und Feiertage in der Innenstadt genehmigt werden als im Vorjahr.

Danach haben Sie ja gefragt.

(Michael Zimmermann [SPD]: Okay!)

Über diesen Punkt stimmen wir jetzt ab.

(Ralph Sterck [FDP]: Stimmen Sie nur über die Änderung ab?)

- Ja, erst einmal über diesen BV-Beschluss, der quasi eine Änderung darstellt. - Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - SPD, Grüne und pro Köln. Das ist schon eine Mehrheit. Gegenstimmen? - Gegen CDU, FDP und meine Stimme. Enthaltungen? - Bei der Linken.

Den Beschluss der BV 3 - Lindenthal - müssen wir jetzt erst einmal aus den ganzen Unterlagen herausuchen.

(Michael Zimmermann [SPD]: Darf ich?)

- Ja, bitte erklären Sie es kurz.

Michael Zimmermann (SPD): Die BV 3 hat über folgende Formulierung abgestimmt:

Die Bezirksvertretung Lindenthal lehnt die in § 1 der Verordnung unter der laufenden Nummer 8 vorgesehene Öffnungszeit in Weiden am 28.12.2008 (13 bis 18 Uhr) ab.

Dem ist mit großer Mehrheit zugestimmt worden. Nachher ist das Ganze aber mit Stimmgleichheit abgelehnt worden.

Wir möchten hier über diesen ersten Passus abstimmen. Dem würden wir folgen. Dem Passus bezüglich der Öffnungszeit in Weiden, den ich gerade zitiert habe, würden wir hier also auch zustimmen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das heißt, dem ersten Beschluss mit Ablehnung der Öffnungszeit in Weiden?

Michael Zimmermann (SPD): Ja. Das würden wir gerne aufnehmen wie die BV.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dann stelle ich das jetzt erst einmal zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, pro Köln und Die Linke. Gegenstimmen? - Gegen die CDU, die FDP und meine Stimme. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Nun lasse ich über die gesamte Vorlage abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die große Mehrheit: CDU, SPD, Grüne, FDP, pro Köln und meine Stimme. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei der Linken. Damit einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

5.3.2 Neufassung der Benutzungsordnung für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Köln

hier: Anpassung an das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern - Kinderbildungsgesetz 3407/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Einstimmig beschlossen.

Dann kommen wir zu:

6. Unterrichtung des Rates über die vom Kämmerer/Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, Mehrauszahlungen und -verpflichtungen für das Haushaltsjahr 2008 gemäß § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2008/2009 3894/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann haben wir das einstimmig so zur Kenntnis genommen.

Ich rufe auf:

8. Außerplanmäßige Ausgaben

8.1 Auszahlung im Teilfinanzplan 0205 Einwohnerangelegenheiten, Personstandswesen, Ausländerangelegenheiten, im Hj. 2008, für Hardware beim Standesamt 3911/2008/1

Hier beschließen wir über die Neufassung dieser Vorlage vom 22. September 2008.

Ich lasse darüber abstimmen, ob Sie damit einverstanden sind. Erst einmal frage ich, ob es Gegenstimmen gibt. - Das ist nicht der Fall. Wie ich sehe, sind Sie wesentlich damit einverstanden. Gibt es Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist es sogar einstimmig. Wunderbar!

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zu:

9. Allgemeine Vorlagen

9.1 Leitbild Köln 2020 - Konkretisierung durch die Leitlinien für ein soziales Köln 0452/2008

Hier soll abgestimmt werden wie Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie Ausschuss Soziales und Senioren.

Es gibt eine Wortmeldung. Herr Dr. Elster, bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wiederum ganz kurz; wiederum von hier unten.

(Ralph Sterck [FDP]: Stimmen Sie nachher auch so ab, wie Sie vorher gesprochen haben?)

- Herr Sterck, hören Sie genau zu, was ich sage. Dann wissen Sie auch, wie wir abstimmen.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- Herr Sterck, hören Sie ganz genau zu. - Herr Oberbürgermeister, die vorgelegten Leitlinien sind für den ersten Wurf nicht schlecht. Sie enthalten einige sehr gute Passagen.

Allerdings sind wir der Meinung, dass das eine oder andere doch noch stärker herausgestellt werden könnte.

Insgesamt ist eine soziale Gemeinschaft natürlich eine soziale Gemeinschaft aller Kölnerinnen und Kölner, und die Perspektive der Bedürftigen ist an der einen oder anderen Stelle leider doch ein bisschen in den Vordergrund geraten. Wir würden uns wünschen, dass unter der Maxime „Fördern und fordern“ beide Aspekte ein bisschen deutlicher herausgearbeitet werden.

Natürlich ist es für uns auch wichtig, hier das Thema Gesundheit wiederzufinden.

Mittlerweile haben wir in den Ausschüssen gehört, dass es dort ein eigenes Papier geben soll. Deswegen stellt die CDU an dieser Stelle auch keinen Änderungsantrag. Das hätten wir getan, wenn dies nicht der Fall gewesen wäre.

Insgesamt handelt es sich um ein gelungenes Papier. Wir möchten nur, dass bei den nachfolgenden Papieren auch die Perspektive derjenigen, die im Wesentlichen die Transferleistungen erbringen, ein bisschen deutlicher herausgearbeitet wird. Ansonsten stimmt die CDU-Fraktion diesem Papier aber zu.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Weitere Wortmeldungen? - Herr Kellner, bitte.

Michael Kellner (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion wird sich bei der Abstimmung über die „Konkretisierung durch die Leitlinien für ein soziales Köln“ enthalten. Das will ich auch kurz begründen.

Einerseits begrüßen wir, dass der soziale Aspekt als unverzichtbarer Bestandteil zum Leitbild Köln 2020 hinzugefügt wird.

Ebenfalls finden wir es ausgesprochen positiv, dass unsere Forderung nach einem jährlichen Sozialbericht, die wir am 8. November 2007 gestellt haben, in der Begründung des Antrags Eingang gefunden hat. Dort heißt es ja, dass

in einem Entwicklungsbericht, der erstmals Ende 2008/Anfang 2009 und anschließend im jährlichen Rhythmus erscheinen wird, die Veränderungen im sozialen Köln beschrieben werden.

Auf der anderen Seite finden wir das Thema „Armut in Köln“ in den Leitlinien für ein soziales Köln nicht berücksichtigt. Es gibt Formulierungen, die wir einfach nicht mittragen können.

Ein Beispiel dazu: Sie wissen alle, dass der Umbau der Sozialsysteme unsere Gesellschaft nicht geheilt, sondern noch weiter und stärker auseinandergerissen hat. Deshalb können wir nicht akzeptieren, dass die Annahme dieses Umbaus der Sozialsysteme, wie es im Vorwort der Leitlinien heißt, die „Voraussetzung für die Gestaltung eines lebenswerten Köln für alle in dieser Stadt lebenden Menschen“ sein soll.

Weil die Leitlinien aber durchaus als Fortschritt gegenüber dem Status quo gesehen werden können, wird sich meine Fraktion nicht gegen ihre Einfügung in das Leitbild Köln 2020 stellen, sondern sich, wie bereits erwähnt, enthalten.

(Beifall bei Die Linke.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Kellner. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer für die Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind CDU, SPD, Grüne, FDP und meine Stimme. Gegenstimmen? - Bei pro Köln. Enthaltungen? - Wie angekündigt bei der Linken.

Nun gehen wir weiter zum nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich:

**9.2 Abschluss eines Sponsoringvertrages mit der AWB über Errichtung und Betrieb von zwei versenkbaren Urinalen in der Kölner Innenstadt
1129/2008**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1976/2008**

Hier geht es um ein Thema, das in den letzten Tagen - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Große Wellen schlug!)

- Ja, gut; große Wellen hat es vielleicht nicht geschlagen. Zumindest ist es in der Stadt aber ziemlich anrühlich diskutiert worden.

Wir wollen erst einmal hören, was dazu gesagt wird. Mir liegen Wortmeldungen von Frau Kirchmeyer und Petra May vor. Wer möchte denn erst einmal zu dem Änderungsantrag sprechen? - Herr Bacher. Dann schieß mal los!

(Zuruf)

Götz Bacher (SPD): Ja, Sie haben das schon richtig erkannt. - Dass ich jetzt hier oben stehe, zeigt Ihnen hoffentlich allen, dass es sich hier um ein besonders wichtiges Thema handelt.

(Beifall bei der SPD, der FDP und pro Köln)

Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dennoch denke ich, dass es Sinn macht, sich kurz zu fassen; denn zum einen spricht der gemeinsame Antrag für sich, und zum anderen möchte ich nicht, dass mich hier während meiner Rede plötzlich Harndrang übermannt.

(Karl Klipper [CDU]: Fertig?)

Gestatten Sie mir trotzdem einige wenige wesentliche Hinweise zu unserem Antrag.

Wie Sie sehen, sind wir nicht gegen den Pilotversuch mit den beiden versenkbaren Urinalen mit der originellen Produktbezeichnung Urilift. Ich bin einmal gespannt, wie die kreativen Kölner mit diesem Begriff umgehen. Ich habe da schon meine Ideen, möchte mir aber verkneifen, sie jetzt vorzustellen, weil sonst sicherlich der Ehrgeiz entbrennt, mir hier nachzueifern.

(Ralph Sterck [FDP]: Herr Bacher, können Sie dieses Gerät überhaupt nutzen? - Heiterkeit)

- Ich habe Sie nicht verstanden, Herr Sterck.

(Ralph Sterck [FDP]: Herr Oberbürgermeister, ich habe eine Zwischenfrage!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Bitte.

Ralph Sterck (FDP): Ich wollte nur fragen, ob Herr Bacher und zum Beispiel unser Kollege Breite dieses Gerät überhaupt nutzen können.

(Heiterkeit)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Sie erinnern damit an die Einrichtung hier im Rathaus, nehme ich an.

Götz Bacher (SPD): Damit sprechen Sie ein richtiges Problem an. Von daher ist es für mich bei den herausfahrbaren Urinalen ja auch so wichtig, wie hoch sie ausfahren.

(Heiterkeit)

Das muss sicherlich intensiv diskutiert werden.

(Josef Müller [CDU]: Zwei Stufen, Götz!)

Jetzt aber zurück zur Ernsthaftigkeit! - Wir haben ebenfalls nichts gegen einen Sponsoringvertrag mit der AWB. Das sollte aber ein wirklicher Sponsoringvertrag sein und nicht einer, der der Stadt erhebliche Kosten aufbürdet. Es ist ja durchaus im Interesse der AWB, durch geeignete Maßnahmen den Reinigungsaufwand in der Altstadt insbesondere durch Wildpinkler zu reduzieren und damit die Gebühren für die Bürger stabil zu halten, wenn nicht sogar zu senken.

Allerdings kann und darf diese Pilotmaßnahme nur eingebettet in ein Gesamtkonzept für öffentliche Toilettenanlagen erfolgen.

(Beifall bei der SPD)

Wie nicht nur die vielen Eingaben im Rahmen des Bürgerhaushaltes zeigen, besteht nämlich für Frauen wie für Männer in stark frequentierten Bereichen unserer Stadt ein Bedarf an öffentlich zugänglichen Toilettenanlagen.

(Beifall bei der SPD)

Dem muss Rechnung getragen werden, zumal man so auch unser aller Anliegen einer sauberen Stadt ein Stück weit näherkommt.

Meine Damen und Herren, in einem zu erarbeitenden Gesamtkonzept können neben dieser Pilotmaßnahme durchaus auch weitere Urinale Berücksichtigung finden - ob nun versenkbare oder nicht versenkbare. Bei Ersteren ist es allerdings, wie ich eben schon gesagt habe, von hohem Interesse, wie hoch sie ausfahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich mache es kurz. Ich darf Sie bitten, dem gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen zuzustimmen, um dieses so wichtige Thema zu einem guten Abschluss zu bringen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Karl Klipper [CDU]: Herr Bacher, ich habe eine Frage!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Eine Frage von Karl Klipper. Bitte.

Götz Bacher (SPD): Wenn ich sie beantworten kann. Ich kann es ja einmal versuchen.

Karl Klipper (CDU): Ich möchte nur Folgendes wissen, damit ich das auch richtig verstehe: Das heißt also, dass der ablehnende Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses aufgehoben wird und die beiden Urinale an der vorgesehenen Stelle realisiert werden?

Götz Bacher (SPD): Nein. Sie können doch den Antrag lesen.

Karl Klipper (CDU): Das steht doch darin. Ich weiß nicht, was es sonst heißen soll. Sie haben das so geschrieben.

Götz Bacher (SPD): Wir beantragen, dass wir so beschließen, wie es in unserem Antrag formuliert ist.

(Heiterkeit - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ziffer 3!)

Karl Klipper (CDU): Hier steht doch, dass ein Pilotprojekt durchgeführt wird.

Götz Bacher (SPD): Ja.

Karl Klipper (CDU): Im Stadtentwicklungsausschuss war es ja bisher so, dass die beiden Pilotprojekte auf dem Bahnhofsvorplatz und am Heumarkt - -

(Michael Zimmermann [SPD]: Im Rahmen eines Gesamtkonzeptes! - Weitere Zurufe von der SPD - Gegenrufe von der CDU)

Götz Bacher (SPD): Das ist weniger eine Frage, glaube ich. Ich mache das Rednerpult einmal frei. Vielleicht will ja noch jemand anders zu diesem wichtigen Thema sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich glaube, dass Herr Klipper fragen wollte, ob die zwei Urinale an die verabredeten Stellen kommen sollen oder nicht. War das die Frage?

(Andreas Köhler [CDU]: Und in welchem Jahr, Herr Oberbürgermeister!)

- Und wann usw.

(Zurufe)

Wer möchte denn noch zu diesem Punkt reden? - Frau Kirchmeyer, bitte.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Vorfeld hat es ja viele Probleme mit diesen Uriliften gegeben. Ich bin froh, dass sich die Kollegen jetzt eines Besseren haben belehren lassen

(Beifall von Ralph Sterck [FDP])

und hier den wunderbaren Vorschlag der AWB - wenn auch mit einigen kleinen Änderungen - annehmen.

(Karl Klipper [CDU]: Nein, das tun sie nicht!)

- Doch, das tun sie wohl. Für eine befristete Dauer nehmen sie ihn an.

(Karl Klipper [CDU]: Nein, das tun sie nicht!)

- Entweder nehmen sie ihn an, oder ich kann nicht lesen. Ich glaube aber schon, dass ich das kann. - Die Kollegen nehmen den Vorschlag der

AWB und das Sponsoring an, allerdings mit einigen kleinen von ihnen vorgenommenen Änderungen.

Den hier gestellten Antrag der Kollegen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen können wir unterstützen - auch insoweit, als dass auch wir gerne feste Toilettenanlagen in der Stadt hätten, die natürlich auch ansprechend, sauber und ordentlich sein müssen. Wir wissen aus der Vergangenheit, dass wir Toilettenanlagen aus vielen Gründen geschlossen haben.

Einen Punkt vermisste ich im Antrag noch. Man könnte nämlich auch mit privaten Firmen wie zum Beispiel der Firma Sanifair verhandeln, die zahlreiche Anlagen an Autobahnraststätten betreibt. Diese Anlagen kennen Sie alle. Sie sind sehr ansprechend, sehr sauber und sehr ordentlich. Vielleicht kann die Verwaltung das noch zusätzlich mit aufnehmen.

Wir sind auch deswegen nicht abgeneigt, weil auch uns die Wildpinkler in der Altstadt stören. Das gilt gerade für uns Frauen. Ich spreche jetzt einmal in deren Namen. Mir sind Männer an Uriliften lieber als an jeder Ecke und jedem Zaun in der Altstadt irgendein Mann.

Das Problem von uns Damen wird damit zwar nicht gelöst. Wir scheuen uns aber auch nicht, hier und da einmal einen Espresso zu trinken. Die Herren haben aber wahrscheinlich andere Vorstellungen davon.

Wir begrüßen diesen Antrag und werden ihn auch unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich würde den Antragstellern nachher auch gerne einmal die Frage stellen, ob wir die Urilifte jetzt bauen können oder nicht. Das geht aus dem Antrag nicht hervor. Die AWB steht Gewehr bei Fuß und könnte sie morgen aufbauen. Mit diesem Antrag wird das meines Erachtens verhindert; denn darin wird ja erst einmal ein großer Masterplan gefordert, und so etwas dauert meistens ein bis zwei Jahre. Das muss man also noch einmal klar sagen.

Jetzt aber der Reihe nach! Wer spricht als Nächster? - Herr Klipper, bitte.

Karl Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich

ein bisschen ironisch zu diesem Antrag reden. Im Moment geht es aber erst einmal um eine Sachaufklärung.

Ich sage ganz klar: Wir möchten dieses Sponsoring der AWB haben. Diese beiden Urilifte möchten wir jetzt umgesetzt haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind auch damit einverstanden, dass das ein Pilotprojekt ist - von mir aus für die nächsten drei Jahre. Ich will nur von den Antragstellern bestätigt haben, dass das so der Fall ist.

Wenn das aber nicht der Fall ist - wenn Sie also erst einmal den Masterplan abgeschlossen haben wollen, bevor dann in zwei bis drei Jahren versenkbare Urinale installiert werden -, werden wir diesen Antrag ablehnen; denn das sehen wir nicht ein.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang sage ich auch ganz klar: Wir wollen heute die Sauberkeit um den Dom herum - und nicht erst, wenn der Masterplan drei Jahre alt ist und dann vielleicht im Jahr 2012 umgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen stelle ich noch einmal meine Frage an die Antragsteller. Wird das Pilotprojekt, das im Stadtentwicklungsausschuss schon einmal abgelehnt wurde, jetzt realisiert? Von mir aus kann das mit einem veränderten Sponsorvertrag geschehen, in dem die Kosten stärker auf die AWB verlagert werden; damit habe ich kein Problem. Werden diese beiden Maßnahmen jetzt aber umgesetzt - plus der Antrag? Das ist meine Frage. Deswegen frage ich Herrn Bacher, der diesen Antrag ja vertreten hat, noch einmal, ob wir erwarten können, dass diese beiden Urinale im nächsten halben Jahr gebaut werden. Ja oder nein?

(Michael Zimmermann [SPD]: Das kommt darauf an, wie schnell die Verwaltung arbeitet!)

Vielleicht können Sie mir das ja sagen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Bacher.

Götz Bacher (SPD): Ich helfe denjenigen, die nicht imstande sind, Anträge zu lesen. Unter Punkt 3 steht - -

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Lass doch bitte die Spitze beiseite. Das ist in dem Antrag nun einmal undeutlich formuliert.

Götz Bacher (SPD): Nein. Ich versuche jetzt doch, das hier vorzulesen. Punkt 3 lautet:

Versenkbare Urinale sollen mit dem Ziel, ihre Wirksamkeit in dem Bestreben um eine saubere Stadt zu belegen, im Rahmen eines befristeten Pilotprojektes ein Bestandteil des o. g. Gesamtkonzeptes sein.

Je schneller die Verwaltung der Stadt Köln uns ein Gesamtkonzept vorstellt, umso schneller werden diese versenkbaren - -

(Andreas Köhler [CDU]: Also nicht zeitnah! - Weitere Zurufe von der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Götz, dann sag den Menschen doch, was du willst. Im Klartext heißt das ja, dass du sie jetzt nicht haben willst.

(Beifall bei der CDU)

Götz Bacher (SPD): Herr Oberbürgermeister, die Bürger unserer Stadt warten schon seit langer Zeit darauf, ein Gesamtkonzept zu bekommen.

(Unruhe bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dann sag doch Ja zu meiner Vorlage.

Götz Bacher (SPD): Herr Oberbürgermeister, ich bin ja gerne freundlich zu Ihnen. Ihnen nach dem Mund reden möchte ich aber nicht.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Nur die Wahrheit sagen.

Götz Bacher (SPD): Ich sage das so, wie ich meine, es sagen zu müssen.

(Karl Klipper [CDU]: Herr Bacher, darf ich Sie etwas fragen?)

Stellen Sie uns dieses Gesamtkonzept vor. Damit ist auch der Bau der Urinale möglich.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Okay; ich habe verstanden. Danke. - Bitte schön.

Karl Klipper (CDU): Ich kann also davon ausgehen, dass die von der AWB vorgeschlagene Sponsoringmaßnahme nach Ihrem Antrag derzeit nicht umgesetzt wird und die beiden Urilifte erst dann kommen, wenn der Masterplan vorgelegt worden ist und durch sechs verschiedene Ausschüsse gegangen ist.

(Beifall bei der CDU)

Unter dieser Voraussetzung wird die CDU Ihren Antrag ablehnen, weil uns das heute überhaupt nicht hilft.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Jetzt ist erst einmal Herr Sterck an der Reihe. Danach bekommen Herr Dr. Müser und Frau May das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Ich bin über die Entwicklung der Debatte doch etwas überrascht. Herr Klipper, von daher bin ich auch dankbar dafür, dass Sie diese konkrete Frage noch einmal gestellt haben; denn ich sehe natürlich, dass das von SPD und Grünen hier Vorgelegte keine konstruktive Weiterentwicklung dessen ist, was wir eigentlich wollen.

(Beifall bei der CDU)

Vielmehr ist das eine ganz klare Nebelkerze.

(Karl Klipper [CDU]: Richtig!)

Im Stadtentwicklungsausschuss - Herr Streitberger freut sich dann immer - hatten wir ja schon die Frage nach dem Konzepte-Konzept und dem Masterplan für Masterpläne. Hiermit können wir dazu jetzt noch etwas ergänzen.

Im Übrigen ist ja die nächste Frage, ob wir die Umsetzung des Gesamt-Masterplans nachher überhaupt finanziert bekommen.

Von daher bin ich von dem, was SPD und Grüne hier vorgelegt haben, sehr enttäuscht. Das ist wirklich eine Nebelkerze.

In dieser Form werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen - es sei denn, Sie erklären, dass es sich dabei nicht um eine Ersetzung der Verwaltungsvorlage handelt, sondern um eine Ergänzung der Verwaltungsvorlage. Damit wäre ich einverstanden. Das könnten wir so machen.

Dann würde ich auch beantragen, dass wir es alternativ abstimmen. Ich kann mir das durchaus als Ergänzung vorstellen - das heißt, dass wir die Urinale

(Beifall bei der CDU)

plus das Toilettenkonzept bekommen -, aber nicht als Ersetzung. Das ist nicht das, was meine Fraktion will.

(Winrich Granitzka [CDU]: War das ein Antrag, Ralph?)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich würde jetzt gerne erst einmal die anderen Redner hören. - Herr Dr. Müser, bitte.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Man muss sich einmal die Historie dieser ganzen Angelegenheit vor Augen führen. Das Ganze ist ja erst einmal überhaupt nicht in den Rat gekommen. Vielmehr ist es zunächst, wie wir jetzt auch im Finanzausschuss erfahren haben, mehr oder weniger privat geregelt worden. Die AWB hat nämlich einen Sponsoringvertrag angeboten, der ohne Beschlussfassung durch den Rat oder ein anderes politisches Gremium umgesetzt werden sollte. Die ganze Thematik ist erst durch einen Antrag von uns in den Stadtentwicklungsausschuss gekommen und damit auch überhaupt diskutabel geworden.

Von daher ist der hier vorliegende Ersetzungsantrag natürlich vollkommen richtig. Wir haben in dieser Diskussion, die schon seit Anfang dieses Jahres geführt wird, von Anfang an immer wieder Folgendes in den Raum gestellt: Bevor wir einer ganz bestimmten Gruppe nicht unbedingt erwünschter Leute in Köln auch noch ein Privileg zukommen lassen, wollen wir erst einmal dafür

Sorge tragen, dass die Kölner Bürger, die sich genauso in Köln aufhalten wollen und hier genauso ihre Notdurft verrichten müssen, vernünftige öffentliche Toiletten vorfinden.

Übrigens habe ich noch heute mit einem Seniorenvertreter gesprochen, der mir ganz klar gesagt hat: Solange wir in Köln nicht in ausreichendem Maße öffentliche Toilettenanlagen haben, sodass wir Senioren uns auch im öffentlichen Raum bewegen können, sehen wir es nicht ein, dass solche Maßnahmen gesponsert und von der Stadt protegert werden - und um uns kümmert sich kein Mensch.

Von daher gehört es in der Prioritätensetzung natürlich nach ganz oben, dass wir erst einmal für die Kölner Bürger sorgen, bevor wir etwas für die Leute tun, die in die Stadt kommen, um sich volllaufen zu lassen. - Erster Punkt.

Zweiter Punkt. Der Punkt 3 des Ersetzungsantrages hat sich schon weitgehend erledigt, weil private Firmen - das haben wir im Finanzausschuss auch erfahren - hier bereits Fakten geschaffen haben. Wir haben also eine Pilotanlage.

Dort können wir sehen, wie das Ganze funktioniert und ob diese Pilotanlage tatsächlich angenommen wird. Dabei wird sich herausstellen - das ist ja das Interessante -, ob sich das Wildpinkeln im Bereich des Rheinauhafens dadurch vollständig erledigt hat.

Weil wir diesen Piloten haben, brauchen wir kein weiteres Pilotprojekt. Daher kann sich die Verwaltung darauf beschränken - daran arbeitet sie auch schon seit anderthalb Jahren, wenn ich das richtig in Erinnerung habe -, einmal für ordentliche öffentliche Toiletten in der Stadt zu sorgen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, dass anlässlich der WM im Jahr 2006 von der Verwaltung ein Flyer über die öffentlichen Toiletten herausgegeben wurde, in dem für die Zehntausenden von Touristen gerade einmal vier öffentliche Toiletten aufgeführt waren. Das ist einer Metropole natürlich nicht würdig.

In diesem Sinne halte ich den vorliegenden Ersetzungsantrag für den richtigen Weg. Man kann in diesem Rahmen auch über Urinale nachdenken - aber nicht unbedingt über diese Modelle, die das Wildpinkeln im Endeffekt nur institutionalisieren. Mit Sicherheit existieren auch andere Anbieter. In Paris und Berlin gibt es schon seit mehr als einem Jahrhundert öffentliche Pissoirs. Solche sind hier auch zu betrachten. Wir kleben nicht an diesem Urilifter, sodass wir das selbst-

verständlich - die entsprechende Forderung ist berechtigt - anzugehende Problem des Wildpinkelns auch mit Alternativen angehen können. Das ist ja auch in diesem Antrag enthalten.

Ich bitte aber um getrennte Abstimmung von Punkt 3; denn durch die Fakten, die von der Tochtergesellschaft HGK im Zusammenspiel mit der AWB schon geschaffen wurden, hat er sich meiner Meinung nach bereits erledigt. - Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich glaube, so langsam wissen wir alle gar nicht mehr genau, wo wir stehen. Ich habe auch den Eindruck, dass die SPD nicht ganz genau weiß, was sie beantragen wollte. Lassen Sie mich deshalb folgenden Antrag stellen.

Erstens. Wir möchten, dass die Urilifte jetzt gebaut werden.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Es ist richtig, die Verwaltung zu beauftragen, einen solchen Masterplan zu erarbeiten. Das ist auch nach unserer Meinung in Ordnung. Wenn dies aber dazu führt, dass beides verbunden wird und erst in fünf Jahren gemeinsam durchgeführt wird, dann sind wir dagegen.

Wir stellen daher den Antrag, dass die Urilifte jetzt gebaut werden und gleichzeitig von der Verwaltung ein solcher Masterplan erarbeitet wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Ott, bitte.

Jochen Ott (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist extrem ärgerlich, dass acht Jahre Versäumnis bei der Frage der Sauberkeit rund um den Dom und in der Altstadt

(Zurufe von der CDU: Oh!)

jetzt mit zwei versenkbaren Urinalen heilsbringend gelöst werden sollen. Das ist wirklich lä-

cherlich. Es löst auch in keiner Art und Weise die Probleme. - Erstens.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Wir sind in diesem Antrag eindeutig. Das Ganze hat auch nichts mit Nebelkerzen zu tun. Der zuständige Dezernent, Herr Streitberger, hat in der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses ja gesagt, dass die Stadt bereits an einem Konzept zu den WC-Anlagen arbeitet und dieses Konzept auch vorlegen will.

Wenn hier ein solches Instrument eingesetzt wird - bei den Urinalen handelt es sich nämlich um ein Instrument einer gesamtstädtischen Problemlösung -, muss es dafür auch einen Gesamtplan geben.

Diesen Gesamtplan muss die Verwaltung dann eben schnell erstellen. Weil Sie Ihren Oberbürgermeister kennen, planen Sie schon ein, dass das wieder fünf Jahre dauert.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

An dieser Stelle soll die Verwaltung gefälligst einmal schnell arbeiten. Dann kann sie das Ganze auch in vier Wochen hier vorlegen.

Außerdem steht in dem Antrag, dass die Bezirksvertretung über die Standorte entscheiden soll.

(Josef Müller [CDU]: Die BV hat zugestimmt!)

Das ist extrem wichtig; denn nach unserer Ansicht und auch nach Ansicht der Bezirksvertretung Innenstadt hat die Auswahl der Standorte für die Urinale keine gesamtstädtische Bedeutung, sodass die BV selbst darüber entscheiden kann. Die BV hat auch klaren Wert darauf gelegt, dass sie entscheidet, wo die Standorte sind.

(Karl Klipper [CDU]: Sie hat doch zugestimmt!)

Deshalb: Lest unseren Antrag. Das hilft beim Verstehen.

(Zuruf von Josef Müller [CDU] - Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Bauen wir jetzt Urinale oder nicht?)

- Wenn ihr fertig seid, rede ich weiter. Alles andere hat ja keinen Sinn.

(Zuruf: Sonst kriegst du auch einen Klassenbucheintrag!)

- Von Schule hast du zwar nicht viel Ahnung; das lassen wir aber einmal dahingestellt.

Letzter Punkt: Vor etlichen Jahren, im Jahr 1996, hatte ich die Gelegenheit, längere Zeit in einer europäischen Großstadt zu studieren. Damals habe ich es genossen, dass man in London auch nachts, wenn man einen trinken war, ohne Probleme auf eine öffentliche Toilette gehen konnte.

Wir brauchen auch in unserer Stadt - da bin ich bei dem, was Frau Kirchmeyer gesagt hat - vernünftige, saubere Toilettenanlagen. Viele Kölnerinnen und Kölner sind auch bereit, dafür den einen oder anderen Cent oder Euro zu bezahlen, wie wir es von den Autobahnraststätten in der Tat wissen.

Deshalb ist es nur recht und billig, dass die Stadt dieses Thema in den Mittelpunkt einer Planung setzt - zumal wir hier viel über Sauberkeit reden. Zu diesem Thema wurden in den letzten Jahren ganz viele Initiativen und Ideen gestartet. Daher wundert es mich extrem, dass jetzt in einer kurzen Art und Weise versucht wird, zwei Urinale, die das Problem angeblich lösen, als Heilsbringer nach oben zu bringen.

(Andreas Köhler [CDU]: Ablenkung! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich bin der Auffassung, dass der Stadtentwicklungsdezernent einen vernünftigen Vorschlag machen soll. Unser Antrag ist auch eindeutig. Wir sind für ein Gesamtkonzept. Wir sind überhaupt nicht für oder gegen Urinale. Darum geht es jetzt gar nicht. Es geht um ein Gesamtkonzept. Urinale sollen, wie wir in unserem Antrag geschrieben haben, ein Bestandteil dieses Gesamtkonzeptes sein. An diesem Gesamtkonzept soll Herr Streitberger jetzt bitte arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Ott, von diesen zwei Uriliften erwartet doch niemand das absolute Heil. Vielmehr sollen sie ein erster Einstieg sein, um in einer Pilotphase die Akzeptanz dieser Einrichtungen zu testen.

Im Übrigen haben Sie sich zwei Mal in Ihrer Rede ganz deutlich widersprochen.

Zum einen haben Sie die BV erwähnt, obwohl Sie ganz genau wissen, dass die BV Innenstadt schon entschieden hat. Also sind wir doch völlig d'accord.

Zum anderen haben Sie erst den Eindruck erweckt, Ihnen könnte entgangen sein, dass in den vergangenen Jahren einiges für die Domumgebung und die Sauberkeit in dieser Stadt gemacht worden ist,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

und sich dann selbst widersprochen, indem Sie gesagt haben, es seien ganz viele Initiativen in Sachen Sauberkeit gestartet worden. Stellen Sie es doch bitte nicht einmal so und einmal so dar.

Lassen Sie uns gemeinsam an dieses Thema herangehen, indem wir mit den beiden Uriliften beginnen, die schon quasi beschlossen sind und umgesetzt werden könnten.

Lassen Sie uns gleichzeitig die Verwaltung, wie in Ihrem Antrag vorgesehen, beauftragen, eine grundsätzliche Überplanung vorzunehmen - unter Berücksichtigung der BVen, die natürlich jeweils ihre Standortvorschläge machen können. Von mir aus kann man in diesem Zusammenhang auch über verschiedene Modelle nachdenken. Das ist alles sinnvoll und möglich. Damit können Sie die Verwaltung ebenfalls beauftragen. Das macht sie auch. Im Übrigen wird das sicherlich keine fünf Jahre dauern.

Wenn Sie an dieser Stelle aber sagen: „Ihr dürft jetzt nicht beginnen“ - und genau das steht nach meiner Auffassung in Ihrem Antrag -, dann können wir erst viel später anfangen.

(Jochen Ott [SPD]: Ihr könnt sofort beginnen!)

- Wir können sofort beginnen?

(Martin Börschel [SPD]: Ihr könnt das Konzept erarbeiten!)

- Ach, Herr Börschel. - Ich glaube, es ist klar.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist ja Arbeitsverweigerung!)

- Nein. Wir wollen nicht erst ein Konzept erstellen, sondern diese beiden Urilifte jetzt umsetzen. Darüber ist doch lange genug diskutiert worden. Sie sind doch alle dorthin gefahren, um sich das anzusehen, und haben die BV beschließen lassen. Also könnten wir jetzt anfangen. - Petra May, bitte.

Petra May (Einzelmandatsträgerin): Diese Diskussion kann doch wohl nicht wahr sein. Wo sind denn eigentlich die Frauen im Rat?

(Zurufe: Oh!)

Die Mehrheit der Bevölkerung hat gelernt, aushalten. Wir müssen auch eine ganze Menge aushalten. Wir halten aus, obwohl wir der Teil der Bevölkerung sind, der ständig auf die Toilette muss. Und dann diskutieren wir hier über Urinale! Ich hätte auch gerne einmal gehört, was das Frauenamt dazu sagt.

(Zurufe: Oh!)

- Ja. - Ich habe das in Rotterdam gesehen. Ich war entsetzt. Zwischen Kirche und Marktplatz packten auf einmal einige ihre Hosen aus. Man stand daneben und wusste nicht, wohin man gucken sollte. Anschließend gingen sie zurück zu ihren Marktständen und verkauften weiter Obst. Diese Erfahrungen in Rotterdam haben mich auf jeden Fall entsetzt. Es waren auch genug Ratsmitglieder dort, die das ebenfalls gesehen haben.

Obendrein ist noch ein Urinal am Seidenmacherrinnengässchen geplant. Dieser Standort ist ja noch viel schlimmer.

Damit werden Sie das Problem des Wildpinkelns auch nicht in den Griff bekommen.

Wir brauchen Toiletten - und zwar dort, wo Mütter mit ihren Kindern sind. Im Rheinpark müssen Sie lange nach einer Toilette suchen. Was macht man mit den Jungs? Man sagt ihnen: „Macht mal schnell an den Baum“, weil man keine Toilette findet; denn es gibt nur eine einzige, die irgendwo liegt. Den Mädchen wird gesagt: Ihr müsst bis abends aushalten; ihr müsst kneifen. - Das Ganze ist also eine Erziehungssache; bei Hunden im Übrigen auch.

Auch wenn zwei oder drei Urinale in der Innenstadt stehen, werden wir das Problem nicht lösen; denn es kommt auch eine psychologische Komponente ins Spiel. Man geht lieber in eine dunkle Ecke an eine Hauswand, als sich öffentlich an ein Urinal zu stellen - erst recht, wenn es an der Seite des Doms steht.

Das heißt, dass wir das in Punkt 3 des Antrags geforderte Pilotprojekt überhaupt nicht brauchen. Vielmehr brauchen wir Toiletten für alle; denn der größte Teil der Bevölkerung hat ja nichts von den Urinalen. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau May, Sie haben völlig recht. Wir brauchen in der

Tat jede Menge Toiletten, und zwar für alle. Dafür brauchen wir aber eine Finanzierung und auch ein Konzept. Da sind wir ja völlig d'accord.

In diesem Fall haben wir allerdings einen Sponsor gehabt, um mit diesen beiden Uriliften einzusteigen. Das muss man auch einmal klar sagen.

Beschließen Sie entsprechend, und geben Sie uns das Geld. Dann bauen wir überall Toiletten. Das ist mir ohnehin schon lange ein Ansinnen. - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Urinalspezialistinnen und -spezialisten! Ich habe den Eindruck, dass hier das Interesse besteht - insbesondere bei einigen Kollegen der CDU -, die Sache einfach zu zerreden.

(Widerspruch bei der CDU)

Das kann man natürlich auch tun.

(Andreas Köhler [CDU]: Nein! Aber Sie tun das mit Ihrem Antrag!)

- Im Text dieses Antrags wird die Angelegenheit doch ziemlich genau beschrieben.

In diesem Zusammenhang sollten Sie sich auch einmal vergegenwärtigen - auch wenn es schon einige Monate her ist -, dass im Rahmen des Bürgerhaushalts und der Eingaben zum Bürgerhaushalt die Schaffung vernünftiger öffentlicher Toilettenanlagen eine große Rolle gespielt hat. Dem kommen wir nach.

(Karl Klipper [CDU]: Nein, das tun Sie eben nicht!)

Damit wird ein markanter Fehler korrigiert. Im Jahr 1994 hatte dieser Rat mit den Stimmen von CDU und SPD nämlich die öffentlichen Toilettenanlagen zugunsten des sogenannten Decaux-Vertrags abgeschafft.

(Josef Müller [CDU]: Darum geht es doch gar nicht, Jörg!)

- Man sollte an dieser Stelle durchaus auch selbstkritisch sein.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass die SPD jetzt den Vorschlag unterstützt, öffentliche Toilettenanlagen einzuführen. Das ist gut; denn dieser Beschluss von 1994 war falsch.

Es wäre schön, wenn die CDU auch über ihren Schatten springen könnte und für öffentliche Toilettenanlagen eintreten würde, statt jetzt hier

beckmesserisch zu werden. Das wäre wirklich vernünftig.

Der Antrag zielt darauf ab, sowohl öffentliche Toilettenanlagen als auch Urinale einzurichten. Die Verwaltung soll die Aufgabe bekommen, diese beiden Prozesse parallel zueinander zu betreiben. Je schneller sie arbeitet, desto schneller kommen wir hier auch zu einem Ergebnis.

(Beifall bei der SPD)

Im Antrag wird aber auch ausgeführt, dass die vorliegende Verwaltungsvorlage Dinge enthält, die wir nicht unterstützen.

Erstens. Der Vertrag hat einige Fehler, die in unserem Antrag aufgelistet sind. Ich will hier nur einen dieser Fehler ansprechen. Aus dem Vertrag geht hervor, dass hinsichtlich des Sponsorings faktisch ein Monopol aufgebaut wird. Es kann aber sein, dass wir auch andere Anlagen mit Sponsoren betreiben wollen. Das darf nicht ausgeschlossen sein.

Zweitens. In unserer Fraktion konnte über die beiden in der Verwaltungsvorlage beschriebenen Standorte keine Einigung erzielt werden. Das heißt, dass sie nicht befürwortet wurden. Deshalb sind wir der Meinung, dass für die Urinale neue, vernünftige Standorte gefunden werden müssen - und zwar in enger Abstimmung mit der BV. Das steht auch so im Antrag.

Das bedeutet, dass man diese Urinale im Grundsatz aufstellen kann - allerdings nur dann, wenn die im Antrag genannten Randbedingungen erfüllt sind. Insofern stellt dieser Antrag einen ganz klaren Arbeitsauftrag dar.

Die CDU muss nur über die Hürde springen, ihren damaligen Fehler einzusehen und auch für öffentliche Toilettenanlagen zu sein.

(Andreas Köhler [CDU]: Wie haben denn die Grünen in der BV 1 gestimmt?)

Dann wird beides kommen - das eine als Pilotprojekt und das andere in jedem Fall als dauerhafte Anlage.

Machen wir es also nicht komplizierter, als es ist! Stimmen Sie dem Änderungsantrag zu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Jetzt spricht noch Herr Dr. Müser - bitte kurz. Dann

können wir auch abstimmen. Die Positionen sind klar, glaube ich.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sie haben es eben so dargestellt, als seien diese beiden Urinale gesponsert. Damit wurde ein falscher Eindruck vermittelt. Das ist kein Sponsoring, weil eine hundertprozentige Tochter der Stadt Köln das Ganze finanziert. Auch wenn es ein Nebenhaushalt ist, geht es doch ganz klar zulasten der Stadt Köln. Es ist also kein Sponsoring.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Irgendeiner muss es immer bezahlen; das ist völlig klar.

(Lachen bei der SPD)

Die Ausgaben im Rahmen eines Masterplans werden aber nicht von der AWB bezahlt, sondern müssen von der Stadt bezahlt werden. Das heißt, dass Sie sie in Ihren Haushalt einstellen müssen.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Wir ziehen das aus dem Haushalt des OB ab!)

- Im Haushalt des OB ist gar nicht so viel drin, Herr Detjen. Nehmen Sie lieber den Topf mit Ihren PDS-Geldern. Da ist mehr drin.

(Beifall bei der CDU)

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Die zweite Frage ist, wie der Sponsoringvertrag zustande gekommen ist und ob am Anfang der Gespräche mit der AWB auch die Alternative im Raum gestanden hat, öffentliche Toilettenanlagen zu fördern, die für jeden Mann und jede Frau zu benutzen gewesen wären. Ich bezweifle, dass die AWB sich erst jetzt im Nachhinein dagegen stellen - was durchaus nachvollziehbar wäre. Dass das Ganze von vornherein nur auf die Urilifte abgestellt war, ist mittlerweile ja auch bekannt, denke ich. Daher kann man hier nicht so tun, als hätten die öffentlichen Toiletten für jeden Mann und jede Frau gleichwertig danebengestanden.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ich glaube, das ist aber auch in der Natur der Sache bedingt. Das wissen wir alle.

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt - die uns meines Erachtens auch nicht viel mehr bringen würden -, darf ich abstimmen lassen.

Der weitestgehende Antrag lautet, über die Vorlage plus den Änderungsantrag - allerdings mit Ausnahme des Punktes 3; denn das widerspräche sich, wenn man die Vorlage beschließt - abzustimmen. Das ist der Antrag, der von CDU und FDP hier gemeinsam gestellt worden ist.

(Michael Zimmermann [SPD]: Lesen Sie ihn bitte noch einmal vor!)

- Das ist die Vorlage, die Sie kennen und die ich Ihnen daher nicht noch einmal vorzulesen brauche, plus Ihr Änderungsantrag, den ich Ihnen jetzt auch nicht vorzulesen brauche, ohne den Punkt 3; denn der Punkt 3 wäre ein Widerspruch gegenüber der Vorlage. Sie haben ja einen Ersetzungsantrag gestellt.

Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die FDP und meine Stimme. Bekanntlich ist das zu wenig. Gegenstimmen? - SPD, Grüne, Linke, Herr Dr. Müser und Frau May. Enthaltungen? - Bei pro Köln. Damit ist das abgelehnt.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag von Rot-Grün abstimmen.

(Dr. Martin Müser [Kölner Bürger-Bündnis]: Über Punkt 3!)

- So etwas kann bedauerlicherweise nur eine Fraktion beantragen. Deswegen sind Sie leider nicht dazu befugt.

Ich lasse jetzt also über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind SPD, Grüne, pro Köln, Linke, Herr Dr. Müser und Frau May. - Sie sind nicht dafür, Frau May? - Nein. Trotzdem ist das eine Mehrheit. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von CDU und FDP sowie meine Stimme. Enthaltungen? - Frau May enthält sich.

Frau May, können Sie bitte einmal deutlich Ihr Zeichen geben? Ich kann nicht sehen, wie Sie abstimmen. Es ist jedes Mal dasselbe. Hinterher winken Sie dann immer freundlich herüber. Das ist ja sehr nett. Ich würde Ihren Arm aber gerne in dem Moment sehen, in dem ich um das entsprechende Handzeichen bitte. Das ist wirklich ganz schwierig. Ich bringe Ihnen nächstes Mal ein Kissen für Ihren Stuhl mit, damit es ein bisschen deutlicher wird.

Der Änderungsantrag ist also angenommen worden. Damit gehen wir jetzt erst einmal an den Masterplan heran.

Nun kommen wir zu:

9.3 Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Integrationsrates durch Einrichtung einer Mehrstelle für Geschäftsführung und Unterstützung des Integrationsrates 1268/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Bei pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Jetzt rufe ich auf:

9.4 Optimierte Dienstleistung - im Bezirk und im modernen Europa 1766/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion pro Köln AN/1778/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion pro Köln AN/1781/2008

Zu dem Änderungsantrag von pro Köln spricht Herr Schöppe.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben nicht nur einen Änderungsantrag, sondern zwei Änderungsanträge vorgelegt.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Richtig.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Das macht ja nichts. - Ich fange einmal mit dem Änderungsantrag an, den Herr Ott schon bei der vorigen Sitzung ansprechen zu müssen meinte, als es doch um unseren schönen Kongress ging. Was dieser Antrag mit unserem Kongress zu tun hat, weiß ich auch nicht genau. Als Lehrer sollte man allerdings eigentlich der deutschen Rechtschreibung mächtig sein, Herr Ott. Aber vielleicht unterrichten Sie ja nur Sport und haben mit Deutsch nichts zu tun.

Netterweise wusste der *Express* zwei Tage, nachdem ich meinen Antrag gestellt hatte, genau das zu thematisieren, was ich in meinem Antrag thematisiert habe, nämlich den falschen Umgang

mit dem Eszett. Bekannterweise ist die deutsche Rechtschreibung nicht für jeden ganz einfach. Daher kläre ich gerne einmal auf. Bekanntlich gebe ich auch Nachhilfe. Das mache ich auch hier gerne. Das Eszett ist ein kleiner Buchstabe. Vor einiger Zeit hat sich jemand den Spaß gemacht, einen Großbuchstaben für das Eszett zu entwerfen. Der Duden ist dem aber nicht gefolgt. Laut Duden ist das Eszett also weiterhin ein kleiner Buchstabe und sollte auch als solcher verwendet werden.

In dem von Ihnen entworfenen schönen Konzept sind an mehreren Stellen Kapitälchen verwendet worden. Ich wurde extra darauf hingewiesen, doch bitte zu erklären, was Kapitälchen sind. Das weiß ja nicht jeder. Der eine oder andere hat sicherlich schon einmal mit Word gearbeitet. Dort gibt es eine Schaltfläche mit einem großen K und eine Schaltfläche mit einem etwas kleineren K. Das große K heißt, dass der gesamte Text in Großbuchstaben erscheinen soll. Das etwas kleinere K bedeutet Kapitälchen. Das sind auch Großbuchstaben, die aber - -

(Josef Müller [CDU]: Wir haben halb zehn!)

- Ich habe noch drei Minuten. Das passt noch.

(Claus Ludwig [Die Linke.Köln]: Wie kann man die Zeit mit Unsinn füllen?!)

- Herr Ludwig, machen Sie sich keine Sorgen. Ich glaube Ihnen ja, dass Sie das nicht verstehen, weil es Ihren geistigen Horizont übersteigt. Das glaube ich Ihnen doch.

(Beifall bei pro Köln)

Es tut mir ja leid, dass ich davon mehr Ahnung habe als Sie.

Kapitälchen sind also Großbuchstaben, die aber an verschiedenen Stellen größer und an anderen Stellen kleiner geschrieben sind. Dafür gilt die deutsche Rechtschreibung. An dieser Stelle gilt der Duden. Da verwendet man kein Eszett, sondern stattdessen ein SS - oder gegebenenfalls sogar ein SZ. Wenn man zum Beispiel „Masse“ mit „Maße“ verwechseln könnte, verwendet man ein SZ. Das sieht der Duden so vor.

Vor diesem Hintergrund ist es mehr als unverständlich, dass ein Lehrer wie Herr Ott meint, uns Böses unterstellen zu können, indem er die Frage stellt, wie wir denn nur fordern könnten, hier die Buchstaben SS zu verwenden. Ich habe doch im Antrag auch noch extra darauf hinge-

wiesen, dass man gegebenenfalls SZ schreiben sollte.

Unser zweiter Änderungsantrag beschäftigt sich mit den in diesem Konzept verwendeten Anglizismen. Dort ist wiederum von Welcome Center, Shared Services, Scouts, Content-Management-System und Frontoffice die Rede - wobei ich für Frontoffice an verschiedenen anderen Stellen auch bereits den Begriff Schnellschalter gelesen habe. Es geht dann also auch schon einmal. Hier meint man aber, von Frontoffice reden zu müssen.

Lassen Sie mich jetzt von unseren Änderungsanträgen zur Sache kommen. Ich habe bei dieser Gelegenheit einige Nachfragen.

Erstens. In diesem Konzept wird angesprochen, dass es inländische Neubürger gebe - auch ein interessanter Ausdruck: inländische Neubürger -, die unzureichende Deutschkenntnisse hätten, wohingegen Ausländer aus dem benachbarten Ausland womöglich besser mit der deutschen Sprache zurechtkämen. Da bitte ich die Verwaltung doch um Aufklärung.

Zweitens. In dem Konzept werden netterweise die Grünflächen, die Grünflächenordnung und das Grillen thematisiert. Es würde mich freuen, wenn es infolge dieses Konzeptes, falls es beschlossen werden sollte, dazu käme, dass wir in dieser Richtung keine Klagen mehr hören. Im Kölner Süden soll es nämlich in etlichen Grünanlagen Probleme mit der Wildgrillerei geben, und das Ordnungsamt scheint da leider etwas überfordert zu sein.

Drittens. Mir fehlt immer noch eine technische Aufklärung, was die Anwahl der Rufnummer 115 außerhalb des 0221-Bereiches betrifft. - Mir bleiben noch 14 Sekunden; das ist schön. - Bekannterweise funktioniert das bei der 112 und der 110 leider nicht korrekt. Ich gehe davon aus, dass es bei der 115 bedauerlicherweise auch nicht richtig funktionieren wird. Wir haben immer noch fünf verschiedene Vorwahlen in Köln. Langsam sollte man doch einmal daran arbeiten, diesen Zustand abzuschaffen; denn ansonsten werden wir bei der 115 die gleichen Probleme bekommen wie bei der 110 und der 112.

In diesem Sinne bitte ich um die Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Es gibt weitere Wortmeldungen. Zunächst Herr Zimmermann, bitte.

Michael Zimmermann (SPD): Angesichts der fortgeschrittenen Verwirrtheit der pK-Vertreter würde ich jetzt gerne auf meinen Redebeitrag verzichten, obwohl es sich um ein wichtiges Thema handelt. Wir stimmen der Verwaltungsvorlage zu. Ich möchte meine Rede zu Protokoll geben, zumal die Zeit auch schon etwas fortgeschritten ist. Wenn die anderen damit einverstanden sind, können wir vielleicht gleich abstimmen.

(Michael Zimmermann [SPD] reicht beim Stenografen sein Redemanuskript zu Protokoll ein [siehe Anlage 1])

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Herr Reppen, bitte.

Dietmar Reppen (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Zimmermann, ich möchte hier doch noch kurz auf einige Punkte inhaltlicher Art eingehen, weil es sich in der Tat um ein wichtiges Thema handelt.

In diesem Zusammenhang darf ich auch daran erinnern, dass sich der Wind ein bisschen gedreht hat. Vor ein paar Jahren haben wir hier darüber gesprochen, Meldehallen zu schließen. Die FDP hat seitdem dagegen gekämpft. Wir waren nicht der von einer Fraktion in diesem Hause damals vertretenen Auffassung, dass wir keine Meldehallen brauchen, weil der Bürger bzw. die Bürgerin ohnehin nur alle zehn Jahre zum Verlängern des Personalausweises in die Meldehallen geht. Dieser Auffassung sind wir nicht.

Daher sind wir sehr froh darüber, dass wir jetzt infolge dieser Vorlage eine echte Weiterentwicklung des Bürgerservices bekommen. Es freut uns auch, dass es hier zu einer 180-Grad-Wendung gekommen ist. Insofern sehen wir uns auch ein bisschen bestätigt. Dass unsere damaligen Befürchtungen an dieser Stelle nicht Wirklichkeit geworden sind, finde ich sehr gut. Ich freue mich, dass wir jetzt die Kraft haben, diese Änderungen herbeizuführen.

Einige Elemente aus diesem Konzept sind auch bereits umgesetzt. So ist die Einheitssachbearbeitung - dabei erfolgt die Bezahlung gleich bei dem betreffenden Sachbearbeiter - in die Wege

geleitet. Es hat schon Testbetriebe gegeben. Das ist verwirklicht. Des Weiteren begrüßen wir die Wiedereinführung des bezirklich ausgerichteten Ordnungsdienstes - auch das war seinerzeit eine zentrale Forderung - und vieles andere mehr. - Ich möchte es zunächst einmal dabei belassen. Wir finden es gut, dass es so gekommen ist.

Im AVR bekommen wir ja halbjährlich einen Sachstandsbericht vorgelegt. Das Ganze wird auch noch evaluiert. Diese Ergänzung haben wir im AVR vorgenommen. Dem haben wir uns auch angeschlossen. Insofern werden wir dieses Thema weiter beobachten. In diesem Zusammenhang werden wir natürlich auch die sicherlich noch eingehenden weiteren Anregungen aus den Bezirken und die sonstigen Erfahrungen in unsere folgenden Überlegungen einbeziehen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Reppen, ich bin sehr dankbar dafür, dass Sie das noch einmal gesagt haben. Ich nehme an, dass Herr Zimmermann in seiner Rede auch Ähnliches erwähnen wollte.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen, und zwar zunächst einmal über die Änderungsanträge. - Bitte?

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Ich habe zwei technische Fragen gestellt. Zum einen ging es darum, ob in Bezug auf die Umsetzung der Grünflächenordnung, die zurzeit ja nicht zufriedenstellend funktioniert, infolge des Konzeptes eine Besserung zu erwarten ist.

Zum anderen habe ich eine Frage bezüglich der Rufnummer 115 gestellt. Ich habe jetzt schon seit Wochen und Monaten in den verschiedensten Gremien nach, wie man sicherstellen will, dass es bei der 115 besser klappt, und ob man bei dieser Gelegenheit nicht endlich einmal die Vorwahlen anpassen will. Derzeit landet man nämlich nicht bei den Kölner Behörden, wenn man in den Vorstädten die 110 oder die 112 wählt. Wenn man in Meschenich die 110 anruft, landet man in Brühl; wenn man in Godorf die 110 anruft, landet man in Wesseling. Ich möchte gerne wissen, wie das in diesem Konzept in Bezug auf die 115 angedacht ist.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Hatten Sie das nicht schon im AVR gefragt?

(Zuruf von der CDU: Ja, sicher!)

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Im AVR nicht. In der Bezirksvertretung.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Aha! Dort wird es aber normalerweise behandelt. - Herr Stadtdirektor, bitte - vielleicht in angemessener Kürze.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, dass wir diese Fragen im AVR beantworten. Sie wissen, dass es ein gestuftes Konzept ist und dass natürlich an technischen Lösungen gearbeitet wird. - Danke.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann können wir abstimmen.

Wer für den ersten Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum zweiten Änderungsantrag. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist dieser Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Nun stimmen wir über die Vorlage ab - wie Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Anlage 5. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die große Mehrheit. Ich frage direkt nach Gegenstimmen. - Gegenstimmen gibt es gar keine. Enthaltungen? - Bei pro Köln und Herrn Dr. Müser. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, das ist vielleicht die wichtigste Vorlage unserer heutigen Tagesordnung; denn ihre Auswirkungen werden die Bürger direkt spüren. Sie wird jetzt hoffentlich auch zügig umgesetzt. Wir haben ja noch eine Reihe anderer Dinge vor, die bereits in der Pipeline liegen. Ich nenne nur den Willkommen-Service, die gerade angesprochene Rufnummer 115 und den einheitlichen Ansprechpartner. Alle diese Dinge kommen den Menschen in der Stadt wirklich zugute.

Herr Kahlen, ich danke Ihnen auch herzlich für Ihre Mitarbeit an diesem Thema. Das Ganze ist uns ein großes Anliegen, das wir seit langer Zeit verfolgen. Nach diesem sehr deutlichen Votum des Rates können wir es jetzt auch umsetzen. Herzlichen Dank auch Ihnen.

Wir kommen zu:

9.5 Verlängerung der Stadtbahnlinie 5 in Ossendorf hier: Erweiterter Planungsbeschluss 3058/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

9.6 Unterzeichnung des Konvents der BürgermeisterInnen und der EUROCITIES Erklärung zum Klimawandel 3186/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Nun kommen wir zu:

9.7 Einrichtung von 14 Mehrstellen für die Objektbetreuung an Schulen, Kindertagesstätten und Verwaltungsgebäuden bei der Gebäudewirtschaft (GW) 3404/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig.

Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Genehmigung dieser 14 Mehrstellen. Das will ich deutlich sagen. Schließlich müssen wir in den Jahren 2008 und 2009 wesentlich mehr Geld „verarbeiten“. Im Sinne der Sanierung und Instandhaltung unserer Schulen wollen wir dies alle gemeinsam tun. Mit diesem zusätzlichen Personal, das Herr Kollege Streitberger sicherlich gut gebrauchen kann, ist das umso besser möglich. Es sind also gut angelegte Mittel für sinnvolle Stellen.

An dieser Stelle rufe ich auf:

9.8 Umbau und Modernisierung Rechenzentrum Chorweiler in Köln-Chorweiler, Athener Ring 3456/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig.

Jetzt kommen wir zur gemeinsamen Beratung der folgenden beiden Tagesordnungspunkte:

3.3 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend Programm „Win-Win - für Köln“ AN/1945/2008

Antwort der Verwaltung vom 25. September 2008
4259/2008

9.9 „Win-Win - für Köln“ - ein kombiniertes Programm der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik zur Wertverbesserung städtischer Gebäude 3474/2008

Ich beginne mit der Frage, ob es zu der Beantwortung der Anfrage noch Nachfragen gibt. - Das ist nicht der Fall.

Gibt es zu diesen Punkten ansonsten Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Kellner.

Michael Kellner (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Beim ersten Lesen der Vorlage „Win-Win - für Köln“ erschien Mitgliedern unserer Fraktion einiges in dieser Vorlage durchaus vielversprechend. Hier sollen Jugendliche und junge Erwachsene von kompetenten und erfahrenen Menschen qualifiziert und auf diese Weise an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt werden.

(Beifall von Martin Börschel [SPD])

Außerdem ist ein Wechsel in den einzelnen Einsatzbereichen möglich. Die Einbeziehung von Unternehmen des ersten Arbeitsmarktes könnte für Jugendliche von Vorteil sein, da sich beide Seiten in der konkreten Arbeit kennenlernen.

Das war, wie gesagt, unser erster Eindruck. Völlig offen bleibt in der Vorlage aber, in welchen Beschäftigungsmaßnahmen die eingesetzten Menschen beschäftigt werden und wie ihre Bezahlung geregelt ist.

Wir haben wüst herumtelefoniert, um hier befriedigende Antworten zu erhalten. Aber je mehr wir uns erkundigt haben, umso verschiedener fielen die Antworten aus. Von „auf keinen Fall Ein-Euro-Jobs“ bis „natürlich Ein-Euro-Jobs; alles andere wäre kontraproduktiv“ war alles drin. Wie viele Menschen werden nun wie bezahlt? Sind

sie vertraglich abgesichert? Die Fragen bleiben. Wir sind bis jetzt nicht klüger geworden.

Dazu kommt, dass hier ein Programm verabschiedet wird, dessen Projekte überhaupt noch nicht klar sind. Die zu sanierenden Gebäude werden zwar aufgezählt; es muss aber erst noch geklärt werden,

welche Objekte für eine Umsetzung durch den 2. Arbeitsmarkt geeignet sind.

Auch die sogenannten Stadtverschönerungsträger werden genannt; später heißt es aber:

Anschließend ist eine Auswahl und „Beauftragung“

- in Klammern: warum Anführungsstriche bei „Beauftragung“? -

der Träger im Hinblick auf die zu tätigen Gewerke notwendig.

Auch hier bleibt also vieles unklar - und das bei einem Geldbetrag von 4,5 Millionen Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann doch nicht für ein Programm mit einer solchen Summe stimmen, bei dem nicht klar wird, welche Projekte durchgeführt werden, welche Träger beteiligt sind und wie die Menschen, die dort arbeiten, bezahlt werden. Meine Fraktion hat den Eindruck, dass hier ganz schnell Geld für bestimmte Strukturen, die erhalten werden sollen, beschlossen werden soll. Dabei geht es offensichtlich weniger darum, welches Projekt für welche Menschen wirklich sinnvoll ist.

Ehrlich gesagt: Das ist kein Win-Win-Projekt, sondern ein Lose-Lose-Projekt.

Die Fraktion Die Linke ist der Meinung, dass hier ein guter Ansatz für ein öffentlich gefördertes Beschäftigungsprogramm vor die Wand gefahren wird. Unserer Ansicht nach ist die Vorlage völlig unzureichend. Sie sollte besser zurückgezogen und überarbeitet werden. Wir können ihr so nicht zustimmen.

(Beifall bei Die Linke.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Kellner, wir werden sie aber nicht zurückziehen. Deswegen lasse ich jetzt, wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, darüber abstimmen.

Wir stimmen ab wie Finanzausschuss, Anlage 2.

Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Die Linke, wie Herr Kellner gerade schon angekündigt hat. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Damit kommen wir zu:

9.11 Trägerschaft der Kindertageseinrichtung Weststraße, 50997 Köln (Meschenich) und Untervermietung 3252/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Nun rufe ich auf:

9.12 Ausschreibung Rahmenvertrag Elektrogeräte für Sozialhilfe- und Arbeitslosengeld-II-Empfänger 3344/2008

Es soll abgestimmt werden wie Ausschuss Soziales und Senioren, Anlage 3.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Einstimmig.

Dann kommen wir zu:

9.13 Beteiligung der Stadt Köln an der VITAKO (Bundes-Arbeitsgemeinschaft Kommunaler IT-Dienstleister e. V.) 3487/2008

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf:

9.14 Gewährung eines einmaligen Investitionskostenzuschusses für den Sozialdienst Katholischer Männer E. V. Köln (SKM) in Höhe von 189.750 Euro für die Verlagerung der vorhandenen Not-schlafstelle 3579/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. In Abwesenheit von Ratsmitglied Michael Paetzold einstimmig so beschlossen.

Wir kommen damit zu:

9.15 Zusätzliche Mittel zur Förderung des Therapiezentrums für Folteropfer - Flüchtlingsberatung im Caritasverband für die Stadt Köln e. V. für die Jahre 2008 und 2009 3822/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann mit großer Mehrheit so beschlossen.

Nun rufe ich auf:

9.16 Zusätzliche Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2008 3828/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Mit großer Mehrheit beschlossen.

Ich komme zu:

9.17 Generalinstandsetzung Flora 3464/2008

Hier stimmen wir ab wie Betriebsausschuss Veranstaltungszentrum Köln, Anlage 5.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegen Herrn Dr. Müser. Enthaltungen? - Bei der Linken. Dann mit großer Mehrheit so beschlossen.

Jetzt rufe ich auf:

9.18 Fortführung der Drogentherapeutischen Ambulanz des Gesundheitsamtes im Jahr 2009 3518/2008

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei pro Köln. Damit bei Enthaltung von pro Köln einstimmig beschlossen.

Nun kommen wir zu:

9.19 Bedarfsfeststellung, Einführung des neuen Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystems (ALKIS) 3157/2008

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig.

Ich rufe auf:

9.20 Haushaltsjahr 2008**Genehmigung von Mehraufwand zur Förderung der Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen
3890/2008**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei pro Köln. Damit bei Enthaltung von pro Köln einstimmig.

Wir kommen zu:

**9.21 Bürgerzentrum Deutz - Realisierung Barrierefreiheit und Integrations-Gastronomie
1954/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig.

Ich rufe auf:

**9.22 Mehraufwendungen im Haushaltsplan 2008/2009 zur Kompensation der Personalkostensteigerungen bei Trägern der freien Wohlfahrtspflege sowie der sonstigen freien Träger aus den Bereichen Jugendhilfe, Sozialarbeit, Gesundheit und Migration sowie an die Träger von Bürgerzentren
3695/2008**

Dazu liegt Ihnen die Beschlussvorlage in der Neufassung vor. - Herr Kluth, bitte.

Walter Kluth (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Mit dieser Vorlage sollen die Mehrkosten der Träger der freien Wohlfahrtspflege kompensiert werden, die sie jetzt infolge der Gehaltserhöhung zu tragen haben.

Wir haben diese Vorlage nicht im Sozialausschuss behandeln können, weil sie so spät gekommen ist. Anschließend haben wir uns aber damit einverstanden erklärt, dass sie heute in die Ratssitzung kommt.

In der Diskussion in unserer Fraktion haben wir festgestellt, dass im Jugendbereich und im Sozialbereich offensichtlich unterschiedliche Berechnungsgrundlagen angewendet worden sind. Zumindest ist uns das so aufgefallen.

Wir wollen jetzt folgendermaßen verfahren: Wir wollen die Vorlage heute beschließen, aber die Anmerkung zu Protokoll geben, dass die Verwal-

tung bei der Spitzabrechnung - im nächsten Jahr wird das Ganze ja noch exakt ausgerechnet - genau darauf achtet, dass im Jugendbereich, im Sozialbereich und im Gesundheitsbereich auch die gleichen Grundlagen in Bezug auf die Personalkostenanteile angewendet werden. - Das ist unsere Bitte.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dazu gibt es zwei Wortmeldungen vonseiten der Verwaltung. Zunächst Frau Bredehorst, bitte.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Meine Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz etwas dazu sagen, dass Sie in unterschiedlichen Bereichen unterschiedliche Berechnungen finden. Die Ursache liegt darin, dass der Finanzausschuss uns aufgegeben hat, die tatsächlich anfallenden Tarifierhöhungen zu ersetzen. Insofern hat meine Verwaltung genau ausgerechnet, welche Personalkosten anfallen; denn nur bei den Personalkosten gibt es ja diese Erhöhung.

Dabei haben wir festgestellt, dass der Personalkostenanteil je nach Zuschussart immer unterschiedlich hoch ist. Das richtet sich nach den einzelnen Sachgebieten. Daher kann im Bereich bestimmter Zuschüsse, zum Beispiel bei den Bürgerzentren, der Personalkostenanteil geringer sein - dafür fallen dann beispielsweise mehr Mietkosten an -, während im Bereich anderer Zuschüsse, meinerwegen im Jugendbereich, mehr Personalkosten anfallen.

Das ist aber völlig egal, weil ohnehin spitz abgerechnet wird. Die in den Anlagen gemachten Mengenangaben sind nur eine Richtgröße für Sie, damit Sie wissen, wie viel Geld mit dieser Vorlage ungefähr freigesetzt werden wird. Tatsächlich wird alles aber noch einmal ganz genau abgerechnet.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Frau Dr. Klein, bitte.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Zur Ergänzung: Wir werden diese unterschiedlichen Berechnungswege in den Spitzabrechnungen im Rahmen der Verwendungsnachweise glattziehen und den Fachausschüssen jeweils dazu berichten.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dann können wir abstimmen, glaube ich. - Es gibt noch eine Wortmeldung dazu. Bitte, Frau Wilden.

Regina Wilden (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In dieser Vorlage sind einige Einrichtungen enthalten, bei denen wir der Meinung sind, dass sie keine öffentlichen Gelder erhalten sollen. Ich nenne hier nur einige: Jugendzentrum anyway, ein homosexueller Jugendklub für Kinder ab 12 Jahre; Rubicon - Sozialwerk für Lesben und Schwule ab 40 Jahre; Looks e. V., ein Förderverein für homosexuelle Stricher ab 13 Jahre in Köln; Junkie Bund Köln, ein Bund für Drogengebraucher.

Andererseits sind darin einige Einrichtungen enthalten, die sehr wohl eine Förderung verdient haben.

Infolgedessen werden wir uns der Stimme enthalten. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Pro Köln enthält sich also. Gibt es ansonsten Enthaltungen oder Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das in Abwesenheit von Ratsmitglied Monika Schultes einstimmig so beschlossen.

Nun kommen wir zu:

**9.23 Nord-Süd Stadtbahn, 2. Baustufe
Vorlage der Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung sowie Beschluss zur weiteren Vorgehensweise
4037/2008**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion
AN/1977/2008**

Dazu spricht Herr Möring. Bitte schön.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Angesichts der fortgeschrittenen Zeit nur ganz knapp und ohne ausführliche inhaltliche Begründung: Wir haben diesen Änderungsantrag, der im Verkehrsausschuss heute schon einmal behandelt worden ist, hier im Rat als Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage zur Abstimmung gestellt, weil wir der Auffassung sind, dass sich angesichts der Bedeutung dieses Themas auch alle diejenigen

in dieser Frage positionieren sollten, die im Ausschuss kein Stimmrecht haben.

Uns geht es darum, dass mit diesem Antrag und einer Ergänzung, die ich gleich noch ansprechen werde, der Tunnellösung der Vorzug gegeben wird.

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass wir uns bei allen Maßnahmen, die wir beschließen werden, im Bereich von Reparaturmaßnahmen befinden.

Wir reden über lange Zeiträume, über hohe Belastungen und über eine Hauptverkehrsstraße, die angesichts der vor einiger Zeit beschlossenen Verengung der Bonner Straße in ihrer Bedeutung nicht kleiner geworden ist. Auch wenn wir respektieren, dass es nach Verbesserung der ÖPNV-Verbindungen Verlagerungsbewegungen gibt, gehen wir davon aus, dass der Verkehrsfluss auf der Rheinuferstraße nur mit einem Tunnel auf Dauer vernünftig aufrechterhalten werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen beantragen wir hier - im Sinne der Beschlüsse der BV 2 und der BV 1 -, dass die Verwaltung beauftragt wird, die Tunnellösung planerisch direkt in Angriff zu nehmen, und dass die Vorsorgemaßnahme bei der Vergabe des Bauauftrages für die 2. Baustufe auch beschlossen wird.

Herr Oberbürgermeister, für den Fall, dass dieser Antrag in dieser Form keine Mehrheit finden sollte, bitte ich hilfsweise um Folgendes: Wir haben Anfang dieser Woche - noch vor den Voten der BVen - einen ähnlichen, aber schwächeren Änderungsantrag gestellt. Ich bitte, diesen Antrag dann auch hier zur Abstimmung zu stellen.

(Zuruf von der SPD: Das geht aber nicht!)

- Natürlich geht das.

Dieser Antrag lautet in der Substanz - das möchte ich kurz vorlesen -:

Um eine spätere Tieferlegung der Fahrbahn nicht auszuschließen, sollen bei der Vergabe der Bauleistungen für die 2. Baustufe die baulichen Vorleistungen für eine mögliche Tieferlegung der Straße im Bereich der Stadtquerung berücksichtigt werden.

Vor einer Festlegung der Ausbauvarian-
te - Aufweitung oder Tieferlegung - soll
die Verwaltung durch eine Simulation
die künftige Verkehrsentwicklung in der
Kombination ÖPNV und IV darstellen.

In der Praxis würde dieser Antrag bedeuten,
dass wir zunächst eine Vergabe mit Vorleistung
beschließen und die Frage, ob eine Aufweitung
oder ein Tunnel gebaut wird, etwas später ent-
scheiden, sobald wir noch mehr Klarheit haben,
zum Beispiel durch eine solche Simulationsun-
tersuchung.

Das ist unser hilfswise gestellter Antrag. Ich bit-
te, darüber abzustimmen zu lassen, falls unser
Hauptantrag in der Abstimmung gleich keine
Mehrheit finden sollte.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke
schön. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte
schön, Herr Kron.

Peter Kron (SPD): Herr Oberbürgermeister! Lie-
be Kolleginnen und Kollegen! Wir haben dieses
Thema im Frühjahr mehrfach diskutiert und uns
in zwei Sondersitzungen des Ausschusses inten-
siv damit beschäftigt. Das letzte Mal haben wir
heute Mittag um 13 Uhr eingehend darüber dis-
kutiert und die Meinungen ausgetauscht. Von
daher will ich auch in aller Kürze, die sinnvoll ist,
die Auffassung der SPD-Fraktion darstellen.

Die CDU hat schon sehr früh im Frühjahr die
Tunnellösung präferiert - was ihr gutes Recht ist -
und das damals auch schon einmal beantragt.

Die SPD-Fraktion hat gesagt: Wir möchten erst
einmal noch einiges wissen. Wir möchten wis-
sen, wie sich die verschiedenen Möglichkeiten -
übrigens gibt es ja zwei Tunnelmöglichkeiten -
verkehrlich auswirken, welche Kosten jeweils
entstehen und - das ist ganz wichtig - wie es mit
der Förderfähigkeit aussieht.

Das entsprechende Gutachten liegt jetzt vor.
Dieses Gutachten haben wir intensiv studiert und
in der Fraktion sowie im Arbeitskreis darüber ge-
redet, wie das so üblich ist. Dabei sind wir zu der
Auffassung gekommen, dass wir es nachvollzie-
hen können.

Den gleichen Schluss hat übrigens auch die
Verwaltung gezogen; denn das Gutachten ist mit
seinem Ergebnis in der Fachverwaltung bei

Herrn Streitberger so akzeptiert worden und
dann von Herrn Oberbürgermeister so einge-
bracht worden.

In diesem Gutachten steht, dass die Rheinufer-
straße in dem entsprechenden Bereich auf sechs
Spuren ausgeweitet wird und damit die im zwei-
ten Absatz der Beschlussvorlage vorgesehene
Vorleistung für einen etwaigen Tunnel hinfällig
wird.

Ich zitiere zwei Sätze aus dem Gutachten, die
uns natürlich auch zu dieser Meinung gebracht
haben:

Mit der Aufweitung der Rheinuferstraße
auf drei Fahrstreifen pro Richtung wird
eine adäquate Verkehrsqualität erreicht,
wie sie auch an vielen anderen Stellen
im Kölner Stadtgebiet anzutreffen ist.
Punktuelle temporäre Störungen des
Verkehrsablaufs an der Querungsstelle
erscheinen aus gutachterlicher Sicht
vertretbar.

Wenn wir punktuelle temporäre Störungen auch
an anderen Stellen dieser Stadt verhindern woll-
ten, müssten wir wahrscheinlich noch einige
Tunnel bauen.

Es muss einen Sinn gehabt haben, dieses Gut-
achten erstellen zu lassen. Wir können daher
nicht erkennen, warum eine jetzt noch einmal zu
erstellende Simulation hilfreich sein sollte. Damit
würde man ein bisschen nach dem Prinzip ver-
fahren: Wir führen so viele Gutachten und Simu-
lationen durch, bis das Ergebnis irgendwann
einmal stimmt.

Die Zahlen sind doch bekannt. Die große Lö-
sung, also ein - in Anführungszeichen - „richtiger“
Tunnel, kostet 80 Millionen Euro. Auch mit Blick
auf andere ÖPNV-Projekte in dieser Stadt halten
wir es aus finanziellen Gründen nicht für sinnvoll,
dieses Geld auszugeben. In diesem Zusammen-
hang denke ich an die Verlängerung der Linie 3
in Bocklemünd - dort sind die Kosten auf 10 Mil-
lionen Euro gedeckelt; dazu gibt es auch keine
Landesmittel -, an die Verlängerung der Linie 7
und an andere sinnvolle oberirdische ÖPNV-Pro-
jekte, die die Bevölkerung besser anbinden und
die mit vergleichsweise geringen Beträgen ge-
baut werden könnten, aber einfach nicht voran-
kommen.

Wir sehen es nicht ein, für einen solchen Tunnel
80 Millionen Euro Steuergelder auszugeben. Da-
her lehnen wir die CDU-Anträge ab. Beide An-
träge der CDU - sowohl den ersten mit den Vor-

leistungen als auch den zweiten, der um die BV-Voten und die Planung des Tunnels ergänzt wurde - lehnen wir ab.

Das heißt automatisch, dass wir der Vorlage der Verwaltung zustimmen. Wir unterstützen die von Herrn Streitberger und seinen Mitarbeitern erstellte Vorlage des Oberbürgermeisters und stimmen dieser Verwaltungsvorlage zu.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Kron. - Frau Tull, bitte.

Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen): Jetzt wirklich in aller Kürze: Wir bleiben bei unserer Linie. Wir halten weder den Tunnel noch die Aufweitung zum heutigen Tag für beschlussfähig. Bevor wir Geld in die Hand nehmen, wollen wir erst einmal im Praxistest herausfinden, ob es überhaupt zu Störungen kommt. Das halten wir für den seriösesten Weg.

Deswegen lehnen wir sowohl die CDU-Anträge als auch die Verwaltungsvorlage ab.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Frau Kirchmeyer, bitte.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieses Thema ist zu wichtig, als dass man es vom Platz aus behandeln könnte. Dafür sind diese Maßnahmen zu groß. Wir haben lange darüber diskutiert; Herr Kron hat es gesagt. An dieser Stelle geht es nicht um irgendwelche Gründe, die nicht nachvollziehbar sind. Wir sprechen hier nicht über Urilifte oder irgendeinen Pipifax, sondern über ein zukunftsweisendes Projekt an der Rheinuferstraße, am Entree zu Köln.

Dafür müssen wir zwar viel Geld ausgeben; ich denke aber, dass es uns das wert sein sollte.

Frau Tull hat heute eine Pressemitteilung mit der Überschrift „Kein Murks auf der Rheinuferstraße“ herausgegeben. Dem kann ich eigentlich nur zustimmen. Murks wollen wir nämlich nicht. Das, was Sie hier fabrizieren wollen, ist aber Murks auf der Rheinuferstraße.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deswegen bin ich Ihnen für diese Überschrift dankbar.

Wir halten die Tunnellösung natürlich auch für die beste Lösung.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Natürlich!)

Die BVen haben uns das vorgegeben. Der Antrag, den die CDU hier stellt, ist die Übernahme der Anträge aus der BV Rodenkirchen und der BV Innenstadt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Mir ist völlig unverständlich, wieso die Kollegen von Grünen und SPD den Voten der BVen nicht folgen. Bei einer der letzten Sitzungen haben wir eine Diskussion über eine Buslinie über die Innere Kanalstraße geführt. Diese Buslinie ist nur zustande gekommen, weil die Kollegen aus diesen beiden Fraktionen auf das Votum der BV gepocht und gesagt haben: Das kommt aus der BV; das müssen wir übernehmen. - Das sehe ich hier aber nicht. Heute weichen Sie völlig von Ihrer Linie ab; das muss ich wirklich einmal sagen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Man muss das differenziert sehen!)

- Natürlich; das kann ich mir vorstellen.

Wir werden also dem Antrag der CDU auf eine Tunnellösung zustimmen, weil es sich dort um eine exponierte Lage handelt und die einmalige Möglichkeit genutzt werden muss, eine Lösung herzustellen, die zukunftsweisend ist und den Verkehrsverhältnissen entspricht. Man kann hier doch nicht sagen, dass das aufgrund des Verkehrsaufkommens nicht mehr notwendig sein wird. Wir wissen alle, dass der Individualverkehr trotz hoher Spritpreise und teurerer Autos immer noch auf dem Vormarsch ist.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn man Tunnel baut, wird das noch schlimmer!)

Verehrte Kollegen von den Grünen, mit Ihrer Entscheidung gegen alles haben Sie sich heute erneut in das verkehrspolitische Abseits gekehrt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir fordern Sie auf, sich in den nächsten paar Minuten noch einmal in sich zu kehren. Denken Sie noch einmal nach, und wählen Sie dann die beste Lösung für Köln. Wählen Sie den Tunnel. - Wir stimmen der Tunnellösung zu.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte, Herr Dr. Müser.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Kron, Sie sollten Ihre Argumentation noch einmal ein Stück weit überdenken; denn es geht hier um wesentlich mehr als nur um die Rheinuferstraße. Es geht darum, dass die gesamten Verkehrsflüsse im ganzen Kölner Süden von der Verkehrskonzeption her darauf abgestellt sind, dass die Rheinuferstraße reibungslos funktioniert. Das fängt mit der Bonner Straße an und geht über die Brühler Straße bis zur Quertangente Schönhauser Straße und zum Bischofsweg.

Alle diese Straßen sind so dimensioniert worden, dass sie nur dann funktionieren, wenn die Rheinuferstraße absolut hundertprozentig funktioniert. Das heißt: Jegliche Störung wird automatisch dazu führen, dass der Verkehr im gesamten Kölner Süden - nicht nur in Bayenthal und Marienburg; es geht über Raderthal bis nach Zollstock hinein - durch die Wohngebiete durchgedrängt wird. - Das ist der erste wichtige Punkt.

Der zweite wichtige Punkt ist folgender: Die Vertreter der Grünen in der Bezirksvertretung Rodenkirchen haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir ein Problem mit der Anbindung des Inneren Grüngürtels an das Rheinufer haben; denn dort wurde eine Bebauung vorgegeben, die mit der Dom-Brauerei, dem Baugelände und den schon vorhandenen Gewerbebauten zum Rheinufer hin einer entsprechenden Vollendung des Grüngürtels entgegensteht.

Durch die Tunnellösung hätte man die einmalige Chance, diesen Makel dahin gehend zu korrigieren, dass das Rheinufer direkt mit dem Grüngürtel verbunden werden könnte.

Das sind zwei ganz gewichtige Argumente - die weit über die bezirkliche Dimension hinausgehen und von gesamtstädtischer Relevanz sind -, die diese Investition als positiv erscheinen lassen.

Gehen Sie noch einmal in sich. Ich meine, dass Sie dann zumindest dem versöhnlichen Vorschlag von Herrn Möring zustimmen können, das Ganze noch einmal zu bedenken.

Herr Kron, Sie haben auch auf den städtischen Haushalt abgestellt. Für diese Maßnahme haben

wir ja Zuschüsse zu erwarten, die so hoch sind, dass die von der Stadt aufzubringende Restsumme diese Investition auf jeden Fall mehr rechtfertigt, als es bei dem Geld der Fall ist, das Sie in der Flora ausgeben wollen; Herr Börschel hat ja selbst gesagt, dass man für 10 Millionen Euro nur eine „Pappschachtel“ erhalten kann. Von dieser Verkehrslösung werden die Bürger wesentlich mehr haben. - Danke.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Dr. Müser. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich sehe, dass das nicht der Fall ist.

Dann lasse ich zunächst über die Änderungsanträge der CDU abstimmen. Es gibt zum einen den ersten Änderungsantrag und zum anderen den zweiten Änderungsantrag in etwas entschärfter Form.

Zunächst stimmen wir über den ersten Änderungsantrag der CDU ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die FDP und pro Köln. Gegenstimmen? - Bei der SPD, den Grünen und den Linken. Damit abgelehnt.

(Martin Börschel [SPD]: Wie stimmen Sie denn, Herr Oberbürgermeister?)

- Ich stimme für meine Vorlage, Herr Börschel.

(Martin Börschel [SPD]: Und jetzt?)

- Jetzt habe ich mich enthalten. Ich stimme am Ende für meine Vorlage - für die Sie dann auch stimmen werden, wie Sie ja angekündigt haben.

Jetzt steht der zweite Änderungsantrag der CDU, der abgeschwächte, zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die FDP, Herr Dr. Müser und pro Köln. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der SPD, der Grünen und der Linken. Enthaltungen? - Enthaltung des Oberbürgermeisters.

Nun stimmen wir über die eigentliche Vorlage ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - SPD und OB. Gegenstimmen? - Gegen die Grünen, die Linken und Herrn Dr. Müser. Enthaltungen? - Bei der CDU, der FDP und pro Köln.

(Beifall bei der SPD - Martin Börschel [SPD]: Die neue Mittel!)

- Das ist eine der knappsten Mehrheiten hier, Herr Börschel. Es ist ja schon heiß geworden.

Jetzt kommen wir zu:

**9.24 Kölner Bürgerhäuser - Zuschüsse zur Durchführung zusätzlicher projektbezogener Angebote
4126/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei pro Köln. Damit in Abwesenheit von Ratsmitglied Monika Schultes bei Enthaltung von pro Köln einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu:

11. Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

**11.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 68419/04
Arbeitstitel: „Goltsteinforum“ in Köln-Bayenthal
3411/2008**

Hier soll beschlossen werden wie Stadtentwicklungsausschuss, Anlage 6.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Damit einstimmig.

Ich rufe auf:

**11.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 67419/08
Arbeitstitel: „Raderthalgürtel (neu)“ in Köln-Zollstock
3449/2008**

Auch hier soll wie Stadtentwicklungsausschuss beschlossen werden.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei pro Köln. Damit einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu:

**11.4 Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 75409/02
Arbeitstitel: Neue Eiler Straße in Köln-Porz-Eil, 1. Änderung
3632/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig beschlossen.

Nun rufe ich auf:

**11.6 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 67440/07
Arbeitstitel: Altes Polizeipräsidium in Köln-Altstadt/Süd
3725/2008**

Darüber ist heute im Stadtentwicklungsausschuss verhandelt worden - mit dem Ergebnis, dass es dort am heutigen Tag einstimmig beschlossen worden ist.

Wir stimmen über diesen Punkt wie Stadtentwicklungsausschuss ab.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zu:

15. KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

**15.1 197. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3260/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen von pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Nun rufe ich auf:

16. Wahlen

**16.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Wahl eines Sachkundigen Einwohners für den Jugendhilfeausschuss
AN/1930/2008**

Bei dieser Wahl stimmt der OB nicht mit.

Möchte jemand etwas dazu sagen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Einstimmig beschlossen.

Damit kommen wir zum letzten Punkt der öffentlichen Sitzung, nämlich:

17. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW

**17.1 Beteiligung der Stadt Köln am Forschungsprojekt „VeRSiert“
3365/2008**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit schließe ich den öffentlichen Teil der Sitzung. Ich darf mich von der Dame und den Herren der Medien, die noch hier sind, verabschieden. Ich danke Ihnen, dass Sie so lange ausgehalten haben, und wünsche Ihnen einen schönen Feierabend. Es wird jetzt hoffentlich auch nicht mehr allzu lange dauern. Auf Wiedersehen!

(Schluss: 22.05 Uhr)

Anlage 1

Zu Protokoll gegebene Rede des Ratsmitgliedes Michael Zimmermann (SPD) zu Tagesordnungspunkt 9.4, „Optimierte Dienstleistung im Bezirk und im modernen Europa“

Wir beraten heute eine im AVR und im Finanzausschuss bereits einstimmig beschlossene Vorlage des Stadtdirektors, die - wie alle Ratsvorlagen - die Unterschrift des Oberbürgermeisters trägt. Dies beweist: Der Oberbürgermeister ist lernfähig.

Ich erinnere damit an die von Herrn Oberbürgermeister Schramma 2002/2003 vehement unterstützte, aber in der Sache völlig abstruse Planung, die Zahl der Bürgerämter von neun auf fünf zu reduzieren. Heute wissen wir alle, dass die damals lautstark verkündeten Millioneneinsparungen durch die Reduzierung von Bürgerservice fantastische Luftnummern waren. Wir wissen auch, dass dieser Sparweg schlicht in die falsche Richtung führte.

2005 haben wir denn auch mit einem umfassenden Ratsantrag die Verwaltung beauftragt, diesen Irrweg zu stoppen und wieder für einen „Optimierten Bürgerservice in den Stadtbezirken“ zu sorgen. Wir haben diesen Prozess damals initiiert, weil wir in einer Millionenstadt mit Stadtbezirken in der Größe mittlerer Städte ein umfassendes dezentrales Serviceangebot für unverzichtbar halten.

Das Konzept des Herrn Stadtdirektors löst den 2005 erteilten Ratsauftrag hervorragend ein. Herzlichen Dank dafür!

Die Vorlage hat eine umfassende Beratung in allen Kölner Bezirksvertretungen hinter sich. Ich möchte allen, die sich mit intensiven Diskussionen beteiligt haben, ausdrücklich danken. Die Kölner Medien haben diese Diskussionen sehr aufmerksam verfolgt und ausführlich darüber berichtet. Auch für dieses nicht selbstverständliche Engagement sei an dieser Stelle gedankt.

Der heutige Ratsentscheid bedeutet aber keineswegs den Abschluss der Modernisierung unseres Bürgerservice. Aufbau und Optimierung eines solchen Angebotes sind natürlich ein auf Dauer angelegter Prozess. In diesen Prozess - das kann ich versichern - werden alle bereits gemachten Verbesserungsvorschläge ebenso einfließen wie künftige Hinweise auf mögliche Weiterentwicklungen.

Ein Element des Konzeptes halte ich in diesem Zusammenhang für sehr wichtig: die Bewahrung der Einheitlichkeit des Service über alle Bezirke hinweg durch Zielvereinbarungen und zentrale Vorgaben. Dezentralisierung bedeutet nämlich nicht die Auflösung geordneter Verfahren, sondern die Garantie flächendeckend gleich guter und vergleichbarer Dienstleistung.

Die Vorlage spannt ganz bewusst den Bogen vom bürgernahen, dezentralen Service im Stadtbezirk hin zu aktuellen Anforderungen durch die Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union zur Weiterentwicklung der europäischen Wirtschaft. Europa ist entschlossen, die Ärmelschoner auszuziehen. Mit dieser Vorlage setzt die Stadt Köln ein klares Zeichen, dass sie bei diesem Modernisierungsprozess mit vorne dabei ist.

Die Verwaltung hat damit in ihr Konzept bereits konstruktiv moderne Entwicklungen speziell des vergangenen Jahres auf dem Sektor des öffentlichen Service einbezogen. Sie will - und das begrüßen wir sehr - die aus diesen Entwicklungen absehbar resultierenden Vorteile schnellstmöglich und offensiv für die viertgrößte Stadt Deutschlands nutzen. Zu diesen Entwicklungen gehört neben der Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union, die bis Ende 2009 in allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden muss, auch das Projekt der einheitlichen Behördenrufnummer 115.

Diese Kombination - Ausbau von dezentralem, bürgernahem Service vor Ort verknüpft mit Instrumenten zur Umsetzung überstaatlicher Regelungen - zeigt modellhaft auf, wie sich Stadtinteressen konstruktiv mit Anforderungen aus anderen Politikebenen verbinden lassen. Denn eines ist doch klar: Wir können den Euro nur einmal ausgeben.

Wenn wir hier also Ideen aus Berlin oder Brüssel umsetzen wollen oder müssen, dann so, dass Bevölkerung und Wirtschaft in Köln - und ich füge hinzu: auch in der Region - eine möglichst hohe Rendite daraus ziehen. Ich sage voraus: Diese Aufgabe werden wir noch häufiger zu lösen haben. Denn weder Brüssel noch Berlin - das wissen wir alle hier nur zu gut - haben bei ihren „schöpferischen“ Prozessen eine positive Stadttrendite im Blick.

Die aktuelle Vorlage transportiert neben den konkreten Serviceangeboten einen weiteren wichtigen Renditefaktor: Optimierter Service bedeutet auch optimiertes Image. Service ist einer der weichen Standortfaktoren, die heute im globalen Standortwettbewerb eine große, manchmal



entscheidende Rolle spielen. Dabei geht es um werbende Serviceversprechen in Indien oder China genauso wie um den konkreten Service für die Menschen und Unternehmen hier am Ort und in der Region. Alle diese Ebenen - Köln, die Region, Europa und der Weltmarkt - brauchen modernen, zielgruppengenauen und nachhaltigen Service. Dieser Service muss behördenübergreifend und in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit externen Beteiligten, beispielsweise den Wirtschaftskammern, organisiert sein.

Das ist ein hoher Anspruch, der ganz sicher nicht von heute auf morgen erfüllt werden kann. Aber mit dieser Ratsvorlage des Stadtdirektors startet die Stadt Köln eine Servicekampagne, die an diesen modernen und zukunftsorientierten Anforderungen ausgerichtet ist. Die SPD-Fraktion stimmt daher dieser Vorlage sehr gerne zu.